

1-2/95

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

2-2026

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe März-April 2026

Redaktionsnotiz.....	3
Die Überlegenheit des Marxismus.....	4
<i>Heinz Ahlreip: Dialektik.....</i>	4
<i>Heinz Ahlreip: Die Überlegenheit des Marxismus.....</i>	7
Politische Berichte.....	9
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Zusammenfassung wichtiger Ereignisse von Februar bis März 2026.....</i>	9

Zum Irankrieg.....	13
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Der neue</i>	
Irankrieg.....	13
Das Kapital kriegt den Rachen nicht voll.....	18
<i>Red. offen-siv: Anfang Februar dieses Jahres forderte der</i>	
„CDU-Wirtschaftsrat“ Einschnitte für Sozialversicherte und	
Arbeitslose.....	18
Analysen zur Ukraine und zu Russland.....	20
<i>Sébastien Gobert: Die Oligarchenrepublik.....</i>	20
<i>Ditte Gerns: Machtverhältnisse im heutigen Russland.....</i>	32
Zur Geschichte der Sowjetunion.....	56
<i>Heinz Ahlreip: Die rechte Gefahr in der Sowjetunion 1928.....</i>	56
Mystifizierung und Fetischisierung im Kapitalismus.....	59
<i>Marxistischer Arbeitskreis: Das Alltagsbewusstsein, Teil 2....</i>	59
Aus einer Sitzung des deutschen Bundestages 2019.....	66
<i>Angela Merkel: Strategische Rede im Bundestag vom</i>	
27.11.2019.....	66
W.I.Lenin und Clara Zetkin: Die Befreiung der Frau.....	86
<i>W.I. Lenin und Clara Zetkin: Gesprächsnotizen zur Frage der</i>	
Befreiung der Frau (Auszüge aus: „Clara Zetkin:	
Erinnerungen an Lenin“).....	86

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: foffsiv@aol.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Für eine Analyse der Hintergründe des Iran-Krieges und der Kräfte, die dort aufeinanderprallen, fehlte die notwendige Zeit bis zum Erscheinen dieser Ausgabe der offen-siv. Deshalb kommt dieses Thema in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift nur sehr kurz und nur in Form einer zusammenfassenden Darstellung des Geschehens vor.

Ebenso ist es mit der Dynamik der imperialistischen Entwicklung. Alte Allianzen, vor allem die zwischen den USA und Europa, bröckeln. Alle sind bemüht, nicht unterzugehen, neue Allianzen zu schmieden, neue Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu erschließen, die Energieversorgung sicher zu stellen und so weiter. Wir erleben eine sehr hektische Periode der Wandlung im imperialistischen Weltgefüge – Ausgang zur Zeit offen.

Die Dinge entwickeln sich in einem solchen Tempo, dass wir noch nicht einmal prognostizieren können, was in der Zeit, die Druck und Verschickung der offen-siv in Anspruch nehmen, geschehen sein wird: Gehen die USA mit Gewalt gegen Kuba vor oder nutzen sie Möglichkeiten der inneren Konterrevolution? Wir wissen es nicht. Wie werden sich Israel und die USA weiterhin gegenüber dem Iran verhalten? Wie wird der Iran antworten? Auch das wissen wir nicht. Was wird mit den Plänen Israels bezüglich des Libanon? Das ist schwer zu prognostizieren. Welche Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Handelsrouten wird der deutsche Imperialismus eröffnen und mit welchen Konsequenzen wird das verbunden sein? Auch hier sind Prognosen schwierig. Und in welchem Maße die gegenwärtige deutsche Bundesregierung ihre Vorhaben bezüglich asozialer Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und andere kleine Leute wird durchsetzen können, das ist - bis auf die Tatsache, dass es asoziale Maßnahmen geben wird - zur Zeit auch nicht genau absehbar. Wir leben in grausamen Zeiten.

Nun zu diesem Heft: Wir erinnern zunächst an die materialistische Dialektik, bringen dann die kurze Zusammenfassung der Ereignisse im Iran-Krieg, schauen uns danach Analysen zu Russland und zur Ukraine an, setzen die Arbeit am Thema Fetischisierungen und Mystifizierungen der Oberfläche des Kapitalismus, dem schönen Schein der Zirkulationssphäre fort, um im Anschluss daran, bitte wundert Euch nicht zu sehr, an eine Bundestagsrede von Angela Merkel vom November 2019 zu erinnern. Dort werden die damaligen strategischen Überlegungen der Regierung des deutschen Imperialismus recht deutlich. Wir kennen leider keine ähnliche Verlautbarung aus aktuellen Regierungskreisen über die heutige Lage, sonst hätten wir die natürlich auch gebracht. Und wir schließen das Heft ab mit einem Gespräch zwischen Lenin und Clara Zetkin aus dem Jahr 1920, Thema: Die Frauenfrage.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Die Überlegenheit des Marxismus

Heinz Ahlreip: Dialektik

In seiner Studie über Ludwig Feuerbach entwickelt Friedrich Engels 1886, dass und wie er in jungen Jahren zusammen mit Marx die idealistische Begriffsdialektik in eine materialistische umdrehte und dass die so entwickelte materialistische Dialektik seit Jahren ihre schärfste Waffe und ihr bestes Arbeitsmittel wurde.¹ Die materialistische Dialektik, sowohl die

¹ Friedrich Engels Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960, 293

objektive als auch die subjektive, ist eine große und allmächtige Waffe in den Händen der Wissenschaften, mehr noch in denen der Arbeiterklasse, aber so allgewaltig sie auch daherkommt, auch sie hat mal klein angefangen. Gehen wir diesen Spuren nach.

Die einfachste und rudimentärste Art, der Ansatz, dialektische Prozesse subjektiv widerzuspiegeln, ist das Denken in Gegensatzpaaren, wie sie in der Objektivität der uns umgebenden Welt gegeben sind, denn jedes Ding geht mit seinem Gegenteil schwanger. Aus sich wiederholenden Erfahrungsvorgängen an gewissen konkret vorhandenen annähernd festen Größen der uns umgebenden dualen Welt verdichten sich abstrakt-wissenschaftlich verwertbare Gegensatzpaare wie etwa Lohnarbeit und Kapital, Proletariat und Bourgeoisie, die Polarisation von Not und Elend auf der einen Seite und unermesslichen Reichtums auf der anderen Seite, Revolution und Konterrevolution ... Es wird hier zwar noch subjektiv gedacht, aber dieses subjektive Denken spiegelt bereits nur objektive Prozesse wider.

Etwas anderes ist es, wenn ein Kleinkind zum ersten Mal sein "Ich" bemerkt und "ich" zu sich selbst sagt. Hier ist noch alles subjektiv und reflexiv eingehüllt. Blicke es so eingehüllt, gäbe es für ihn keinen Lernprozess bis hin zu den wissenschaftlichen Objektivationen von Natur- und Gesellschaftsprozessen. Am Entzündungsfokus pädagogisch-wissenschaftlicher Entwicklung bereits fordert Dialektik ihren Tribut, eins muss sich in zwei Teilen: Das Bewusstsein als solches muss etwas von sich unterscheiden, einen anderen Menschen oder einen anderen Gegenstand es muss dies tun, um sich in dieser Relation auf sich selbst zu beziehen, dass es noch etwas anderes als es selbst gibt, dass eine Doppelheit der Welt vorliegt. So kommt, salopp formuliert, Dialektik in Gange.

Es gibt Gegensatzpaare und Gegensatzpaare: Gegensatzpaare qualitativ verschiedener Art in der Natur und in der Gesellschaft. Hitze und Kälte wird es geben, solange es Materie gibt; den Gegensatz Proletariat und Bourgeoisie wird es fundamental bis zur proletarischen Revolution geben, nach dieser wird der traditionelle Bürgerkrieg neue Formen annehmen und noch für längere Zeit akut bleiben, aber dieser gesellschaftliche Gegensatz wird nicht auf ewig in der Welt sein, die nicht nur der Natur, sondern auch der Gesellschaft gegenüber kognitiv als sich bewegende Materie zu erfassen ist.

Wir sehen aus den objektiven Gegensatzpaaren: Entwicklung ist ein ihr gegenteiliger Prozess wie im Krieg Defensive und Offensive zwei nicht voneinander zu trennende Bewegungsformen sind. Es entwickelt sich nichts, was nicht es aufhebend durch sein Gegenteil entzündet worden ist. Proletariat und Bourgeoisie verweisen untrennbar aufeinander nur in der Vorgeschichte der Menschheit, im beginnenden Sozialismus werden beide Klassen im Ansatz durch einen revolutionären Akt geschleudert, dessen Staat und Demokratie mehr und mehr absterbenden Charakter annimmt. Der Aufhebungsprozess ist bei der Bourgeoisie kürzer als beim Proletariat, das auch noch den Gegensatz zum Bauern aufzuheben hat.

Es wurde noch erst oberflächlich gesagt, dass die Entwicklung ein ihr gegenteiliger Prozess ist. Daraus aber ist der Stoff, aus dem die dialektischen Gesetze sich entfalten: Einheit und Kampf der Gegensätze, Umschlag von Quantität in Qualität, sonst gäbe es keine Entwicklung und Negation der Negation, sonst gäbe es keine Höherentwicklung, die doch vor unser aller Augen liegen, zum Beispiel wie aus einem Samen eine essbare Pflanze wird. Fruchtbare Anregungen für die Entfaltung der materialistischen Dialektik gab der sozialistische Utopist Fourier, der in der Entwicklung des Universums eine auf- und absteigende Linie *zugleich* sah.

Das dialektische Arbeitsmittel hat den Vorteil, dass sich mit ihm wirkliche, reziprok aufeinander einwirkende und vorwärtstreibende Zusammenhänge und Übergänge adäquat abbilden. Der dialektisch denkende Revolutionär verfügt dadurch bereits über eine geistige Überlegenheit über den in der Regel einseitig schwarz-weiß denkenden Konterrevolutionär. Aber hier liegt zugleich eine große Gefahr. Revolutionäre halten sich in gefährlichen Situationen zu viel mit Kopfarbeit auf, anstatt gegenüber Konterrevolutionären von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.

Es steht aufeinander verweisenden Revolutionären und Konterrevolutionären keineswegs frei, zu denken, was sie wollen, wie es Idealisten und Regierungsideologen vorgaukeln. *“Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier, oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt, es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird, sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eigenen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig und*

*unwiderruflich vorgezeichnet.*² Marx und Engels halten die Zielvorstellung in der Fantasie selbst des ganzen Proletariats ohne Einsicht in seine augenblicklich gegebene brutal-situative Faktizität für irrelevant. Die harten Fakten der Gegenwart schreiben den geschichtlichen Weg und das Ziel der Bewegung vor, dass Freiheit jenseits vorliegender Vorgeschichte liegt. Revolutionäre und Konterrevolutionäre sind auf Grund ihrer Stellung im Produktionsprozess und ihrer Klassenpositionen zu fortschreitendem und beharrendem Denken vergattert. *“Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind”.*³ Hier sind in der Dialektik von Revolution und Konterrevolution die Denkfelder und Denkoperationen vorgegeben: Fortschrittliche Weiterentwicklung der Produktivkräfte und konservatives Beharren auf die historisch überholten Produktionsverhältnisse.

Das Gegenteil dialektischen Entwicklungsdenkens ist das auf sich selbst fixierende Denken. Es ist der Grundirrtum der metaphysischen, anti-dialektischen Denkweise, den je erreichten Erkenntnis- und Wissensstand als final zu deformieren. Schon Francis Bacon unterlegte seiner ideologiekritischen Abhandlungen über die Idole als Ansatzpunkt wissenschaftlicher Durchleuchtung den weitverbreiteten Irrtum, das als Fixes gedacht wird, was genuin flüssig ist. Hieran hapert es also auch heute noch und deshalb muss dialektisches Denken tief in die Massen eindringen, auf dass sich der Kapitalismus als das erweise, was er seinem Sein gemäß tatsächlich ist, eine historisch vorübergehende, längst überflüssige ökonomische Gesellschaftsformation. Eine verschwindend kleine Minderheit von Parasiten ist nicht stärker als die dialektische Allgewalt.

² Karl Marx, Friedrich Engels: Die heilige Familie, Werke, Band 2, Dietz Verlag Berlin, 1960, 38

³ Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960, 467

Heinz Ahlreip: Die Überlegenheit des Marxismus

Es kommt im tagespolitischen und strategischen Klassenkampfgeschehen für die parteigebundenen marxistisch-leninistischen Theoretiker darauf an zu demonstrieren, dass alle bürgerlichen Parteien und deren Beurteilungen der Realität notwendig klassenbeschränkt, klassengeleitet und wissenschaftlich unecht sind und die Beurteilungen zur Unwissenschaftlichkeit verzerren. Die marxistisch-leninistische Partei ist eine besondere proletarische Revolutionspartei, die das Monopol im Totalbereich des Gesellschaftswissenschaftlichen innehat. Nur die vom Marxismus-Leninismus geleitete Arbeiterpartei ist fähig zur Grenzziehung zwischen Wissenschaft und Unwissenschaftlichkeit. Bürgerliche bzw. konterrevolutionär Parteien stellen sich der Machtentfaltung der weltweiten Arbeiterbewegung entgegen und sind historisch zum Untergang verurteilt, auch wenn es heute nicht danach aussieht.

Der Marxismus-Leninismus analysiert bürgerliche Parteien als unwissenschaftliche Organisationen, die bürgerlichen und damit imperialistischen Klasseninteressen unterworfen sind und deren oberstes Gebot die Menschenverachtung ist. Der Marxismus-Leninismus ist ebenfalls parteiisch, ergreift spezifisch Klasseninteressen der Arbeiterklasse, der Mehrheit der Gesellschaft. Er strebt mit Vorsatz an, alle Klassenunterscheidungen der bürgerlichen Gesellschaft aufzuheben. Er hat also das Ganze im Blick, die bürgerlichen Parteien das Partikulare, die herrschende Klasse. Klassenspaltung aber verhindert eine wissenschaftliche Analyse des Klassengespaltenen.

Die bürgerlichen Parteien betreiben als ihr politisches Geschäft die Aufrechterhaltung einer Terrorherrschaft der Minderheit von Volksfeinden über die Mehrheit des Volkes. Eine vollständige Erkenntnis des gesamten historischen Ablaufs der Weltgeschichte hin zum Kommunismus darf von ihnen nicht erwartet werden, sondern das Gegenteil: unvollständige, wissenschaftlich nicht haltbare „Erkenntnisse“ über die historische Herausbildung von bürgerlichen Herrschaftsformen, deren Flamme angeblicher Fortschrittlichkeit durch ideologische Irreführung am Lodern gehalten wird.

Die Partei, die sich nach Aufhebung der Klassengesellschaft selbst aufhebt, um das volle Glück der Völker freizugeben, kann und muss den konterrevolutionären Gehalt der alten, zum Untergang verurteilten Klassen und deren Parteien analysieren, der in der Absicherung der Herrschaft einer Minderheit besteht.

Die bürgerlichen Medien versagen parteipolitisch, *sie gehen an die äußerst komplizierten Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens erst gar nicht heran*. Gerade dort, wo der Klassenkampf anhebt, zeigen sie schonungslos ihre hässliche Fratze. Hier ist der Marxismus-Leninismus eo ipso der bürgerlichen Wiedergabe der Welt überlegen. Er verfügt, wie schon gesagt, über das Monopol im Totalbereich des Gesellschaftswissenschaftlichen.

Politische Berichte

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Zusammenfassung wichtiger Ereignisse von Februar bis März 2026

(aus Pressemitteilungen deutscher Presseagenturen)

Anfang Februar wurde in der EU ein neues europäisches Bündnis gegründet: MEGA, kurz für „Make Europe Great Again“. Es handelt sich um potenzielle Verbündete Trumps und Gegner eines Krieges mit Russland – aus verschiedenen europäischen Ländern, von Deutschland bis Rumänien. Vertreter Deutschlands (AfD), Großbritanniens, Spaniens und Tschechiens sowie zahlreiche belgische Abgeordnete waren anwesend. Philippe Dewinter, Vorsitzender der rechtsfundamentalistischen Partei Vlaams Belang (VBE) erklärte: *„Die Zukunft Europas liegt in den Nationalstaaten, nicht im liberalen Globalismus.“* Auch US-Amerikaner, darunter Mitglieder des Kongresses, waren auf der Konferenz anwesend – für Trump-Anhänger nämlich ist der Kontakt zur europäischen Opposition, auf deren Machtergreifung sie setzen, ebenfalls sehr wichtig. Sie riefen die Europäer auf, sich mit den US-Amerikanern zusammenzuschließen, *„um die liberale Zersetzung und die islamistische Besatzung zu bekämpfen, die die Zukunft der Menschheit bedrohen“*.

Ernste deutsch-französische Differenzen überschatten den EU-Sondergipfel. Der Konflikt ist alt: Berlin setzt auf Deregulierung, Paris auf Eurobonds für wichtige Investitionen.

Ziel des informellen Gipfeltreffens war es, neue Maßnahmen vorzubereiten, um die Wirtschaft der EU wettbewerbsfähiger zu machen. Der Binnenmarkt müsse dringend reformiert werden. Während einige Vorhaben auf wenig Widerspruch treffen, führt die Forderung nach der Bevorzugung von Gütern aus der EU bei öffentlichen Ausschreibungen ebenso zu Streit wie das Plädoyer. Frankreich befürwortet beides, Deutschland lehnt beides ab. Konsensfähig scheint dagegen die Absicht zu sein, die private Rentenversorgung zu stärken. Ein deutsch-französisches Konzeptpapier spricht sich eindeutig für das Vorhaben aus.

Der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, dringt auf entschiedene Fortschritte bei der Militarisierung Europas. Die Münchner Sicherheitskonferenz soll die Militarisierung Europas beschleunigen und die „Europäisierung“ der NATO forcieren. Die USA übertragen NATO-Führungsposten an europäische Offiziere, sichern sich aber operativ zentrale Kommandos.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sorgte wieder einmal mit [seiner Aussage](#) für Aufsehen, dass es notwendig sei, die Versuche zur Isolierung Russlands aufzugeben. Denn ob es einem gefalle oder nicht, Russland werde auch morgen noch da sein. Aus Moskau kommt indes die ständige Bestätigung, dass Moskau und Paris die diplomatischen Kontakte zumindest auf technischer Ebene wieder aufgenommen haben.

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu hat nach einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump deutlich gemacht, dass er eine Einigung mit dem [Iran](#) militärischen Schritten zum jetzigen Zeitpunkt vorzieht. Er habe darauf «bestanden», dass die Verhandlungen mit Teheran weitergeführt werden. Der Iran habe sich bisher gegen ein Abkommen entschieden, schrieb Trump nach seinem jüngsten Treffen mit Netanjahu und fügte hinzu: *«Hoffentlich werden sie dieses Mal vernünftiger und verantwortungsbewusster sein.»* Der Iran werde aber *«nicht davor zurückschrecken, seine Souveränität zu verteidigen, koste es, was es wolle»*.

Die USA haben in den vergangenen Wochen ihre militärische Präsenz in der Region unter anderem mit dem Flugzeugträger «USS Abraham Lincoln» verstärkt. Der zweite Flugzeugträger-Verband würde sich ihm anschließen. Auch weitere Kriegsschiffe, Luftabwehrsysteme und Jagdgeschwader befinden sich nach Informationen des «Wall Street Journal» bereits in der Golfregion.

Das Deutsche Heer schließt eine enge Kooperationsvereinbarung mit der Israel Defense Force (IDF). Angestrebt werden gemeinsame Ausbildungs- und Übungsmaßnahmen. Die IDF informiert dabei über ihre Erkenntnisse aus dem Gaza-Krieg.

Israel und die USA greifen Iran an, das Teheraner Regime schlägt mit Raketenangriffen auf Israel und US-Basen zurück. Die deutsche Bundesregierung stärkt den USA und Israel bei deren Angriffskrieg gegen Iran den Rücken und trägt damit zur weiteren Auflösung des Völkerrechts bei. Morde an führenden Staatsvertretern werden gängige Praxis für künftige Kriege. Mit der Freigabe von Militärstützpunkten für US-Kampfflotten unterstützen Deutschland und weitere NATO-Staaten Europas den Krieg der USA und Israels gegen Iran. Zu den Stützpunkten, die die US-Streitkräfte nutzen dürfen, zählt die Militärbasis Ramstein.

Der Iran-Krieg und die damit verbundene Sperrung der Straße von Hormuz treiben die Öl- und Gaspreise nach oben. Dies weckt Sorgen vor einem neuen Energieschock. Die Folgen für die deutsche Industrie wären gravierend: Dauerhaft hohe Energiepreise drohen Produktion und Wachstum zu belasten und könnten neue Inflationsimpulse auslösen. In der EU ist ein Marineeinsatz in der Straße von Hormuz im Gespräch. Verteidigungsminister Boris Pistorius hat die Forderung von US-Präsident Donald Trump nach der Entsendung von Kriegsschiffen zur Sicherung der umkämpften Straße von Hormus zurückgewiesen. *"Es ist nicht unser Krieg, wir haben ihn nicht begonnen. Wir wollen diplomatische Lösungen und ein schnelles Ende, aber weitere Kriegsschiffe in der Region tragen dazu im Zweifel nicht bei"*, sagte der SPD-Politiker bei einem Besuch seines lettischen Amtskollegen Andris Spruds in Berlin.

Pistorius betonte die besondere Aufgabe der Nato-Partner für den Schutz des eigenen Bündnisgebiets. *"Wir haben eine Verantwortung für die Ostflanke*

und für den Atlantik, insbesondere als Deutschland in unserer geopolitischen Lage. Das ist unsere erste Verantwortung. Alles andere sind Dinge, die dazukommen können im Einzelfall oder eben auch nicht", erklärte er.

Die Verbündeten teilten das Ziel, das iranische Mullah-Regime zu einem Ende zu bringen. Über die Art und Weise werde diskutiert. *"Die Amerikaner haben sich für diesen Weg entschieden, zusammen mit den Israelis. Das haben wir nur sehr maßvoll kritisiert. Aber der nächste Schritt ist jetzt einer, der droht, uns in diesen Konflikt hineinzuziehen",* warnte Pistorius.

Versuche der Vereinigten Staaten, die Sperrung der Straße von Hormuz mit militärischen Eskorten von Tankschiffen zu brechen, verzögern sich und werden frühestens Ende März beginnen. Dies teilt US-Energieminister Chris Wright mit. Zur Begründung erklärt Wright: *„Wir sind ganz einfach noch nicht vorbereitet.“* Demnach haben die Vereinigten Staaten Iran überfallen, ohne sich eine Antwort auf dessen schon lange angekündigte Hauptabwehrmaßnahme zurechtzulegen. Die Energiekrise spitzt sich weiter zu; der Ölpreis überstieg am Donnerstag erneut die Schwelle von 100 US-Dollar pro Barrel. Für Deutschland und die EU kommt hinzu, dass nicht nur Qatar kriegsbedingt als Lieferant von Flüssiggas ausfällt, sondern womöglich auch Russland, das immer noch rund ein Siebtel aller EU-LNG-Importe stellt; Moskau zieht es in Betracht, die Lieferungen etwa nach Indien oder Bangladesch umzuleiten. Zugleich geraten zunehmend auch Stellungen europäischer Truppen in Nah- und Mittelost unter Beschuss. Die Kritik am Iran-Krieg nimmt in der EU zu; die Staaten Europas könnten sich mit den Ländern der Arabischen Halbinsel zusammenschließen, heißt es – und dort an die Stelle der USA treten.

US-Präsident Trump sieht bei der Sicherung der Straße von Hormus die Armee anderer Länder in der Pflicht. Er fordert zudem Unterstützung durch die NATO - und spricht gleichzeitig eine Drohung aus. US-Präsident Donald Trump erhöht im Iran-Krieg den Druck auf die NATO und fordert Unterstützung bei der Sicherung von Öltransporten in der Straße von Hormus. Die NATO solle helfen, sagte Trump in einem Interview mit der Financial Times. Sollte es *"keine Reaktion geben oder sollte die Reaktion negativ ausfallen, wird dies, denke ich, sehr schlecht für die Zukunft der NATO sein",* wurde Trump zitiert. *"Es ist nur angemessen, dass diejenigen, die von der Meerenge profitieren, dazu beitragen, dass dort nichts Schlimmes passiert."*

Auf die Frage, welche Hilfe er genau erwarte, erwiderte Trump demnach: *"Was auch immer nötig ist."* Er habe hinzugefügt, dass die Verbündeten Minensuchboote entsenden sollten, von denen Europa viel mehr besitze als die USA. Außerdem wolle er *"Leute wie einige böswillige Akteure an der (iranischen) Küste ausschalten"*, wurde der US-Präsident weiter zitiert.

Die Europäische Union hat der Forderung von US-Präsident Donald Trump, sich an einem Militäreinsatz in der Straße von Hormus zu beteiligen, eine deutliche Absage erteilt. *„Niemand will sich aktiv in diesen Krieg hineinziehen lassen“*, sagte die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas nach einem Treffen der EU-Außenminister, das am Montag in Brüssel stattfand. *„Das ist nicht unser Krieg.“* Auch Bundeskanzler Friedrich Merz und andere europäische Regierungschefs sprachen sich gegen eine Kriegsteilnahme aus. *„Es stellt sich nicht die Frage, ob wir uns beteiligen,“* sagte Merz. *„Wir werden es nicht tun.“* Zur NATO sagte er, sie sei *„ein Verteidigungsbündnis und kein Interventionsbündnis“*, deshalb sei ihr Einsatz hier nicht gefragt. US-Präsident Donald Trump hatte zuvor die europäischen Verbündeten gedrängt, sich an der Sicherung des Seewegs zu beteiligen, der seit dem US-israelischen Angriff vom Iran blockiert wird, und im Falle einer Weigerung mit Konsequenzen für die NATO gedroht (siehe oben).

Das europäische Nein bedeutet weder eine Ablehnung des kriminellen Kriegs gegen den Iran, noch schließt es aus, dass die Europäer mit eigenen Truppen ins Kriegsgeschehen eingreifen werden. Sie sind lediglich nicht bereit, sich auf einen Krieg einzulassen, auf dessen Verlauf und Ergebnis sie keinen Einfluss haben. Sie wollen den Preis für ihre Kriegsteilnahme in die Höhe treiben.

EU-Gipfel: Orban lehnt das Ukraine-Darlehen weiter wegen Pipeline-Streit ab

Ungarns Ministerpräsident Orban hat die Blockade eines EU-Darlehens für die Ukraine bekräftigt. Erst wenn wieder russisches Öl in Ungarn ankomme, sei er zu Konzessionen bereit, sagte Orban vor dem EU-Gipfel in Brüssel. Bis dahin könne man keinen pro-ukrainischen Vorschlag unterstützen. Mehrere Regierungschefs riefen Orban dazu auf, die Blockade aufzuheben. Die [Slowakei](#) hat mit einer Blockade weiterer EU-Hilfen für die [Ukraine](#) gedroht. Ministerpräsident [Robert Fico](#) stellte in Aussicht, dass sich Bratislava der

ungarischen Blockade künftig anschließen könnte. Das berichtet das slowakische Portal "Aktuality".

Zum Irankrieg

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Der neue Irankrieg

Ein neuer Krieg zwischen den USA, Israel und dem Iran steht im Focus der Berichterstattung. Andere politische Ereignisse treten in den Hintergrund, auch der Ukraine-Krieg. Es ist notwendig diesen Krieg in die Weltlage einzuordnen, denn er hat nicht nur Auswirkungen auf die betroffene Region. Wir versuchen in diesem Artikel einige Zusammenhänge darzustellen und verzichten bewusst auf die Kriegsberichterstattung anderer Medien.

Politisch nimmt der Iran im Nahen Osten die Rolle einer zentralen Regionalmacht ein, die durch eine Kombination aus religiöser Ideologie, strategischen Allianzen und militärischer Einflussnahme versucht, ihre Sicherheitsinteressen zu wahren und die regionale Vorherrschaft zu erlangen.

Die politische Ausrichtung der Islamischen Republik wurden in die Verfassung geschrieben: Artikel 152-154 verpflichten den Iran zu strikter Neutralität und Bündnisfreiheit und zur Unterstützung revolutionärer Befreiungsbewegungen weltweit – ungeachtet ihrer religiösen Zugehörigkeit. Auf dieser Grundlage unterstützt er ein Netzwerk aus staatlichen und nicht staatlichen Akteuren. Dazu gehören:

- die Hisbollah in Libanon,
- die Hamas auf Palästinensischen Gebieten,
- die Huthi-Miliz in Jemen,
- schiitische Milizen im Irak und Syrien,

Internationale Verbündete sind Russland und China. Sie leisten politischen Rückhalt und kritisieren die verübten Angriffe, vermeiden jedoch eine direkte militärische Einmischung. Die chinesische Regierung hat die stärksten Verbindungen. Neunzig Prozent des iranischen Öls werden nach China

exportiert. Auch das ist ein Grund, warum der amerikanische Präsident Trump Ende März in Peking seinen Amtskollegen Xi Jinping treffen will. Denn die entstandene Situation hat nicht nur Einfluss auf die Entwicklung in der Region, sondern auch auf die Weltpolitik.

Während des Iran-Irakkrieges (1980-1988) wurde die Strategie des Irans neu eingeschätzt und der Realität angepasst.

Die Beziehungen zwischen Iran und den USA reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück. Seit 1980 bestehen aber seitens der USA keine diplomatischen Beziehungen mehr zur Islamischen Republik Iran.

Ausgangspunkt war die Islamische Revolution, in dessen Verlauf iranische Studenten am 4. November 1979 die US-Botschaft in Teheran besetzten, um gegen die Aufnahme des gestürzten Schahs Mohammad Reza Pahlavi in den Vereinigten Staaten von Amerika zu demonstrieren. Sie hielten 52 Diplomaten der Vereinigten Staaten vom 4. November 1979 bis zum 20. Januar 1981 als Geiseln und forderten die Auslieferung des Schahs. Die USA verhängte schwerwiegende Sanktionen, die bis in die heutige Zeit die iranische Wirtschaft schwer belasten. Die Geiselnahme endete nach 444 Tagen. Die US-Sanktionen blieben.

Ziel dieser Sanktionen war es unter anderem, das „feindselige Verhalten“ der iranischen Regierung gegen die USA und die Atom- und Raketenentwicklungsprogramme des Iran einzuschränken und die Abhängigkeit von den USA wieder herzustellen. Dazu nutzen die USA alle politischen Möglichkeiten und etablierten in den Anliegerstaaten Katar, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien amerikanische Militärstützpunkte.

Nach der Tötung eines iranischen Generals durch die USA kam es 2020 zu einem beschränkten militärischen Konflikt und erneut 2025 nach einem Angriff von US-Streitkräften auf die iranischen Atomanlagen. Der Iran reagierte mit einem Gegenangriff auf den US-Stützpunkt im nahen Katar.

Seit 2025 haben sich die Spannungen zu einem direkten Krieg zwischen Israel, den USA und dem Iran ausgeweitet.

Vor dem Hintergrund dieser Situation fanden Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran statt. Delegationen beider Staaten trafen sich in Genf. Im

Fokus der USA stand das iranische Atomprogramm. Die USA, konkret US-Vizepräsident Vance, behaupteten Hinweise dafür zu haben, dass der Iran seit den US-Angriffen vom Juni sein Atomprogramm wieder aufbaue. Vance sagte in Washington, das Prinzip sei sehr einfach: Der Iran dürfe keine Atomwaffen haben. Präsident Trump hatte wiederholt erklärt, die Luftangriffe im Sommer hätten die Atomanlagen zerstört. Er werde nicht zulassen, dass Teheran das Programm wieder aufnehme.

Die iranische Regierung behauptete, Atomkraft nur zivil nutzen zu wollen und zeigt sich zu Kompromissen bei der Einschränkung bereit. Dazu zählt etwa, Uran nur bis zu einem geringen Prozentsatz anzureichern, wie es bereits 2015 im Wiener Atomabkommen vereinbart worden war. Trump hatte dieses Abkommen 2018 einseitig aufgekündigt. Er warf dem Iran zudem vor, Interkontinentalraketen zu entwickeln. Es sei klar, dass sich der Iran auf dem Weg dazu befinde, eines Tages Waffen entwickeln zu können, die die USA erreichen könnten.

Die iranische Regierung hatte bereits bei vorherigen Verhandlungen mit den USA eine Aufhebung der harten Wirtschaftssanktionen als Ziel formuliert. Diese haben das Land vom internationalen Finanzmarkt weitgehend abgeschottet und Investoren abgeschreckt. Die Wirtschaftssanktionen gelten als ein wichtiger Grund für die schlechte Wirtschaftslage im Land und führten zu mächtigen Demonstrationen.

Angesichts der militärischen Drohungen der USA verfolgte Irans Regierung gleichzeitig das Ziel, einen Krieg gegen das eigene Land abzuwenden. Die Staatsführung betonte zuletzt ihre Bereitschaft zu einem Abkommen, stellte zugleich aber auch eine militärische Eskalation in Aussicht.

Nachdem US-Präsident Trump der iranischen Führung ein Ultimatum für eine Einigung bis Anfang März gestellt hatte, gingen viele Beobachter von einer entscheidenden Verhandlungsrunde aus. Das US-Militär hatte vorab eine massive Flotte mit zwei Flugzeugträgern, dutzenden Kampffjets sowie Flugabwehr und Militärflugzeugen zur Luftbetankung in den Nahen Osten verlegt. Laut „Wall Street Journal“ handelt es sich um den größten Aufmarsch von US-Luftstreitkräften in der Region seit des Irak-Krieges 2003.

Das iranische Verhandlungsteam demonstrierte Entschlossenheit und Stärke. Man werde nicht unter Druck und Einschüchterungen verhandeln, betonte die

Regierung in Teheran. Sie sei nicht gewillt, einfach so aufzugeben und angesichts dieser Druckkulisse schon von vornherein Zugeständnisse zu machen.

Der israelische Premierminister Netanjahu traf zu seinen kurzfristigen Besuch bei Präsident Trump ein. Wie die US-Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, hat Israels Premier Netanjahu den US-Präsidenten dazu gedrängt, sich nicht mit den iranischen Bedingungen abzufinden und die Verhandlungen über die Herstellung ballistischer Raketen wieder zum Bestandteil der Gespräche zu machen.

Am 28. Februar 2026 begannen die Angriffen Israels und der USA auf den [Iran](#). Ziel der gemeinsamen Angriffe auf den Iran waren zunächst wichtige iranische Amtsträger, Militärkommandeure und Einrichtungen. Dazu gehörte vor allem die Tötung des „Obersten Führers“ Ali Chamenei. Ebenfalls starben Verteidigungsminister Asis Nassirsadeh, der Anführer der islamischen Revolutionsgarde Mohammad Pakpour, der Verteidigungsrats-Vorsitzende Ali Schamchani und der Generalstabschef der Streitkräfte Abdolrahim Mousavi bei den Angriffen. US-Präsident Donald Trump verkündete, Ziel sei es, die iranischen Raketen- und Militärkapazitäten zu zerstören, den Bau von Atomwaffen zu verhindern und letztendlich das Regime zu stürzen. Er rief die Mitglieder der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) auf, im Gegenzug für Straffreiheit die Waffen niederzulegen, und drohte, eine Weigerung bedeute den „sicheren Tod“.

Als Reaktion startete der Iran noch am selben Tag Angriffe auf Israel sowie US-amerikanische Militärstützpunkte in Katar, Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Irak, Jordanien, Kuwait und weiteren Staaten. Einige Tage nach Kriegsbeginn wurde ein britischer Militärstützpunkt in Zypern angegriffen. Unter anderem kamen Frankreich und Griechenland militärisch zur Hilfe. Somit sind auch mehrere europäische Staaten an dem Irankrieg beteiligt.

Eine Mehrheit der Völkerrechtler stuft den Krieg als völkerrechtswidrigen Verstoß gegen das UN-Gewaltverbot ein.

Irans neuer Staatschef Modschtaba Chamenei schwor Rache und kündigte an, dass die Blockade der Straße von Hormus aufrechterhalten werde. Und weder die USA noch Israel können das mit militärischen Mitteln verhindern.

Schlussbemerkung: Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels in der Zeitschrift offen-siv wird sich die Lage gegenüber dem Zeitpunkt der Fertigstellung des Artikels gewiss verändert haben. Wir werden, wenn der Krieg noch weiter anhält, über das politische Geschehen und Hintergründe fortlaufend berichten.

Das Kapital kriegt den Rachen nicht voll

Red. offen-siv: Anfang Februar dieses Jahres forderte der „CDU-Wirtschaftsrat“ Einschnitte für Sozialversicherte und Arbeitslose

Nachdem der heutige Bundeskanzler Merz schon 2023 mit annähernd perfektem Satzbau die „Einsicht“ verkündet hatte: *„Auch die Bevölkerung, die werden doch wahnsinnig, die Leute. Wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine,“* holt nun der „CDU-Wirtschaftsrat“ so richtig aus. Er fordert durchgreifende Einschränkungen beim Arbeitslosengeld und bei den Leistungen der Krankenversicherung.

Hier ein Überblick: In der gesetzlichen Krankenversicherung soll der „Leistungskatalog“ überprüft und Zahnbehandlungen grundsätzlich daraus gestrichen werden. Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I soll grundsätzlich auf ein Jahr begrenzt werden, Arbeitsmarktprogramme sollen gestrichen werden, bei der Bundesagentur der Arbeit soll die „ausufernde Arbeitsverwaltung“ eingedämmt werden, weg sollen die Mütterrente, die abschlagsfreie vorzeitige Rente für besonders langjährige Versicherte. Aus dem „Leistungskatalog“ der Unfallversicherung sollen Unfälle auf Arbeitswegen gestrichen werden und bei der Pflege soll die private Vorsorge eine größere Rolle spielen.

Und nun der andere Teil des Katalogs der die Maßnahmen zum Mästen des Kapitals auflistet: Zur Absenkung der Steuerlast für Unternehmen fordert der „CDU-Wirtschaftsrat“ die Anhebung des Grundfreibetrages in der Einkommenssteuer, die Erhöhung der Einkommensschwelle für den Spitzensteuersatz, die Absenkung der Unternehmenssteuersätze auf maximal 25% für Kapitalgesellschaften und eine Senkung der Erbschaftssteuer – das alles, „um ein internationale wettbewerbsfähiges Niveau“ zu erreichen.

Wo ist die Gegenwehr? Was tun die Gewerkschaften?

Anhang: Kurzcharakteristik des CDU-Wirtschaftsrates:

Der CDU-Wirtschaftsrat, 1963 zunächst unter dem Namen *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* gegründet, trägt mit Duldung der [CDU](#) den Zusatz „CDU“ im Namen. Finanziell und juristisch ist der Wirtschaftsrat aber unabhängig von der CDU und nicht an das [Parteiengesetz](#) und dessen Transparenzregeln gebunden. Laut einem Bericht der Organisation „[Lobbycontrol](#)“ ist der Wirtschaftsrat ein [Lobbyverband](#) mit privilegiertem Zugang zur Spitze der CDU inklusive einer [kooptierten](#) Mitgliedschaft im [CDU-Bundesausschuss](#). Präsidentin des Wirtschaftsrates ist [Astrid Hamker](#) (Gesellschafterin und Mitglied des Beirates der [Piepenbrock Unternehmensgruppe](#)), Generalsekretär ist [Wolfgang Steiger](#) (von 2001 bis Juli 2009 Angehöriger des „Zukunftsforum Finanzplatz Frankfurt“, ab 2004 Landesvorsitzender des [CDU-Wirtschaftsrates in Hessen](#), ab 2009 amtierender Bundesgeschäftsführer und [Generalsekretär](#) des CDU-Wirtschaftsrates, 2011 erhielt er das [Bundesverdienstkreuz am Bande](#)). Der Wirtschaftsrat hat 100 Landes- und 20 Bundesfachgremien.

Vorsitzende der Bundesfachgruppen (Auswahl):

- Handel, Ernährung und Verbraucherschutz: Thomas Kyriakis (Vorstand [Schwarz Gruppe](#), größter Handelskonzern Europas)
- Umwelt- und Klimapolitik: Detlev Wösten (Geschäftsführer der [H&R GmbH & Co. KGaA](#), Unternehmen für Spezialprodukte auf Rohölbasis)
- Energiepolitik: [Karsten Wildberger](#) (Vorstandsmitglied der [E.ON SE](#)), davor Johannes Lambertz (Vorstandsvorsitzender der [RWE Power AG](#))

- Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik: Lutz R. Raettig (Vorsitzender des Aufsichtsrates [Morgan Stanley](#) Bank AG, Frankfurt/Main)

Analysen zur Ukraine und zu Russland

***Sébastien Gobert*: Die Oligarchenrepublik**

Eine Chronik der nicht endenden Korruption in der Ukraine

Als Wolodymyr Selenskyj im April 2019 zum Präsidenten der Ukraine gewählt wurde, versprach er eine neue Ära. Nachdem Oligarchen jahrzehntelang die Politik des Landes geprägt hatten, kam ein Mann zum Zuge, der das Image des integren Überraschungskandidaten pflegte, den er als Hauptdarsteller in der Fernsehserie „Diener des Volkes“ verkörpert hatte.

Heute ist Selenskyj mit dem größten Korruptionsskandal seit Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 konfrontiert. Mitte November 2025 deckte das Nationale Antikorruptionsbüro (Nabu) ein kriminelles System auf, über das mehr als 100 Millionen Euro zulasten des staatlichen Atomenergieunternehmens Energoatom veruntreut wurden. Diese Gelder

⁴ Sébastien Gobert ist Journalist und Autor u. a. von „L’Ukraine, la République et les oligarques“, Paris (Tallandier) 2024. Übersetzung des Textes aus dem Französischen: Claudia Steinitz. Quelle: „Le Monde Diplomatique, Januar 2026, hier heruntergeladen von der Web-Seite der „Ständigen Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“ Aus der Selbstdarstellung des Vereins: „Am 28. Februar 2014 gründeten interessierte und kritische Rezipienten in Leipzig den Verein ‘Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien’ und legten damit den Grundstein für den Aufbau einer unabhängigen, demokratischen Kontroll- und Beschwerdeinstanz für die öffentlich-rechtlichen Medien. ...Zweck des Vereins ist die Erlangung und Förderung von Medienkompetenz, demokratischer und kultureller Bildung, sowie der demokratischen Mitsprache bei der Umsetzung des gesellschaftlichen Programm- und Bildungsauftrages.“

fehlen damit für die Instandhaltung des Stromnetzes, das regelmäßig von Russland bombardiert wird.

Als die Sache ans Licht kam, mussten der Justiz- und der Energieminister zurücktreten und am 28. November auch der Leiter des Präsidialamts, Andrij Jermak. Der engste Vertraute Selenskyjs hatte die ukrainische Delegation bei den Verhandlungen über eine Friedenslösung angeführt; seine Entmachtung hat die ohnehin schwierige Position Kyjiws zusätzlich geschwächt.

Während die russische Armee im Donbass langsam, aber stetig vorrückt, fällt es der Ukraine immer schwerer, neue Soldaten zu rekrutieren. Zudem steht das Land unter starkem Druck der Trump-Regierung, die mit dem Ende ihrer Unterstützung droht, falls Kyjiw nicht zu einem Kompromiss auf der Grundlage eines russisch-amerikanischen Plans bereit ist.¹

Donald Trump und seine Vertrauten benutzen den Korruptionsskandal als zusätzliches Argument, um sich aus einem Krieg herauszuhalten, der aus ihrer Sicht nicht nur weit weg, sondern auch nicht zu gewinnen ist.² Der US-Kongress beschloss am 17. Dezember zwar mit großer Mehrheit zusätzliche Militärausgaben von 901 Milliarden US-Dollar, doch für die weitere Unterstützung der Ukraine ist die eher nur symbolische Summe von 900 Millionen US-Dollar vorgesehen. Die Hauptlast der Ukrainehilfe sollen die anderen verbündeten Staaten und insbesondere die Europäer stemmen. Doch auch deren Vertrauen in Kyjiw ist durch den Skandal erschüttert.

Die jüngsten Enthüllungen und Rücktritte rufen in Erinnerung, dass die ukrainische Regierung erst im vorigen Sommer versucht hat, das Nabu dem Generalstaatsanwalt und dem Präsidialamt zu unterstellen. Ende Juli 2025 hatten tausende Demonstrierende in Kyjiw und anderen Großstädten die Umsetzung dieses Vorhabens verhindert. Am 5. Dezember meldete die *New York Times* zudem, dass die ukrainischen Behörden den Antikorruptionskampf auch in den Verwaltungsräten großer staatlicher Unternehmen, die Auslandshilfe erhalten, behindert haben sollen.³

Die politische Generation, die Selenskyj verkörpert, hatte versprochen, dem Einfluss einer Handvoll Milliardäre auf den Staatsapparat und der damit verbundenen Korruption ein Ende zu machen. Um die aktuelle Krise und ihre möglichen Folgen zu verstehen, muss man in die jüngere Vergangenheit zurückgehen, in der es in der Ukraine ständig zwischen zwei Polen hin und

her ging: Auf die Kaperung des Staates durch private Akteure folgten Reformversprechen, die immer wieder enttäuscht wurden.

Die Machtübernahme der Oligarchen vollzog sich in drei Phasen. Die erste begann nach 1985, als sowjetische Apparatschiks die durch die Perestroika eröffnete Möglichkeit nutzten, zu Privatunternehmern zu mutieren. Fabrikdirektoren, Kolchosleiter oder Staatsfunktionäre stiegen in den mehr oder weniger legalen Import westlicher Konsumgüter und andere Geschäfte ein. Als sich die UdSSR 1991 auflöste, standen sie in der Poleposition, um sich die staatliche Industrie unter den Nagel zu reißen.

Einer von ihnen war Jewhen Schtscherban in Donezk. Als Ex-Bergwerksdirektor wusste er genau, was die Unternehmen brauchten. Ein metallurgischer Betrieb hatte nicht genug Rohstoffe? Er besorgte einen Lieferanten. Ein Unternehmen brauchte Gas? Er organisierte die Lieferung aus Russland. Einem Restaurant gingen die Alkoholika aus? Er vermittelte den Kontakt zu Weinproduzenten in Moldawien.

Schtscherban ließ sich von seinen Kunden – mangels Bargeld – mit Industrieprodukten bezahlen, die er meistbietend weiterverkaufte, manchmal auch mit Unternehmensanteilen. Mit wachsendem Vermögen wuchs auch seine moralische Autorität im Donbass.

Die setzte er ein, um einen wilden Kapitalismus zu propagieren. Bei einer Diskussion mit jungen Hochschulabsolventen, von der es ein Video gibt, verkündete Schtscherban, sein Lebensziel sei immer gewesen, „nicht arm zu sterben“. Das habe er geschafft, zuweilen auf illegale Weise, aber das sei „für einen wie mich in einer so geschwächten Gesellschaft wie unserer gar nicht schwer“ gewesen.⁴

Mit einem Vermögen von schätzungsweise 500 Millionen US-Dollar stieg Schtscherban zum ersten Oligarchen des Landes auf. Und als führender Unternehmer im wichtigsten ukrainischen Industrierevier mischte er alsbald auch in der Politik mit.

Ehemalige Sowjetfunktionäre und clevere Opportunisten machten es ihm nach. In Dnepropetrowsk⁵ mischte der junge Ingenieur Ihor Kolomojskyj in der Eisen- und Erdölbranche und im Bankensektor mit. Julija Tymoschenko, die 2004 zur Galionsfigur der Orangen Revolution wurde, machte ihr

Vermögen zwischen 1995 und 1997 als Chefin des Energiekonzerns EESU – auch dank dubioser Gaslieferverträge mit der russischen Gazprom.

Die schöne „Gasprinzessin“ hatte schon zuvor eines der ersten ukrainischen Joint Ventures in Zypern gegründet, über die eine ganze Generation postsowjetischer Kapitalisten ihr unehrlich erworbenes Geld ins Ausland schafften. Auch Petro Poroschenko, 2014 zum fünften Präsidenten der Ukraine gewählt, war zuvor vom Kakaohändler zum Schokoladenkönig der Ukraine aufgestiegen.

Rinat Achmetow, Herrscher über den Donbass

In den 1990er Jahren formierten sich die Oligarchen zu regelrechten Clans, die durch Leitfiguren und gemeinsame Wirtschafts- und Finanzinteressen zusammengehalten wurden.⁶ Politischen Einfluss gewannen sie vor allem in den Industrieregionen. Dabei entstand eine spezielle Konkurrenz zwischen Donezk und Dnepropetrowsk, die vom Kyjiwer Clan notdürftig ausbalanciert wurde. Auch die anderen Regionen brachten Oligarchen hervor, deren Einfluss auf nationaler Ebene allerdings begrenzt blieb.

Der Aufstieg der neuen Elite erfolgte vor dem Hintergrund einer brutalen Verarmung der Bevölkerung. Versorgungslücken, die galoppierende Inflation und die Liquidierung der Sozialprogramme führten dazu, dass Millionen von früheren Sowjetbürgern in kürzester Zeit verarmten.

Zwischen 1991 und 1994 sank das BIP der Ukraine um 40 Prozent. Die Intelligenzija, die viel von der Perestroika und der Unabhängigkeit erwartet hatte, sah sich einer radikalen Transformation und zunehmender Straßengewalt machtlos ausgeliefert. Laut Weltbank stieg die Zahl der Tötungsverbrechen pro tausend Einwohner zwischen 1990 und 1996 von 4,96 auf 9,67.

Die Konzentration der ökonomischen Macht in Donezk hatte zur Folge, dass der Donbass zum Zentrum von Schwerverbrechen wurde, die auch die Reichsten nicht verschonte.

Im November 1996 wurden Jewhen Schtscherban und seine Frau nach der Landung ihres Privatjets auf dem Flughafen von Donezk von zwei als Polizisten verkleideten Männern erschossen. Nach diesem Mord, dessen

Auftraggeber nie ermittelt wurden, stieg Rinat Achmetow zum unumstrittenen Herrscher des Donbass auf – und zum reichsten Mann der Ukraine.

Achmetow bestreitet bis heute jede Beteiligung am Tod seines Rivalen und der anschließenden Mordserie. Über seine Jugend ist wenig bekannt. Bei einer seiner seltenen Pressekonferenzen wurde er 2006 gefragt, wie er seine erste Million verdient habe. Er antwortete: „Ich könnte Ihnen eher erzählen, wie ich meine erste Milliarde verdient habe.“

Die Reaktionen der Kyjiwer Regierung auf die anarchischen Zustände ließen indes auf sich warten. Im Juni 1996 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, drei Monate später die nationale Währung Hrywnja eingeführt, worauf die Inflation zurückging.

1994 folgte die Unterzeichnung des Budapester Memorandums und 1997 die eines ukrainisch-russischen Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft. Mit der Anerkennung der neuen Grenzen durch Russland und die anderen Großmächte hatte die Ukraine ihre Souveränität auf internationaler Ebene konsolidiert. In dieses Bild passte nicht so recht, dass sich die Oligarchen seit Beginn der 1990er Jahre als innenpolitische Gegenmacht etabliert hatten.

Als Präsident Leonid Kutschma (1994–2005) die Konzerne krimineller Provenienz legalisierte, gab er den Weg frei für die nächste Entwicklungsetappe der ukrainischen Oligarchenrepublik. Um den Anschein staatlicher Autorität wiederherzustellen, schloss Kutschma einen informellen Pakt mit den größten Clans: Statt sie vor Gericht zu stellen, ermunterte er sie zum politischen Mitmachen. Die kriminellen Wirtschaftskonzerne bekamen nicht nur ihre unrechtmäßig erworbenen Vermögen legalisiert, sondern auch Zugang zu staatlichen Aufträgen und – mittels Privatisierungen – Zugriff auf mannigfache Ressourcen des Staates.

Der entscheidende Schachzug im Rahmen dieser Strategie war die von Achmetow empfohlene Ernennung von Wiktor Janukowitsch zum Gouverneur von Donezk (1999–2001). Das sollte dazu dienen, die Region zu befrieden – und sie dem Geschäftsmann Achmetow auszuliefern.

Die Clans der Milliardäre nahmen Kutschmas Ermunterung, ins politische Tagesgeschäft einzusteigen, dankend an. Bei den Wahlen von 1998

investierten sie kräftig in die Eroberung von Parlamentssitzen, und zwar pro Sitz an die 5 Millionen Dollar, die für Wahlwerbung, Bestechung der Mitglieder der Wahlkommissionen und Stimmenkauf anfielen.

Die Gründung von Medienkonzernen und insbesondere von TV-Sendern flankierten den „demokratischen Aufbruch“. Erst durch ihren Einfluss auf Politik und Medien wurden die post-sowjetischen Unternehmer zu echten Oligarchen.

Mit der Zeit wurden die staatlichen Institutionen quasi vollständig von Interessengruppen unterwandert, was die ohnehin endemische Korruption und die Vetternwirtschaft voll zur Entfaltung brachte. Die alten Industrie-monopole, die mittlerweile voll im Besitz der Oligarchengruppen waren, erwiesen sich jedoch als Hindernis für die Modernisierung der Produktionsstrukturen. Denn durch steuerliche Begünstigungen und staatliche Subventionen wurden die Strukturen einer Rentenökonomie weiter zementiert.

Als die Oligarchen auch die politische Arena eroberten, drohte der öffentliche Diskurs zu verkümmern. Doch die Konkurrenz zwischen ungefähr gleich großen Machtgruppen verhinderte immerhin die Entstehung einer vertikalen Autorität. Und die Medienkonkurrenz förderte sogar eine gewisse Debatten- und Investigativkultur.

Für Kutschma diente die Allianz mit den Oligarchen auch als Schutz des ukrainischen Marktes vor ausländischen Investoren aus Russland wie aus dem Westen. Der Politologe Mykola Ryabtschuk meint im Rückblick sogar, Kutschma habe die schwache nationale Souveränität verteidigt: Er „verkaufte“ das Land zwar an die großen Vermögen, aber wenigstens an ukrainische.⁷

Der Staatschef spielte den Schiedsrichter, indem er seine weitreichenden Rechte nutzte, die ihm das 1996 etablierte Präsidentialregime zugestand, insbesondere die Aufsicht über die Sicherheitsorgane, die neuen Regulierungsbehörden und die Organe der Korruptionsbekämpfung.

Dank dieser Rechte und seiner Kontrolle über die Anti-Monopol-Behörde und die Steuerverwaltung konnte Kutschma die Machtbalance zwischen den rivalisierenden Oligarchengruppen so regulieren, dass keine von ihnen zu

mächtig wurde. So ließ er seinen Schwiegersohn Wiktor Pintschuk zwar unter die fünf reichsten Ukrainer aufsteigen, versuchte dabei jedoch nicht, Rinat Achmetow zu entthronen. Und als Ministerpräsident Pawlo Lasarenko zu gierig wurde, entzog ihm der Präsident 1997 das Vertrauen. Jahre später wurde er in den USA wegen Erpressung und Geldwäsche verurteilt.

Eine ähnliche „Oligarchisierung“ der Politik lief Ende der 1990er Jahre auch in anderen postsowjetischen Republiken ab, wo die Oligarchen versuchten, ihr unredlich erworbenes Geld zu legalisieren und in die Politik zu gehen. In Russland wurde diese Entwicklung allerdings zu Beginn der 2000er Jahre jäh unterbrochen, als Boris Jelzins Nachfolger Wladimir Putin unter seiner Präsidentschaft eine vertikale Machtstruktur etablierte, strategische Wirtschaftsbereiche erneut verstaatlichte und die russischen Konzernherren auf Linie brachte oder durch treue Gefolgsleute ersetzte. In der Ukraine dagegen blieb die Oligarchenrepublik länger erhalten und mit ihr die dynamische Konkurrenz ihrer Protagonisten.

Am Ende von Kutschmas zweiter Amtszeit wurde das politische Gefüge erstmals erschüttert. Die meisten der Milliardäre, voran Achmetow und Pintschuk, stellten sich hinter Kutschmas designierten Nachfolger Wiktor Janukowitsch. Dessen Gegenkandidat Wiktor Juschtschenko wurde von einer Front aus Millionären und mittelgroßen Unternehmen unterstützt, die ihren Anteil am Kuchen haben wollten.

Diese Gruppe wurde, als ein Wahlbetrug zugunsten von Janukowitsch aufgedeckt wurde, zur treibenden Kraft bei der Organisation der Proteste, die 2004 in die Orange Revolution mündeten. Getragen wurde diese Bürgerbewegung von der Mittelklasse, die Ende der 1990er Jahre mit der wirtschaftlichen Stabilisierung ein neues Selbstbewusstsein entwickelt hatte; doch für ihren Erfolg entscheidend war das Engagement der „kleinen“ Oligarchen. Die Wahl wurde annulliert und Juschtschenko in einer neuen Abstimmung zum Präsidenten gewählt.

Vor seiner Wahl versprach er, die „Banditen ins Gefängnis zu bringen“. Die zur Ministerpräsidentin ernannte Julija Timoschenko machte die Privatisierung eines riesigen metallurgischen Komplexes, den Achmetow und Pintschuk für 800 Millionen Dollar erworben hatten, wieder rückgängig. Demonstrativ nahm sie den Oligarchen das unrechtmäßig erworbene

Monopolunternehmen wieder ab, indem sie es live im Fernsehen versteigern ließ. Die Anlage ging für 4,81 Milliarden Dollar an die multinationale Mittal Steel Company (später ArcelorMittal).

Trotz dieser Medienshow erwies sich die „Entoligarchisierung“ am Ende als hohle Phrase. Unter Präsident Juschtschenko (2005–2010) war das Land wie gelähmt durch den Dauerstreit mit Timoschenko, Korruptionsskandale und ständig wechselnde Allianzen. Auch Juschtschenko suchte sich Bündnispartner unter den Oligarchen. Einer von ihnen war Dmytro Firtasch, der die Gasgeschäfte dominierte. Zudem ließ sich Juschtschenko von Achmetow und Pintschuk beraten. Als Gegenleistung wurden sie für die Justiz unantastbar, was ihnen erlaubte, ihre Strategie der Legalisierung fortzusetzen. So mündete die Orange Revolution paradoxerweise in das goldene Zeitalter der Oligarchenrepublik.

Die Präsidentenwahl von 2010 gewann mit Wiktor Janukowitsch der Verlierer von 2005, den Juschtschenko jedoch bereits im August 2006 zum Ministerpräsidenten berufen hatte und der seinen Wahlsieg der politischen Instabilität und den Absprachen mit den Oligarchengruppen zu verdanken hat.

Unter Janukowitsch dominierte der Donezk-Clan erneut das öffentliche Leben und konnte so Vergeltung für die Orange Revolution üben. 2011 wurde dessen Gegenspielerin Timoschenko zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Auch die Clans von Dnepropetrowsk und Kyjiw verloren an Einfluss, was sich in den Parlamentswahlen von 2012 niederschlug.

Schokokönig und Gasprinzessin

Die Konzentration der Ressourcen bei einem immer kleineren Kreis widersprach allerdings dem Funktionsmodus eines „Regimes durch Konkurrenz“. Ab 2012 verschanzte sich Janukowitsch in „der Familie“, wie Kritiker und Gegner seine mafïöse Clique nannten. Sein Sohn Oleksandr, von Beruf Zahnarzt, wurde ebenso schnell zum Multimillionär wie sein Freund Serhij Kurtschenko, der größere Mengen an undurchsichtig erworbenen Geldern in die Gasbranche, in Medien und andere Geschäfte investierte. Er fungierte als „Brieftasche“ der „Familie“.

Der laut Verfassung „unparteiische“ Präsident mischte über seine Clique bei Unternehmen mit, deren Profite auf 40 Milliarden Dollar geschätzt werden.⁸

Die Geschäftstüchtigkeit der „Familie“ störte jedoch die anderen Oligarchen; selbst Achmetow fühlte sich benachteiligt. Ende 2013 protestierten immer mehr Menschen gegen die Polizeigewalt, die systemische Korruption und die Weigerung des Präsidenten, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Janukowitsch fand sich zunehmend isoliert.

Während die Orange Revolution eine „Revolte der Millionäre gegen die Milliardäre“ war, ist der zweite Maidan als breitere, vom Volk getragene Mobilisierung zu verstehen. Vor allem im Westen und in der Zentralukraine war das Misstrauen gegen die von Oligarchen gepöppelten Parteien weit verbreitet.

Zwar traten die Oligarchen bei der Organisation der Demonstrationen nicht in Erscheinung, aber ihre Medien berichteten durchaus wohlwollend über die Bewegung. Nach dem Massaker auf dem Maidan von Ende Februar 2014, das im Einzelnen immer noch nicht aufgeklärt ist, floh Janukowitsch aus der Ukraine.

Diese „Revolution der Würde“ beschnitt die Macht des Präsidenten und stoppte den Aufstieg der Oligarchen, deren Einfluss damit aber nicht gebrochen war. Das Ende des Monopols der „Familie“ bedeutete vielmehr die Rückkehr zur Oligarchenrepublik in ihrer alten Gestalt.

Nach den Wahlen im Oktober 2014 schafften es die Clans erneut ins Parlament und in die staatlichen Institutionen. Mit Petro Poroschenko gelangte ein klassischer Oligarch ins Präsidentenamt – auch dank der Unterstützung von Dmytro Firtasch. Der Multimilliardär war zwar im März 2014 auf Verlangen der USA in Wien festgenommen worden, hatte aber in Kyjiw noch erheblichen Einfluss.

Rinat Achmetow wiederum nutzte seinen Einfluss in seiner Heimatregion Donbass, um Druck auf die Regierung auszuüben. Er schürte in Donezk den ersten Unmut gegen Kyjiw, verlor dann aber die Kontrolle über die Entwicklung, die bald von separatistischen Gruppen sowie russischen Söldnern und Spezialeinheiten übernommen wurde. Dennoch behielt er seine Rolle als „Herr des Donbass“ zumindest bis 2017.

Andere Magnaten finanzierten bewaffnete Milizen, die sich den prorussischen Bataillonen in Odessa, Charkiwo und im Donbass entgegenstellten, die vom

Kreml unterstützt wurden. Nach der russischen Annexion der Krim im März 2014 wurde der Oligarch Ihor Kolomojskyj als „Retter der Nation“ gefeiert. Er finanzierte zum Beispiel das Bataillon Ajdar und das Asow-Regiment, dem sich auch Neonazis anschlossen.

In der Amtszeit von Poroschenko (2014–2019) waren „Heldentaten“ dieser Art nicht selten. Allerdings sah der Präsident seine Rolle als Primus inter Pares durch Figuren wie Kolomojskyj bedroht, der als Gouverneur seiner Heimatregion Dnipropetrowsk auch politische Macht ausübte. Diesen Konkurrenten wurde Poroschenko los, nachdem Kolomojskyj nach der Verstaatlichung seiner Privatbank im Dezember 2016 das Land verlassen hatte.

Ab 2014 wurden die öffentlichen Einrichtungen von Reformkräften übernommen, deren Initiativen eine erstarkte Zivilgesellschaft, aber auch ausländische Partner unterstützten, die ihr finanzielles Engagement nach dem Ende der Wirtschaftskrise verstärkten.

Der Schock über die Annexion der Krim verstärkte sogar den Impuls des „revolutionären“ Aufbruchs: Das Steuersystem und das öffentliche Beschaffungswesen wurden saniert und die territoriale Dezentralisierung sowie eine bürokratische Digitalisierung eingeleitet. Damit wollte man der Korruption den Kampf ansagen. In den Schlüsselbereichen Justiz, Sicherheit und Zoll sind jedoch tiefgreifende Reformen liegen geblieben.

Wolodymyr Selenskyj profitierte von diesem Gefühl des Unvollendeten, aber auch von einer gewissen Kriegsmüdigkeit. Als der Comedian im Mai 2019 zum Präsidenten gewählt wurde, stand er für die „Entoligarchisierung“ der Politik und als russischsprachiger und proeuropäischer Ukrainer für die Überwindung der sprachlichen und politischen Spaltung wie für eine mögliche Einigung mit Moskau.

Der Krieg und der Niedergang der Oligarchenmacht

Doch schon nach wenigen Monaten stagnierten die Reformen, desgleichen die Verhandlungen mit Moskau. Selenskyjs Regierung von „Amateuren“ wurde durch den Einfluss konkurrierender Interessengruppen gelähmt. Nach dem Ausbruch der Coronapandemie forderte der Präsident die reichsten Konzernchefs auf, sich finanziell zu engagieren – womit er sie freilich auch

als respektable Philanthropen legitimierte. Überdies widersprachen die engen Bande seiner Regierung zu einigen Oligarchen seinem Anspruch, die politische Kultur zu erneuern und damit transparenter zu machen.

Anfang 2021 trat eine Wende ein. Der neue US-Präsident Joe Biden setzte Kolomojskyj, den Produzenten der TV-Serie „Diener des Volkes“, die Selenskyj berühmt gemacht hatte, auf seine Sanktionsliste. Auf Druck der USA wurde im ukrainischen Parlament ein Gesetz über „den unangemessenen Einfluss von Wirtschafts- oder politischen Persönlichkeiten auf das öffentliche Leben (Oligarchen)“ eingebracht, das für den Begriff Oligarch vier Kriterien festlegte: Einfluss auf Massenmedien, Besitz von mindestens einem Unternehmen mit Monopolcharakter, Kapitalbesitz, der mehr als das Millionenfache des Mindestlohns ausmacht, und Teilnahme am politischen Leben.

Dieses Gesetz sollte gewährleisten, dass große Vermögen und politische oder publizistische Aktivitäten streng getrennt bleiben. Allerdings trat es nie vollständig in Kraft. Als es im November 2021 verabschiedet wurde, waren die russischen Truppen bereits an den Grenzen zur Ukraine aufmarschiert.

Der russische Angriff am 24. Februar 2022 zwang die Oligarchen, sich für eine Seite zu entscheiden. Pintschuk war eindeutig für die militärische Mobilisierung. Andere zogen das Exil an der französischen Côte d’Azur oder in Dubai vor. Eine dritte Gruppe, die einer prorussischen Haltung verdächtigt wurde, geriet unter Druck der ukrainischen oder westlichen Justiz. Zu ihr gehörte Wiktor Medwetschuk, der 2014 noch zwischen der Regierung in Kyjiw und den Donbass-Separatisten vermittelt hatte. Seine drei Fernsehsender waren schon seit 2021 geschlossen; im April 2022 wurde er verhaftet und fünf Monate später im Rahmen eines Gefangenenaustauschs an Russland übergeben.

So kam es zum Niedergang der ukrainischen Oligarchie insgesamt, die durch Kriegszerstörungen, russische Besatzung und ökonomische Sanktionen geschwächt wurde. Achmetows Fabrik Asowstahl in Mariupol wurde im Frühjahr 2022 von russischen Bomben plattgemacht. Auch Pintschuks Konzern Interpipe, der Stahlteile und Achsen für Eisenbahnwagen herstellt, wurde stark geschädigt.

Die „Entoligarchisierung“ der Ukraine wurde sowohl durch die russischen Bomben als auch das ukrainische Kriegsrecht vorangetrieben, das den Medien der Oligarchen kriegsbedingte Einschränkungen verordnete. Zudem hatte Selenskyj, dessen Amtszeit eigentlich im Mai 2024 abgelaufen war, die Präsidentschaftswahlen entsprechend ausgesetzt. Also hatten die Oligarchen auf absehbare Zeit keine Chance, Wahlen und die anschließende Machtverteilung zu beeinflussen.

Damit ist die ukrainische Oligarchenrepublik an einem entscheidenden Punkt angelangt. Das System der persönlichen Bereicherung hat nichts mehr mit dem der Janukowitsch-Ära gemein. Und der Krieg hat die Macht des Präsidenten deutlich gestärkt.

Wie die jüngsten Skandale zeigen, ist die Korruption jedoch weiterhin tief verwurzelt.⁹ Allerdings können die Antikorruptionsbeamten heute entschiedener durchgreifen, weil sie ihre Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive bewahrt haben – dank einer starken Zivilgesellschaft und ausländischer Geldgeber.

Letztere werden aber auch dafür sorgen, dass sich die Ukraine für ihr Kapital öffnet, insbesondere das US-amerikanische. Klare Anzeichen dafür sind die Unterzeichnung des Abkommens über die Gewinnung seltener Erden vom Mai 2025 wie auch die Klausel über die Beteiligung der USA an den Gewinnen künftiger Wiederaufbauprojekte, die Trump der Ukraine aufzwingen möchte.

Auch diese Perspektive dürfte den Einfluss der nationalen Oligarchen auf längere Sicht einschränken. Allerdings sind durch den Krieg neue Interessengruppen entstanden, die sich am Präsidentenamt anlagern. Sollte die Erneuerung des Justizwesens scheitern, könnte die alte Logik neuen Auftrieb bekommen. Dann könnte eine neue Generation von Oligarchen entstehen, etwa im militärisch-industriellen Komplex oder in der Agro-Industrie.

Anmerkungen:

¹ Siehe Anatol Lieven, [„Was der Donbass bedeutet“](#), *LMd*, Dezember 2025.

² Siehe [„In Conversation with Donald Trump Jr and Omeed Malik“](#), Youtube, 7. Dezember 2025.

³ Kim Barker und Constant Méheut, „Zelensky’s government sabotaged oversight, allowing corruption to fester“, *New York Times*, 5. Dezember 2025.

⁴ [„Erbe, eine Dokumentation von Hromadske“](#) (auf Ukrainisch), Youtube, 3. Dezember 2020.

⁵ Im Mai 2016 umbenannt in Dnipro.

⁶ Siehe Klaus Müller, [„Die Clans der Ukraine“](#), *LMd*, Oktober 2014.

⁷ Mykola Rijabstchouk, „Das Dilemma des ukrainischen Faust. Zivilgesellschaft und Staatsentwicklung“ (auf Ukrainisch), Kyjiw (Kritika) 2000.

⁸ Tanya Kozyreva und Jason Leopold, [„Here’s how Ukraine’s ousted government got away with \\$40 billion“](#), BuzzFeed News, 12. Juli 2018.

⁹ Siehe Héléne Richard, [„Arbeiten, kämpfen, durchhalten“](#), *LMd*, November 2023.

***Ditte Gerns*⁵: [Machtverhältnisse im heutigen Russland](#)**

23.06.2023: Referat von Ditte Gerns beim Zweiten Ratschlag marxistische Politik am Samstag, 17. Juni 2023 in Frankfurt a.M.

1. Einordnung des herrschenden Gesellschaftssystems

Ausgangspunkt für die Betrachtung der Machtverhältnisse im heutigen Russland muss m.E. die Einschätzung der in der Russischen Föderation herrschenden Eigentumsverhältnisse sein, auf denen die Macht des Staates basiert. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems und der Auflösung der Sowjetunion etablierte sich in kürzester Zeit auf den Trümmern ein kapitalistisches System mit weitreichenden monopolistischen Strukturen. Diese waren kein Ergebnis eines langandauernden Entwicklungs- und Konzentrationsprozesses, sondern Resultat der Übernahme großer Kombinate durch deren Manager oder Vertreter der alten Nomenklatura, die ihre Netzwerke aus sowjetischer Zeit in Politik und Wirtschaft für ihre Interessen nutzen konnten. [1] Es bildeten sich große einheimische Finanz-Industriekonglomerate, die bei ihrer Entstehung

⁵ *Ditte Gerns* ist Politologin, Historikerin, hat Arbeiten zur Entwicklung Russlands und der Sowjetunion verfasst und legte ihre Kenntnisse "Zu Machtverhältnissen im heutigen Russland" in diesem Referat dar. Die Texte der in diesem Referat enthaltenen Anmerkungen findet Ihr im Anschluss der Arbeit.

durch den Staat dadurch geschützt waren, dass ausländische Unternehmen nicht an den großen Privatisierungen teilnahmen. Über ihre engen Kontakte zum Jelzin-Clan und ihre finanziellen Hebel hatte die entstehende Oligarchie in den 90er Jahren großen Einfluss auf die Politik.

Diese spezifische russische Turboakkumulation des Kapitals und die auf ihrer Grundlage entstehende "wilde" Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus stießen Ende der 90er Jahre an ihre Grenzen, da sie auf Dauer kein erfolversprechendes Entwicklungsmodell darstellen konnten. Nachdem Putin im März 2000 zum Präsidenten gewählt wurde, begann die staatsmonopolistische Entwicklung in mehr oder weniger geordneten Bahnen zu verlaufen. Er formierte eine politische Koalition, die es ihm ermöglichen sollte, die nach der Zerrüttung Russlands in der Jelzin-Periode entstandenen Konflikte zu lösen und die Politik des Landes dauerhaft zu stabilisieren. Einerseits gelang es ihm, die Bevölkerung durch das Versprechen einzubinden, soziale und wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen und damit die Lebensverhältnisse kontinuierlich zu verbessern, sowie das Ansehen und die Stellung Russlands in der Welt wiederherzustellen, d.h., den Menschen ihr in den Jelzin-Jahren verlorenes Selbstwertgefühl zurückzugeben. Diese Strategie war im Großen und Ganzen erfolgreich. So ist der Anteil der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt von 33,5 % 1992 auf 13,5 % 2019 gesunken. [2] Bedrohlicher Widerstand blieb aus.

Andererseits ist ihm die Umsetzung einer "Vertikale der Macht" gelungen. Es handelt sich dabei um ein Prinzip des Staatsaufbaus, nach dem alle Institutionen, Strukturen und Akteure in Politik und Wirtschaft auf die Person des Präsidenten ausgerichtet sind. Ein wichtiger Schritt war dabei die Beschneidung der Macht der unter Jelzin einflussreichen Gouverneure und die Konsolidierung der uneingeschränkten Vorherrschaft des föderalen Zentrums. [3]

Parallel dazu wurde der direkte politische Einfluss der Oligarchen zurückgedrängt. Dazu wurden zum einen die Medienimperien zerschlagen. Zum anderen sicherte sich der Staat die Kontrollmehrheit über die strategisch wichtigen Bereiche der Wirtschaft. Dabei handelte es sich um wichtige Teile der Gas-, Erdöl- und Energiegewinnung, die in den 90er Jahren durch die Privatisierungen teilweise in private Hände gelangt waren sowie um den systemrelevanten Teil des Bankensystems und des militärisch-industriellen

Komplexes. Sie erfolgte vor allem durch die Übernahme von kleineren Oligarchenclans. Die Übernahme von Chodorkowskijs Jukos-Konzern durch Rosneft war politisch bedingt. Um den staatlichen Einfluss abzusichern, übernahmen hochrangige Beamte und Geheimdienstler (Silowiki) aus Putins vertrautem Kreis die Chefetagen der staatlich dominierten Konzerne. Damit begannen sie faktisch als Oligarchen im Auftrag des Staates, eine bedeutende Rolle im polit-ökonomischen Komplex des Landes zu spielen und gewannen an politischem Einfluss.

Die meisten Oligarchen ließen sich auf die neuen Verhältnisse ein. Und die Loyalität zeichnete sich aus. Die Zahl der russischen Milliardäre stieg in der zweiten Amtszeit Putins von 25 auf 87 und lag zum Beginn seiner vierten Amtszeit 2018 bei 101. Wer sich nicht an die neuen Spielregeln halten wollte, bekam die unter Putin gestärkte staatliche Macht zu spüren, siehe z.B. Chodorkowskij, Beresowskij und Gusinskij.[4] Im Gegenzug sicherte der russische Staat das rohstoffbasierte Akkumulationsregime, den Oligarchen ihre einträglichen Verwertungsbedingungen und eine Politik in ihrem Interesse.

Die "privaten" Oligarchen sind vor allem in der lukrativen Rohstoffförderung, Metallurgie und Düngemittelproduktion aktiv. Hinzukommen das Bankenwesen und die Telekommunikation. In ihren Unternehmenskonglomeraten verschmelzen Finanz- und Industriekapital. Sie tätigen Investitionen im Ausland, wenn auch nicht in dem Umfang, wie die großen Industrieländer [5] , gründen Tochterfirmen im Ausland und sind vielfältig mit ausländischen Konzernen verflochten. So berichtet die FR im Mai 2022: "Insgesamt bis zu einer Billion Dollar an russischem Vermögen sind Wirtschaftsstudien zufolge in Offshore-Firmen gelagert – ein erheblicher Teil der russischen Wirtschaft. Weiter wird davon ausgegangen, dass die reichsten Menschen Russlands im Ausland so viel Finanzvermögen haben wie die gesamte Bevölkerung im eigenen Land." [6] Diese engen Verflechtungen führten bei einigen Oligarchen dazu, dass sie selbst ihren Hauptwohnsitz im Ausland haben, dazu die doppelte Staatsbürgerschaft.

Ein Report des unternehmernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft von 2022 kommt im Gegensatz zu einigen Politologen, die den Machtverlust der Oligarchen überbewerten, zu dem Schluss: "Trotz des Machtverlusts der früheren Oligarchen ist Russland weiterhin ein oligarchisch organisiertes

Machtsystem, da eine exklusive Elite mit Hilfe extraktiver politischer und wirtschaftlicher Institutionen maßgeblich die Schwerpunkte in der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik bestimmt. Diversifizierungen der Wirtschaft und technologische Sprünge in innovative Sektoren fanden nicht statt, denn diese Umstrukturierung wäre nur unter der Hinzunahme von neuem, externem Know-how möglich gewesen, was zwangsläufig zur Umschichtung von Ressourcen, zur Streuung von Profiten und zur Neuverteilung von Macht geführt hätte. Das konnte nicht im Interesse der exklusiven Elite sein, die mit dem Export von Rohstoffen weiterhin hohe Renten erwirtschaftete." [7]

Als Beispiel für die enge Verzahnung von Staat und Oligarchie sein hier die Steuereinnahmen genannt. Einige Zahlen:

2016 betrug der Umfang der Steuereinnahmen der RF 28,2 Bio. Rubel, wovon 11,4 Bio. Rubel oder gut 40 % aus der Besteuerung von Unternehmen stammen. [8]

Die 50 größten russischen Zahler von Unternehmenssteuern kamen auf einen Anteil von 47 % am Gesamtumfang der Unternehmenssteuern, die 10 größten auf 38 %. Von ihnen stammten sieben aus dem Öl- und Gassektor. Die drei größten kamen auf 27%, wovon Rosneft mit 12 % der größte Zahler von Unternehmenssteuern war, gefolgt von Gazprom mit 10 %, und Lukoil, gegenüber den ersten in Privatbesitz, mit 5 %.

Nach Branchen differenziert kommt man zu folgenden Anteilen an den 50 größten Steuerzahlern: 73 % kamen aus der Öl- und Gasbranche, es folgte weit abgeschlagen die Finanzbranche mit 6 % auf dem zweiten Platz, dann Metallurgie und Bergbau, das Transportwesen und die übrige Energiewirtschaft ohne Öl und Gas.

Damit trug die Öl- und Gasbranche mit gut 34 % zum gesamten Unternehmenssteuer- und mit knapp 13 % zum gesamten Steueraufkommen bei. [9]

Diese Daten verweisen auf die Kapitalkonzentration in Russland, einerseits den hohen Anteil des staatlich dominierten Öl- und Gassektors an den Staatseinnahmen und damit seine herausgehobene Bedeutung für den Staat und andererseits die unbedeutende Rolle der kleinen und mittleren

Unternehmen. Generell kann man sagen, dass die größten Steuerzahler vollständig oder teilweise unter staatlicher Kontrolle stehen. Mit den von ihnen generierten Einnahmen kann der Staat strategisch steuernd auf die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft einwirken. Damit geht die Tendenz einher, dass das Problem, Lücken im Staatshaushalt zu füllen, bisher immer mehr auf Kosten der großen Steuerzahler aus den staatlich dominierten Bereichen der Öl- und Gasförderung, gelöst wird.[\[10\]](#) Private Oligarchen werden geschont.

Wenn der Staat einen signifikanten Teil seiner Einnahmen von einer Hand voll vor allem rohstofffördernder Unternehmen bezieht, macht er sich damit vom volatilen Weltmarktgeschehen, Devisenschwankungen und politischem Druck abhängig. Seit Beginn des Ukrainekriegs werden die Nachteile dieses Systems deutlich. Von Januar bis April 2023 gingen die russischen Öl- und Gaseinnahmen um 52 % auf 2.282 Milliarden Rubel im Vergleich zum Vorjahr um zurück. Als Gründe dafür gibt das Finanzministerium eine hohe Vergleichsbasis zum Vorjahr, den Rückgang der Preise für Öl der Marke Urals, und gesunkene Erdgasexporte an. Da nach Zahlen des russischen Statistikamts Rosstat die Gewinne bei Unternehmen mit einem Staatsanteil von über 25 Prozent im letzten Jahr sich mehr als halbierten, während sich die Unternehmensgewinne insgesamt nur um knapp 13 Prozent verringerten, wird deutlich, dass private Unternehmen weniger Verluste einführen.

Der Präsident und Vorstandsvorsitzende der Außenhandelsbank VTB Andrej Kostin nutzte diese Situation, um für eine erneute Privatisierungsetappe zu werben, die auf diesem Weg Gelder für die Einrichtung neuer Logistikkorridore, die Wiederinbetriebnahme ganzer Industriezweige und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes bringen sollte.[\[11\]](#) Die Ursache des großen Gewinneinbruchs bei den staatlich dominierten, vor allem in der Rohstoffförderung aktiven Unternehmen werden bewusst ausgeblendet. Aber die Zwickmühle wird deutlich: Während es für die bisherigen großen Steuerzahler wirtschaftlich enger wird, lehnen die privaten Unternehmen Steuererhöhungen ab.

Im Gegensatz zu den von der Oligarchie dominierten Wirtschaftszweigen, vor allem dem Rohstoffsektor, ist die verarbeitende Industrie schwach entwickelt. Ein Grund hierfür ist einerseits die Marktöffnung in den neunziger Jahren, wo einheimische Produkte durch Importe vom Markt verdrängt wurden,

andererseits die geringere Profitabilität gegenüber der Rohstoffgewinnung. So wurde die Industriestruktur des Landes nur wenig diversifiziert und Russland vom Import zahlreicher wichtiger Güter u.a. komplexe Endprodukte wie Maschinen, Elektronik, selbst für die Rüstungsindustrie, und Kraftfahrzeuge abhängig. Die Tatsache, dass die spätestens seit den westlichen Sanktionen nach der Übernahme der Krim proklamierte Offensive zur Importsubstitution bisher keine großen Erfolge gezeitigt hat, ist dieser geringeren Profitabilität geschuldet. Sie wurde nur halbherzig verfolgt, worauf die KPRF stets warnend hinweist.[12]

Auf Grundlage der beschriebenen Wirtschaftsstruktur kann festgestellt werden, das Russland ökonomisch nicht in der ersten Liga der hochentwickelten imperialistischen Länder spielt.

2. Politische Herrschaftsstrukturen in Russland

Vor dem Hintergrund dieses staatsmonopolistischen Systems in der Russischen Föderation sind die dortigen politischen Herrschaftsstrukturen zu sehen. Das Zusammenwachsen der politischen Macht von Staatsbürokratie mit der Oligarchie wird in der 2012 durchgeführten und 2017 erneuerten Untersuchung der Consulting Group Mintschenko mit ihrem Modell des "Politbüro 2.0" verdeutlicht. Die herrschende politische Elite in Russland besteht aus einem Konglomerat von Clans und Gruppen, die um die Ressourcen des Landes konkurrieren.

Das Politbüro 2.0 ist als informelles Organ, das sich nach dem Machtantritt Putins herausgebildet hat, dazu da, die bestehenden Widersprüche zu lösen. Dabei tritt Putin in der Rolle des Schiedsrichters und Moderators auf. Um das "Politbüro 2.0" mit Vertretern von Staat und Oligarchie als Mitgliedern, hat sich eine Reihe konkurrierender Gruppen formiert, die als Silowiki (Militärs, Geheimdienstler und Angehörige anderer bewaffneter Organe), Unternehmer, Politiker (Regierung, "System"opposition und Kirche) und Techniker bezeichnet werden. Deren einflussreichste Vertreter werden als "Kandidaten" für die Mitgliedschaft im "Politbüro 2.0" bezeichnet. Die übrigen gehören zur Peripherie, dem Zentralkomitee.[13]

Zwei in der Studie von 2017 gemachte Vorhersage sind erwähnenswert, da sie sich im Nachhinein als richtig erwiesen haben. Die erste Vorhersage lautet: "Innerhalb des Politbüros 2.0 werden zwei breite Koalitionen gebildet: die

Mobilisierungskoalition (militärisch-industrieller Komplex + Sicherheitsdienste, ...) und die Modernisierungskoalition (der liberale Block der Regierung, die Privatwirtschaft, ...)." Und die zweite Vorhersage lautet: "Eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zum Westen ist praktisch unvermeidlich und wird zu Konflikten an Russlands Peripherie führen. Dies wiederum wird das Politbüro 2.0 in Richtung des Mobilisierungsszenario stoßen."[\[14\]](#)

Ich werde mich im Weiteren mit den Kräften der Mobilisierungskoalition beschäftigen, die nach Beginn des Krieges auch Unterstützung von ehemaligen "Modernisierer", siehe z.B. Medwedew, bekommen hat.[\[15\]](#)

Nun zu drei der oben erwähnten Gruppen, den Silowiki, den Oligarchen und den Politikern vor dem Hintergrund des Kriegs gegen die Ukraine. Ich möchte keine umfassende Analyse entwickeln, sondern einige m.E. interessante Aspekte darstellen.

2.1. Silowiki und neue Akteure auf militärischem Gebiet vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs

Die Silowiki haben schon immer eine große Rolle im russischen Machtgefüge gespielt. Sie sind die entscheidende Kraft im vom Präsidenten geleiteten russischen Sicherheitsrat, in dem gemeinsame Entscheidungen in Sachen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik getroffen werden sollen. Viele der Sicherheitsratsmitglieder sind enge Weggefährten Putins aus Leningrader Tagen.

Am 21. Februar 2022 trat der Sicherheitsrat zu einer Sitzung über die Anerkennung der Republiken im Donbass zusammen, die m.E. ganz bewusst im Fernsehen übertragen wurde. Putin setzte sich in Oberlehrermanier gegenüber den Anwesenden als Alleinherrscher in Szene. Den Chef des Auslandsgeheimdienstes Sergej Naryschkin kanzelte er wie einen dummen Schuljungen ab. Daraufhin gingen einige Beobachter von einem Machtverlust der Geheimdienstchefs aus. Dem steht allerdings entgegen, dass es nach dem Angriff keine personellen Veränderungen an der Spitze der Geheimdienste gegeben hat, und dass trotz der verheerenden Fehleinschätzungen, für die u.a. die Geheimdienste neben anderen nicht unwesentlich verantwortlich sein

werden.[16] Diese Veranstaltung kann m.E., genau wie die Sitzung mit den Oligarchen wenig später, als gezielte Inszenierung für das Volk gesehen werden, in der Putin sich als starker Alleinherrscher darstellt, der in der angespannten Situation einer militärischen Konfrontation die Zügel fest in der Hand hält.

Als Vertreter der Armee gehören diesem Kreis z.Z. der Verteidigungsminister Sergej Schoigu, ein enger Freund Putins, und Waleri Gerassimow, Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte und seit Januar 2023 Oberbefehlshaber über die russischen Truppen in der Ukraine, an. Da die sogenannte "militärische Spezialoperation" im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen so gar nicht nach Plan läuft, geraten die Vertreter der Armee in der Öffentlichkeit immer stärker unter Druck. In den russischen Medien wird, entgegen der sonstigen Einschränkung der Meinungsfreiheit mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, erstaunlich offene Kritik an der Strategie und Taktik der Kriegführung geübt. Der Druck lässt sich auch an den zahlreichen, kurz aufeinanderfolgenden Umbesetzungen in der oberen Armeeführung nachvollziehen.[17] Vor diesem Hintergrund ist die Rolle der Armeeführung in Kriegszeiten einerseits zwar gewachsen, andererseits ist die Position ihrer einzelnen Vertreter unsicherer geworden. Sie hat Konkurrenz bekommen.

Neue Akteure treten neben der Armeeführung auf. Sie gehören zwar nicht dem engsten Führungskreis an, haben jedoch einen großen Machtzuwachs u.a. medial erfahren, und müssen in das Herrschaftssystem eingebunden werden.

Da ist Ramsan Kadyrow erwähnenswert, der 2007 auf Vorschlag Putins vom tschetschenischen Parlament zum Präsidenten gewählt wurde und der mit harter Hand Tschetschenien unter russischer Kontrolle hält. Im Oktober 2022 wurde er, wohl als Dank für den Ukraine-Einsatz von Teilen seiner Miliz, die 2006 als Regiment der Russischen Nationalgarde[18] legalisiert wurde, zum Generaloberst befördert. Das ist der dritthöchste, eigentlich der zweithöchste Rang in den russischen Streitkräften, da es z.Z. keine Marschälle gibt.

Wichtiger als Kadyrow mit seinen in offizielle Strukturen eingebundenen Kämpfern ist das private Kriegsbusiness, ein stark wachsender Wirtschaftszweig in Russland, der bisher ohne gesetzliche Grundlage im Graubereich agiert.[19] Seine Bedeutung liegt für den Staat vor allem darin, dass diese Unternehmen Söldner zum Kampf in die Ukraine schicken und ihn

so davor bewahren, selbst noch mehr junge Männer zu mobilisieren. Diese Unternehmen verbinden mit dem Krieg ihre privaten, eigennützigen Profitinteressen. Dies ist m.E. der Grund für ihre zunehmend schärferen Angriffe auf Vertreter der Armee und des Staates, die ihrer Ansicht nach sich nicht hart genug für den Krieg engagieren. Sie treten radikal für eine Verschärfung der Kampfführung ein.

Jewgenij Prigoschin, Chef des Privaten Sicherheits- und Militärunternehmens "Wagner", ein recht zwielichtiger Geschäftsmann mit engen Beziehungen zu Putin, ist z.Z. sein exponiertester Vertreter. Ihm gehören nicht nur die Cateringfirma Concord und zahlreiche weitere Unternehmen im Bereich Gastronomie zur Versorgung staatlicher Einrichtungen, weshalb er Putins Koch genannt wird, sondern laut der Zeitschrift "Capital" auch Rohstofffirmen. Sein internationales Firmennetzwerk erwirtschaftete laut Recherchen der "Financial Times" 2021 250 Mio. Dollar. Das Geld stammt hauptsächlich aus Geschäften mit Öl, Gold, Diamanten und anderen Rohstoffen aus Afrika und dem Nahen Osten. Erlöse von Prigoschins russischen Unternehmungen sind dabei nicht berücksichtigt.[\[20\]](#)

Vor diesem Hintergrund bekommt das 2014 gegründete private Sicherheits- und Militärunternehmen "Wagner" einen Sinn, denn die Söldner dieses Unternehmens kämpfen nicht nur in der Ukraine, sondern auch in afrikanischen Ländern und Syrien. Die Gruppe wurde laut eines Artikels der Bundeszentrale für politische Bildung nie als Unternehmen registriert, denn es fehlt wie bereits erwähnt die gesetzliche Grundlage. Zwar ist es in Russland legal, eine private Sicherheitsfirma zu betreiben. Private Militärfirmen, die militärische Dienste durch Söldner anbieten, sind allerdings laut dem russischen Strafgesetzbuch verboten. Nichtsdestotrotz hat Putin selbst auf einer Pressekonferenz bereits 2018 die Wagner-Gruppe erwähnt. "Putin betonte, die Gruppe könne ihren geschäftlichen Interessen in jedem Teil der Welt nachgehen, sofern sie dabei keine russischen Gesetze bräche."[\[21\]](#) Vielleicht dient die fehlende Klärung des rechtlichen Status dieser Unternehmen dazu, sie leichter unter Kontrolle zu halten.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass eine weitere Privatisierung hoheitlicher Sicherheits- und Militäraufgaben bevorsteht. So stellt Kirill Strelnikow in einem Artikel in RIA Nowosti vom 29.03.2023 fest: "Gestern gab der Leiter des russischen Energieministeriums, Nikolai Schulginow, auf

der letzten Vorstandssitzung des Ministeriums bekannt, dass die Lukoil Corporation die Einrichtung einer privaten Sicherheitsorganisation abgeschlossen hat, deren Aufgabe es ist, die Anlagen des Brennstoff- und Energiekomplexes zu schützen. Auch Gazprom Neft arbeitet am Aufbau einer ähnlichen Organisation, und bereits 2013 wurde Gazprom und Transneft selbst eine ähnliche Genehmigung erteilt. Die Leiter der neuen Machtstrukturen betonen nachdrücklich, dass es sich nicht um private Militärunternehmen handelt und dass diese Organisationen ausschließlich dem Schutz ziviler Produktionsanlagen dienen sollen. Man hat jedoch den Eindruck, dass wir kurz vor einer ernsthaften Zunahme korporativer und anderer paramilitärischer Strukturen und einer grundlegenden Änderung des Ansatzes für den Einsatz militärischer Gewalt stehen. ... Nach Ansicht von Experten muss Verantwortung mit Befugnissen einhergehen, und früher oder später werden private Sicherheitsunternehmen mit entsprechenden Ressourcen und militärischen Mitteln ausgestattet sein, was bedeutet, dass diese Strukturen unweigerlich in das System der militärischen Planung, Beschaffung, Aufklärung und tatsächlichen Kriegsführung einbezogen werden müssen, das derzeit vom Verteidigungsministerium und dem Generalstab gehalten wird."[\[22\]](#)

Dazu passt die Information, dass bei den Kämpfen um Artjomowsk (Bachmut) neben "Wagner" auch das Freiwilligenbataillon "Potok" der neuen Privat Military Company (PMC) von Gazprom im Einsatz ist. Aus der Konkurrenzsituation zwischen den unterschiedlichen militärischen Akteuren auf dem Schlachtfeld kommt es immer wieder zu Problemen aufgrund mangelnder Absprachen.[\[23\]](#) Das wirft bei Sergej Gontscharow, dem Ehrenpräsidenten der Internationalen Vereinigung der Veteranen der Anti-Terror-Einheit "Alpha" die folgende Frage auf: "...wem hat die PMC von Gazprom die Treue geschworen? Miller? Und wem hat Wagner den Eid geschworen? Es sind Söldnertruppen. Und die könnten bald noch viel zahlreicher werden. Immerhin hat der Präsident die Idee unterstützt, private Militärfirmen zu gründen."[\[24\]](#)

Sowohl der tschetschenische Staatschef Ramsan Kadyrow als auch die Union der Freiwilligen des Donbass sind daran interessiert, eigene PMCs zu gründen.[\[25\]](#) Nicht im Einzelnen nachprüfbar, zumindest von russischer Seite nicht bestätigt, ist die Information, die n-tv Ende Dezember verbreitete, nach

der der russische Verteidigungsminister Schoigu das private russische Sicherheits- und Militärunternehmen "Patriot", dass eng mit dem russischen Verteidigungsministerium und dem Militäргеheimdienst GRU verknüpft sein soll, in der Ukraine einsetzen will, um den Einfluss der Wagner-Gruppe zurückzudrängen.[\[26\]](#)

Durch die Initiative des Verteidigungsministeriums vom Juni 2023, etwas Ordnung in die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Freiwilligenverbänden zu bringen, wurde bekannt, dass es bis jetzt gut 40 solcher Verbände gibt.[\[27\]](#) Während die ersten Verträge bereits abgeschlossen sind, verweigert Prigoschin die Vertragsunterzeichnung,

2.2. Die Oligarchen vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs

Neben dem Aufbau privater Sicherheits- und Militärunternehmen drückt sich die Privatisierung der hoheitlichen militärischen Aufgaben auch in der Heranziehung oligarchischer Strukturen zur Finanzierung der Verteidigungsaufgaben aus. Ein Beispiel ist der Flugplatz Lewaschowo in der Nähe von St. Petersburg, der im Dezember nach Umbauarbeiten eröffnet wurde, und die neue Heimatbasis der russischen Marineflieger ist. Der Bau wurde nicht vom Verteidigungsministerium, sondern von Gazprom finanziert. Bereits 2021 wies Putin das Unternehmen an, einen Konzessionsvertrag mit dem Ministerium abzuschließen. Im Gegenzug erhielt der Staatskonzern das Recht, die Anlage gemeinsam mit dem Militär zu betreiben. Wie Alexej Axjonow in der Swobodnaja Pressa vom 26.03.2023 feststellte, wurde damit "ein erfolgreicher Präzedenzfall für die Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen und Militär im Interesse der Stärkung der Verteidigung des Landes geschaffen".[\[28\]](#)

Dies scheint der erfolgversprechendere Weg in einem staatsmonopolistischen System zu sein, die Oligarchie zur Entlastung des Staatshaushalts zu gewinnen, als der Versuch, den die russische Regierung im Februar 2023 unternahm, als sie die russischen Großunternehmen bat, auf freiwilliger Basis einen Beitrag zu den Sozial- und Infrastrukturausgaben im Haushalt in Höhe von 300 Mrd. Rubel zu leisten. Die Antwort des Vorsitzenden des Russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes, Alexander Schochin, war zu erwarten – die Idee sei nicht durchführbar.[\[29\]](#) An eine allgemeine Erhöhung der Unternehmenssteuern hat die russische Regierung bisher nicht gedacht.

Sowohl die wachsende Bedeutung der privaten Sicherheits- und Militärunternehmen, als auch die Finanzierung von Projekten des Verteidigungsministeriums zur Entlastung des klammen Staatshaushalts, verdeutlicht, dass zumindest einige Teile der Oligarchie ihren Einfluss im Staat mit dem Ukrainekrieg ausweiten konnten. Während die vom Krieg profitierenden Kreise der Oligarchie, wie oben bereits erwähnt, z.T. scharfe Kritik an dem ihrer Meinung nach inkonsequenten Vorgehen der Staatsorgane in der Kriegssituation üben, kam von anderen Teilen der Oligarchie vorsichtige Kritik am Krieg. [30] Diese Äußerungen haben meines Wissens zu keinen Konsequenzen für die Kritiker geführt, ebenso wenig die mangelnde "Spendenbereitschaft" der Oligarchen. Ganz im Gegenteil: Der Staat scheint ihre wirtschaftlichen Interessen, soweit es ihm möglich ist, zu wahren, auch wenn das mit Blick auf den Krieg zu Widersprüchen führt.

Die Tatsache, dass es Russland gelang, Abnehmer für seine Rohstoffe in zahlreichen nicht an den Sanktionen beteiligten Ländern zu finden, führt neben den relativ hohen Rohstoffpreisen dazu, dass die westlichen Sanktionen die Oligarchen wesentlich weniger treffen als im Westen erhofft. [31] Der "Spiegel" konstatierte Ende April 2023, dass es Russlands Superreichen viel besser als im Vorjahr geht, wenn auch lange nicht so gut wie vor Kriegsausbruch. Der Internationale Währungsfonds IWF hob seine Wachstumsprognose für das Land zuletzt von 0,3 auf 0,7 Prozent an. [32]

Der Außenhandel verlagert sich mitnichten vollständig auf nichtsanktionierende Länder. Daneben floriert der Handelsaustausch mit sanktionierenden Ländern über Drittländer wie die Türkei, Kasachstan u.a. oder direkt, wie Prof. Valentin Katasonow in einem Artikel in der Swobodnaja Pressa vom 19.09.2022 schreibt: "Die jüngsten Zahlen des US-Handelsministeriums zeigen, dass die Vereinigten Staaten zwischen Januar und Juli dieses Jahres amerikanische Waren im Wert von 1,3 Milliarden Dollar nach Russland exportiert haben. Die Einfuhren aus Russland in die USA in diesem Zeitraum werden auf 11,64 Milliarden Dollar geschätzt. Der russisch-amerikanische Handel gleicht in diesem Jahr also einer Einbahnstraße. Unsere Lieferungen über den Ozean übersteigen unsere Einkäufe aus Übersee um fast das Neunfache!" [33] Im Jahr zuvor waren sie noch ausgeglichen.

Oligarchen treiben, ohne vom russischen Staat behelligt zu werden, selbst Handel mit der Ukraine, wie auf EURACTIV im Januar 2023 berichtet wurde. Die einzige Raffinerie Bulgariens befindet sich im Besitz des privaten russischen Ölkonzerns Lukoil. Von Januar bis November 2022 exportierte das Land Kraftstoffe im Wert von 700 Millionen Euro in die Ukraine. Verglichen mit der Zeit vor dem Krieg ist dies eine Steigerung um das Tausendfache, da die bulgarischen Kraftstoffexporte in die Ukraine im Jahr 2021 nur 750.000 Euro betragen. Wladimirow, Direktor des Energie- und Klimaprogramms der bulgarischen Denkfabrik Center for the Study of Democracy (CID) und einer der führenden bulgarischen Energieexperten, betonte, " ... , dass alle Produkte, die in die Ukraine exportiert werden, entweder direkt in Russland produzierte Kraftstoffe sind oder von Lukoil Neftohim hergestellt werden". [34] Diese Beispiele zeigen die Probleme des Staates, einerseits die Kriegsziele in der Ukraine vorantreiben zu wollen, andererseits die Spielräume der Oligarchie nicht zu sehr einzuschränken, sich damit vielleicht auch mögliche Optionen wiederauflebender Zusammenarbeit für die Zeit nach dem Krieg offenzuhalten.

2.3. Politiker vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs am Beispiel der oppositionellen der KPRF

Die größte in der Duma vertretene Partei, "Einiges Russland" steht für die bereits beschriebene Politik des Staates und bedarf daher hier keiner weiteren Erörterung. Ich werde mich in den folgenden Betrachtungen bei den politischen Organisationen auf die größte oppositionelle Partei mit der größten Oppositionsfraktion in der Duma, die KPRF, beschränken. Damit spielt sie im Machtgefüge in Russland keine unwesentliche Rolle. Die zahlreichen kleinen linken Gruppierungen verfügen über keinen Einfluss. Die bürgerliche Opposition hat unter dem Druck der Repression ihren ohnehin nie sehr großen Einfluss weiter einbüßen müssen.

Die KPRF versteht sich als Korrektiv zur oligarchenfreundlichen Regierung, indem sie sich als Vertreterin der sozialen Interessen der Bevölkerung und des Wohls des gesamten Landes sieht. Dabei liegt ihr Bezugspunkt in der sowjetischen Geschichte, was sie dadurch bekräftigt, dass sie stets von der

Notwendigkeit einer leninistisch-stalinistischen Modernisierung spricht, mit der an die alten Errungenschaften angeknüpft und zu alter Größe zurückgekehrt werden soll.

Die wichtigsten Forderungen hat die KPRF in einem Programm mit dem Titel "Zwanzig dringende Maßnahmen zur Umgestaltung Russlands" dargelegt.[35] Sie strebt eine Mobilisierungswirtschaft und die Wiedereinführung einer strategischen und Kurzfristplanung auf Grundlage eines Fünfjahresplans an. Es folgen detaillierte Forderungen zur Steuerung der Wirtschaft, zur Konsolidierung des Staatshaushalts sowie auf sozialem und gesellschaftlichem Gebiet. Des Weiteren arbeitet die KPRF eigenen Aussagen nach an einem neuen Wahl- und einem neuen Arbeitsgesetzbuch sowie einer neuen Verfassung.

Allerdings werden die zahlreich von der KPRF eingebrachten Gesetzesentwürfe jedoch fast alle von der Mehrheitspartei "Einiges Russland" abgelehnt[36], was jedoch nicht dazu führt, dass die Partei ihre Aktivitäten stärker aus dem Parlament auf die Straße verlagert, wozu auch die Repressionen beitragen mögen, die zahlreiche Parteimitglieder selbst bei kleinen Aktivitäten zu erleiden haben. Juri Afonin, stellvertretender Vorsitzender der KPRF, hört sich in einem Interview recht staatstragend an: "Ich möchte der russischen Oligarchie sagen: Verstehen Sie, heute entscheidet sich Ihr Schicksal zusammen mit dem Schicksal Russlands. Jahrzehntelang haben Sie in Saus und Braus gelebt, Sie haben sich in der Tat riesiges Staatseigentum für Pfennige angeeignet. Entwickeln Sie Ihr Land, investieren Sie Ihr Geld darin. Stimmen Sie einer Steuererhöhung zu. Nehmen Sie sich ein Beispiel an den westlichen Bonzen, die auf dem letzten Forum in Davos mit dem Vorschlag auftraten, die Steuern für die Reichen zu erhöhen." [37]

Trotz Zurückweisung und Repressionen wird immer wieder der Schulterschluss mit Putin gesucht, besonders nach Beginn des Kriegs gegen die Ukraine. Seine Reden werden gelobt. So äußerte sich Gennadi Sjuganow, Vorsitzender der KPRF nach einem Treffen der Duma-Fraktionen mit Putin am 7. Juli 2022 wie folgt: "In meiner Rede im Kreml habe ich betont, dass es in letzter Zeit eine Reihe von bedeutenden Ansprachen des Präsidenten an das Land gegeben hat. An erster Stelle steht die Botschaft, in der die wichtigsten Aufgaben aufgeführt sind. Ich stimme ihnen absolut zu: eine der fünf

führenden Mächte der Welt zu werden, das Aussterben und die Verarmung zu stoppen, einen Durchbruch in der neuesten Technologie zu erzielen." [38]

Putins Äußerung am Tag zuvor vor dem Valdai-Klub, dass der Kapitalismus in eine Sackgasse geraten und dass gegen die Idee des Sozialismus nichts einzuwenden sei, werden von Sjuganow immer wieder herangezogen. Es scheint folgendes Muster zu geben – guter Präsident, böse Administration. Sjuganow erklärte auf dem erwähnten Treffen mit Putin, dass es die Hauptsache sei, dass der Präsident einen neuen sozialistischen Kurs ankündigt. Und weiter in einem Interview: "Ich drehte mich zu den Anwesenden um: Da sitzt Wolodin (Duma-Vorsitzender, D.G.) neben mir und lächelt - er hat keine Einwände mehr. Wir müssen das Präsidententeam, die Verwaltung und die Regierung von der Notwendigkeit eines neuen Kurses überzeugen - dann wird alles gut werden." [39]

Afonin bringt die Haltung der KPRF gegenüber dem russischen System auf den Punkt, wenn er sagt, "dass in der gegenwärtigen Konfrontation derjenige gewinnen wird, dem es unter anderem gelingt, die innere Stabilität seines Landes zu wahren. Wir können sehen, welche Proteste Frankreich derzeit erschüttern. Die russische Gesellschaft sieht jetzt viel gefestigter aus, aber wir müssen alles tun, um diese soziale Einheit zu erhalten." [40]

Die von Afonin konstatierte Einheit der russischen Gesellschaft beruht darauf, dass es den Herrschenden in Russland gelungen ist, die Fragen der sozialen Ungleichheit durch ein Gefühl einer nationalistischen, ultrakonservativen Wertegemeinschaft zu überspielen. Die gemeinsame Sprache und Kultur, der gemeinsame orthodoxe Glaube, überlieferte Traditionen, all dies macht die Wertegemeinschaft aus, die häufig als "Russkij Mir", die "Russische Welt", bezeichnet wird. [41] Da die KPRF in die Propaganda dieser Wertegemeinschaft eingestiegen ist und sie entschieden vertritt, stützt sie m.E. zur Zeit das derzeitige russische Herrschaftssystem. Das drückt sich auch im von der KPRF vertretenen Geschichtsbild aus.

Der KPRF-Vorsitzende, Gennadi Sjuganow legt seit Gründung der KPRF vor 30 Jahren immer wieder seine Vorstellungen von der russischen Geschichte und ihre Grundlage dar. O-Ton Sjuganow: "Ein korrektes Verständnis der russischen Geschichte im Allgemeinen und ihrer herausragenden sowjetischen Periode ist unmöglich, ohne zu erkennen, dass die sozialistische Idee im

Christentum verwurzelt ist. In der evangelischen Predigt von Barmherzigkeit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Ablehnung von Lüge und Ausbeutung. Die primäre Grundlage der sozialistischen Weltanschauung liegt in diesem Glauben, mit dessen Annahme sich die Russen schließlich zu einer geeinten Nation formten. Und den Weg der konsequenten geistigen, kulturellen, öffentlichen und politischen Gestaltung beschritten."[\[42\]](#) Da ist es nicht verwunderlich, wenn Sjuganow 2013 verkündete, dass jedes dritte Mitglied der KPRF gläubig sei.[\[43\]](#) Da verwundert es auch nicht, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche 2014 Sjuganow zu Ehren seines 70. Geburtstags und für seine Arbeit zum Schutz der traditionellen geistigen und moralischen Werte mit dem "Orden für Ehre und Ruhm" auszeichnete.[\[44\]](#)

Auf Grundlage dieser Einordnung der russischen Geschichte folgt die Verklärung der Rolle Russlands und des russischen Volkes in der Weltgeschichte: "Das von den Russen geschaffene Reich ist das einzige in der Weltgeschichte, das nicht durch Eroberung, Raub und Ausrottung anderer Völker entstanden ist, sondern durch verbündete Einheit mit ihnen, in der Regel auf freiwilliger Basis. Auf diesem Weg mussten die Russen nur dann zu den Waffen greifen, wenn sie die mit ihnen verbündeten Völker unter ihren Schutz nahmen und ihnen halfen, sich gegen die mit Vernichtung drohenden Invasoren zu verteidigen." Und weiter: "Ohne sie sähe die Welt ganz anders aus, und viele der Völker, die sie heute bevölkern, würden nicht mehr existieren. Das Gleiche kann man von keiner anderen Macht sagen. Solche Worte können nur über die Russen und Russland gesagt werden."[\[45\]](#) Dass Lenin seinerzeit das zaristische Russland als Völkergefängnis bezeichnete, kommt im Narrativ der KPRF nicht mehr vor.

Wladimir Nikitin, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF und Leiter der allrussischen gesellschaftlichen Bewegung zur Wiederbelebung der Traditionen der Völker Russlands "Allrussische schöpferische Bewegung Russkij Lad (Russischer Weg, D.G.)" beschreibt den Erfolg des Wirkens der KPRF und der Linken Patriotischen Kräfte in seinem Bericht an den III. Kongress dieser Vereinigung im April 2023: "Die DVR und die LVR wurden anerkannt und in die Russische Föderation eingegliedert. Eine Militäroperation zur Wiederherstellung der zivilisatorischen Grenzen der russischen Welt ist im Gange. Ein Änderungsantrag der KPRF über die staatsbildende Rolle des russischen Volkes wurde in das Grundgesetz

Russlands - die Verfassung der Russischen Föderation - aufgenommen. Es wurde ein Präsidialerlass "Über die Verabschiedung der grundlegenden staatlichen Politik zur Bewahrung und Stärkung der traditionellen russischen geistigen und moralischen Werte" erlassen. Gesetze zum Verbot der Propaganda von LGBT-Ideen und zum Schutz der russischen Sprache vor Überfremdung wurden verabschiedet."[\[46\]](#)

Auch wenn nicht bekannt ist, inwieweit es des Drucks der KPRF bedurfte, die o.g. Initiativen zu ergreifen, wird hieraus deutlich, dass die KPRF auf dem Gebiet der nationalistischen und wertekonservativen Umgestaltung Russlands ihren Einfluss erfolgreich nutzt.

3. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das politische System mit einer Clique aus einflussreichen Vertretern der Oligarchie und der Sicherheitskräfte an der Spitze bisher uneingeschränkt die Macht in Russland ausübt. Präsident Putin gelingt es bis heute ihre zum Teil unterschiedlichen Interessen auszutarieren und zwischen ihnen zu vermitteln. Flankiert wird dieses System durch eine zunehmend nationalistischere, reaktionäre Ideologie, die Eingang in das Bewusstsein vieler Russen und auch weiter Teile der politischen, selbst sich als links verstehenden Opposition findet. Damit gelingt es den Herrschenden besonders in Zeiten der militärischen Konfrontation, des Krieges gegen die Ukraine und des Kampfes gegen den "kollektiven Westen", große Teile der Bevölkerung und der Opposition systemstabilisierend einzubinden.

Der nationalistische Hype lenkt vom Kampf für soziale und wirtschaftliche Verbesserungen ab. Der Krieg führt zu einem weiteren Abbau der ohnehin schmalen demokratischen Rechte sowie zu einer Kriminalisierung jeglicher Proteste. Dabei ist die Bewaffnung von Teilen der Oligarchie mit Blick auf künftigen, wenn auch noch nicht sichtbaren Widerstand gegen die Oligarchenherrschaft in Russland besorgniserregend.

Sergej Udalzew, Koordinator der Linksfront in Russland, der wegen der Organisation von Protesten gegen die massiven Wahlfälschungen 2012 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, stellte in einem Artikel der Swobodnaja Pressa Ende Januar 2023 fest: "Leider muss man zugeben, dass viele Gruppen in Macht- und machtnahen Wirtschaftskreisen von einer

langandauernden militärischen Spezialoperation profitieren. Die einen ziehen daraus zynischen Profit, die anderen verlängern und festigen damit ihre dominante politische Position im Land. Meines Erachtens ist dies der Grund, warum die Ziele der militärischen Spezialoperation unklar bleiben und ständig angepasst werden, was theoretisch ihre unbegrenzte Fortführung ermöglicht. Gleichzeitig wird unter dem Deckmantel des Patriotismus versucht, aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, die versuchen, sich der Gesetzlosigkeit der Wirtschaftsmafia und der korrupten Beamten zu widersetzen, die sich im Rahmen der Sonderaktion noch verstärkt hat. ..."[47]

M.E. besteht die Gefahr, dass sich aufgrund der ausbleibenden Erfolge des russischen Militärs in der Ukraine nationalistische und militaristische Scharfmacher die Oberhand gewinnen. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass, sollte es zu weitreichenden Mobilisierungen in Russland kommen, es doch zu Protesten in der russischen Bevölkerung kommt. Bisher gelang es der Regierung das Kriegsgeschehen weitestgehend von ihr fernzuhalten.

Anmerkungen

[1] Vgl. dazu auch: Cécile Vaissié, Putin, Chef der Oligarchen, in: Stéphane Courtois, Galia Ackerman (Hg.), Schwarzbuch Putin, Piper Verlag GmbH, München 2023, S. 389 ff. Neben offen kriminellen Machenschaften in der Anfangszeit der wilden Aneignung staatlichen Eigentums wurden auch Methoden angewandt, die den Anschein der Legalität aufrechterhalten sollten. Dazu gehörte die Ausgabe von Vouchern, Anteilsscheinen an Unternehmen, an deren Beschäftigte, die diese jedoch vor dem Hintergrund der großen wirtschaftlichen Not der neunziger Jahre an die entstehende Oligarchie verkauften. Ebenfalls vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise der neunziger Jahre gaben die neu entstandenen privaten Banken Kredite an den Staat, die mit Anteilen an großen, ertragsstarken staatlichen Unternehmen der Rohstoffförderung und Energiewirtschaft abgesichert wurden. Diese wurden sehr zügig vom bankrotten Staat den Kreditgebern überschrieben.

[2] Vgl. dazu: Dieter Segert, Post-sowjetischer Kapitalismus als Gesellschaftsform – Russland und Ukraine im Vergleich. Ein Essay in Z, Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 133, März 2023, S. 30. Fanden 1992 noch Streiks in 6.273 Unternehmen statt, so weist die Statistik für 2018 nur 2 Streiks aus. Fanden 1992 noch Streiks in 6.273 Unternehmen statt, an denen sich 357.600 Menschen beteiligten und 1.893.300 Arbeitstage streikbedingt ausfielen, so weist die Statistik für 2018 nur

2 Streiks mit 100 Teilnehmern und 500 ausgefallenen Arbeitstagen aus. <https://rosstat.gov.ru/folder/210/document/12993> Auch wenn es Ende 2022 einen in den Medien beachteten Streik unter den Kurierfahrern von Yandex-Jeda gab, hat sich an dieser Situation nichts geändert. Dazu tragen neben der erwähnten Einbindung der Menschen ins System die harten Repressionen bei. So wurde der Vorsitzende der Gewerkschaft "Kurier", Kirill Ukrainzew, im Februar 2023 "wegen wiederholter Verstöße gegen die Vorschriften für die Abhaltung von Kundgebungen" nach mehr als neun Monaten in Untersuchungshaft zu 1 Jahr und 4 Monaten in einer Strafkolonie verurteilt. Aufgrund der langen Untersuchungshaft kam er nach dem Urteil auf freien Fuß. Auslöser dieses harten Vorgehens waren Kurierproteste am 25. April 2022, wo etwa dreißig Demonstranten zum Büro des Delivery Club marschierten und gegen Lohnkürzungen protestierten, von denen mehr als zehn Personen festgenommen wurden. <https://www.svoboda.org/a/glava-profsoyuza-kurjer-ukrainsk-vozbuzhden-posle-prigovora/32264040.html>

[3] Vgl. dazu: Andreas Heinemann-Grüder, Föderalismus in Russland, 26.03.2018; <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47962/foederalismus-in-russland/>

[4] Vgl. dazu: Heiko Pleines, Wirtschaftseliten und Politik, 31.03.2021; <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/283101/wirtschaftseliten-und-politik-in-russland/>

[5] 2016 lag Russland mit seinen Nettodirektinvestitionen im Ausland auf dem 18 Platz weltweit. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_gemachten_ausländischen_Direktinvestitionen. Zu den Investitionen 2020 im Vergleich zu den Vorjahren siehe auch: 9.9. ПРЯМЫЕ ИНВЕСТИЦИИ ИЗ РОССИИ В ЭКОНОМИКУ СТРАН-КРУПНЕЙШИХ ПОЛУЧАТЕЛЕЙ ПРЯМЫХ ИНВЕСТИЦИЙ (сальдо операций платежного баланса Российской Федерации; млн долларов США) in: <https://rosstat.gov.ru/folder/210/document/12993>

[6] <https://www.fr.de/politik/wladimir-putin-kreml-oligarchen-sanktionen-ukraine-krieg-kreml-news-zr-91522393.html>

[7] Gerards Iglesias, Simon / Hüther, Michael, 2022, Wirtschaftliche Entwicklung durch Rückschritt – zu den Perspektiven der russischen Volkswirtschaft, IW-Report, Nr. 51, Köln, S.11; <https://www.iwkoeln.de/studien/simon-gerards-iglesias-michael-huether-wirtschaftliche-entwicklung-durch-rueckschritt-zu-den-perspektiven-der-russischen-volkswirtschaft.html>

[8] In dieser Summe sind die Sozialabgaben, die in Russland allein von den Arbeitgebern zu tragen sind, nicht enthalten.

[9] RBC Research: Russlands größte Steuerzahler; <https://www.rbc.ru/economics/15/08/2017/597724fd9a794714c9ac187c;>.

[10] RBC Research: Russlands größte Steuerzahler; <https://www.rbc.ru/economics/15/08/2017/597724fd9a794714c9ac187c;> Und so kommt eine Studie vom RBC, auf der die o.g. Daten zur Steuerbelastung der russischen Unternehmen stammen, zu dem Schluss, "dass die Steuerlast für die führenden Unternehmen der russischen Wirtschaft im Jahr 2016 erheblich gestiegen ist. Im Vergleich zu 2015 betrug sie 12,9 %, was einem Anstieg von 0,5 Prozentpunkten entspricht. Dies ist ein sehr starker Anstieg, wenn man bedenkt, dass die vom Föderalen Steuerdienst berechnete Steuerlast für die gesamte Wirtschaft um 0,1 Prozentpunkte gesunken ist. - von 9,7 % im Jahr 2015 auf 9,6 % im Jahr 2016. Es scheint, dass der steuerliche Druck auf mittlere und kleine Unternehmen abnimmt: Entweder lockert die Regierung ihn absichtlich oder sie ist einfach nicht in der Lage, während der Krise mehr Zahlungen vom Massensegment der Wirtschaft einzutreiben."

[11] <https://finanzmarktwelt.de/russland-staatseinnahmen-im-sturzflug-aktuelle-daten-270468/>

[12] Runder Tisch der KPRF zum Problem der Überwindung der Systemkrise des Landes; <https://kprf.ru/dep/gosduma/activities/211335.html> oder auf Deutsch in den Marxistischen Blättern, 1/2023, Wladimir Kaschin, Mobilisiert für die Wiederbelebung des Landes, S. 110-116. O-Ton: "Das Wachstum der Industrieproduktion im Jahr 2021 liegt bei 5,3 % im Vergleich zum Vorjahr, im Vergleich zu 2019 (vor Corona) jedoch nur bei 3,1 %. Im Vergleich zu 2019 wuchs der Bergbau um 1,1%, das verarbeitende Gewerbe um 1,4% und der Energiesektor um 4,3%. Aber selbst dieses mikroskopische Wachstum wurde durch einen Anstieg der Erzeugerpreise um 24 % gesichert, bei dem die folgenden Sektoren besonders hervorstachen: die Rohstoffindustrie um 43,1 %, das verarbeitende Gewerbe um 21,4 % und die Nahrungsmittelproduktion um 15 %." Und weiter: "Im Jahr 2017 produzierte das Land 307 Tausend Verbrennungsmotoren, im Jahr 2020 - nur 294 Tausend. Die Produktion von Personenkraftwagen ist um 94 Tausend zurückgegangen. Die Produktion von Autokränen ging in einem Jahr (2019/2020) um 177 Stück zurück. Die Produktion von elektrischen Streckenlokomotiven ging um 56 Einheiten zurück. Seit 2017 ist die Produktion von Holzverarbeitungsmaschinen um 556 Einheiten, die von Schmiede- und Pressmaschinen um 426 Einheiten gesunken. Wir produzieren nur 14 Spinnmaschinen pro Jahr." Auch um Landwirtschaft, speziell die Viehzucht, ist es schlecht bestellt. ...Vorläufig steht die Importsubstitution nur auf dem Papier. Diese Idee hat sich zu einer Farce entwickelt, bei der die Einfuhren aus

bestimmten Ländern durch die gleichen Einfuhren aus anderen Ländern ersetzt werden."

[13] REPORT - Vladimir Putin's Big Government and the "Politburo 2.0" https://minchenko.ru/netcat_files/File/Big%20Government%20and%20the%20Politburo%202_0.pdf; Politburo 2.0: Renovation instead of dismantling https://www.minchenko.ru/netcat_files/userfiles/2/Dokumenty/Politburo_2_0_October_2017_ENG.pdf. Der Bericht fußt auf der anonymen Befragung von sechzig hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft.

[14] https://www.minchenko.ru/netcat_files/userfiles/2/Dokumenty/Politburo_2_0_October_2017_ENG.pdf

[15] Dimitrij Medwedjew ist stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrats. Er gehört als ehemaliger Ministerpräsident und zeitweiliger Präsident der RF, nicht zu den Silowiki. Zählte er früher zu den eher liberalen Kräften in Russland, nimmt er heute mit seiner extremen Rhetorik bezüglich des Ukrainekrieges und gegenüber dem Westen die Rolle des Einpeitschers unter den Führungskräften wahr. Einige russische Kommentatoren sehen dahinter den Versuch, sich wieder für eine Präsidentschaftskandidatur in Position zu bringen.

[16] Diese betreffen z.B. die Einschätzung der Haltung der ukrainischen Bevölkerung gegenüber dem bevorstehenden Angriff russischer Truppen auf ihr Land, die Widerstandskraft der ukrainischen Armee sowie die Reaktion des Westens auf den Angriff.

[17] Sergej Ischtschenko, Russlands Schlachtfeld in der Ukraine ist ein nicht enden wollender "Sternschnuppenfall" der Generäle <https://svpressa.ru/war21/article/359934/>

[18] Die Nationalgarde ist eine Gendarmerie, die 2016 die Nachfolge der Inneren Truppen des Innenministeriums antrat. Sie ist unmittelbar dem Präsidenten unterstellt.

[19] Siehe dazu auch den Artikel von Alexander Uralskij: Wagner stirbt außerhalb des Gesetzes vom 03.06.2023 in: <https://svpressa.ru/war21/article/375110/>

[20] <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/wagner-gruppe-in-russland--wie-jewgeni-prigoschin-millionen-verdient-33248624.html>

Im Jahr 2022 erhielten die mit Jewgeni Prigoschin verbundenen Unternehmen allein 83,4 Milliarden Rubel an zivilen staatlichen Aufträgen in Russland. Das ist 1,7 Mal mehr als 2021 (48,2 Milliarden) und doppelt so viel wie 2020 (40,4 Milliarden). Da das Verteidigungsministerium seit 2017 das Recht, Informationen über die Beschaffung der Agentur und der ihr untergeordneten Unternehmen nicht

offenzulegen, ist nicht bekannt, wie viel der Geschäftsmann an den Militärs verdient hat. <https://novaya.media/articles/2023/01/26/lozhechku-za-vagnera>

Zu Prigoschins wirtschaftlichen Aktivitäten insgesamt: <https://www.svoboda.org/a/vyorstka-prigozhin-za-god-voyny-rezko-uvlichil-dohody-na-goskontraktah/32261673.html> Darüber hinaus macht sich Prigozhin nicht nur an der militärischen, sondern auch an der Propagandafront für die russische Regierung nützlich. Anfang 2023 gab er offiziell die Gründung und Leitung der Trollfabrik IRA (Internet Research Agency) zu, ebenso die Unterstützung für eine weitere, die sich "Cyber Front Z" nennt. https://www.rbc.ru/technology_and_media/14/02/2023/63ebaac39a7947282a7adc8e

[21] <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-397/327198/analyse-soeldner-im-dienst-autoritaerer-staaten-russland-und-china-im-vergleich/>

[22] Kirill Strelnikow, Russland stellt private Armeen in seinen Dienst <https://ria.ru/20230329/armiya-1861391302.html>

[23] Sergej Ischtschenko, Wagner-Gruppe: Nicht zum ersten Mal trifft die "Artillerie" an der russisch-ukrainischen Front die eigenen Leute <https://svpressa.ru/war21/article/375384/>

[24] Vera Scherdjewa, Ein Skandal an vorderster Front <https://svpressa.ru/war21/article/370611/>

[25] Kirill Strelnikow, Russland stellt private Armeen in seinen Dienst <https://ria.ru/20230329/armiya-1861391302.html>

[26] <https://www.n-tv.de/politik/Ukraine-Schoigu-sendet-eigene-Soeldner-an-die-Front-article23810789.html>

[27] Freiwillige Einheiten sollen Verträge mit dem Verteidigungsministerium unterzeichnen <https://ria.ru/20230610/dobrovoltzy-1877381036.html>

[28] Sergej Axjonow, Oligarchen - Schaufel in die Hand und Gräben graben. Im Gefolge von Gazprom <https://svpressa.ru/war21/article/366793/>

[29] https://eaneews.ru/news/pravitelstvo-rossii-prosit-krupnyy-biznes-podderzhat-sotsialnyye-proyekty-byudzhet-na-300-milliardov_17-02-2023

[30] Am deutlichsten äußerte sich Oleg Deripaska, Gründer des Aluminiumkonzerns Rusal. Im Juni 2022 bezeichnete er auf einer Pressekonferenz in Moskau den Krieg in der Ukraine als "kolossalen Fehler". Bereits im Februar rief Deripaska zum Frieden in der Ukraine auf. Neben ihm äußerten sich auch die Oligarchen Michail Fridman und Oleg Tinkow, der allerdings schon lange im Ausland lebt.

<https://www.rnd.de/politik/kolossaler-fehler-russischer-oligarch-mit-offener-kritik-an-putins-ukraine-krieg-RRYQADIFMNH7FBOULDDVQB5WTI.html>)

(<https://www.manager-magazin.de/politik/russlands-oligarchen-wladimir-lissin-kritisiert-ukraine-krieg-heftig-wagit-alekperow-tritt-zurueck-a-518320e3-1c0e-4e57-bbdb-3b214861e77f>) sowie Wladimir Lissin, Vorsitzender des Verwaltungsrats und Hauptaktionär von NLMK, dem größten russischen Stahlproduzenten. So bezeichnete Lissin in einer auf der Website der NLMK-Gruppe veröffentlichten Erklärung, von der der "Kommersant" Anfang März 2022 berichtete, den Verlust von Menschenleben als Tragödie, die durch nichts zu rechtfertigen sei. Er erklärte, dass der Vorstand des Unternehmens auf ein baldiges Ende des Konflikts hoffe. In dem Appell heißt es, dass "eine friedliche, diplomatische Lösung von Konflikten immer einer gewaltsamen Aktion vorzuziehen ist". <https://www.kommersant.ru/doc/5249686>

[31] Siehe dazu auch den Artikel von Anna Sedowa "Die Öleinnahmen fließen am Haushalt vorbei" in: <https://svpressa.ru/economy/article/375112/>

[32] <https://www.spiegel.de/wirtschaft/russland-ukraine-krieg-vermoeigen-russischer-milliardaere-wachsen-weider-a-fb54e969-63a4-4988-8bea-93c2e902978a>

"Laut dem russischen Ableger des US-Magazins Forbes haben sich die Vermögen der reichsten Russen vom Sanktionsschock des Jahres 2022 erholt. Ihr Vermögen wuchs innerhalb der vergangenen zwölf Monate um insgesamt 152 Milliarden Dollar an. ... Insgesamt belaufen sich ihre Vermögen auf 505 Milliarden Dollar. Im Vorkriegsjahr 2021 lag die Summe bei 606 Milliarden Dollar. Es geht Russlands Superreichen also viel besser als im Vorjahr, wenn auch lange nicht so gut wie vor Kriegsausbruch. Gestiegen ist auch die Zahl der Milliardäre. Forbes zählt in Russland aktuell 110, das sind 22 mehr als im vergangenen Jahr. Und die Liste wäre noch länger: Doch fünf Milliardäre verzichteten laut Forbes auf ihre russische Staatsbürgerschaft." Neue russische Milliardäre auf der Liste verdienen ihr Geld etwa in den Bereichen Snacks, Supermärkte oder Bauwesen. Es scheint, dass die Binnennachfrage stark geblieben ist. Das Bauwesen wiederum wiederum profitiert von der Ausweitung der russischen Staatsausgaben."

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/russland-ukraine-krieg-vermoeigen-russischer-milliardaere-wachsen-weider-a-fb54e969-63a4-4988-8bea-93c2e902978a>

[33] Valentin Katasonow, Was verkaufen wir an Amerika, und was versucht Washington vor der Welt zu verbergen? <https://svpressa.ru/economy/article/346297/>

Er schreibt: "Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr beliefen sich unsere Ausfuhren in die USA auf 16,88 Milliarden Dollar und unsere Einfuhren aus den USA auf 17,54 Milliarden Dollar. Der Handel war mehr oder weniger ausgeglichen.". Die wichtigsten Warengruppen, die zwischen dem 24. Februar und dem 12. August aus Russland in die USA gelangen sind "Holz und Schnittholz" gefolgt von "Metalle"

(Eisenmetalle, Aluminium, Titan, Stahlpulver usw.) und "Nahrungsmittel". Laut Katasonow werden in den Medien nicht alle Güter aufgeführt. Nicht erwähnt werden zum Beispiel: Radioaktive Materialien, Kohlenstoff- und Graphitelektroden, Munition, Ölförderanlagen, Datenverarbeitungsanlagen, Glasfaserkabel, Turbinen usw. Ein Teil der Güter könne als "strategisch bedeutsam" eingestuft werden.

[34] <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/ukraine-kauft-grosse-mengen-russischer-kraftstoffe-aus-bulgarien/>

[35] Bericht in der Prawda vom Runden Tisch der KPRF über die Frage, wie das Land aus seiner Systemkrise herausgeführt werden kann <https://kprf.ru/dep/gosduma/activities/211335.html>

[36] <https://kprf.ru/dep/gosduma/activities/211335.html> Bezeichnend ist die Feststellung des stellvertretenden KPRF-Vorsitzenden Wladimir Kaschin: "Die KPRF-Fraktion hat neunmal einen Gesetzentwurf über "Kriegskinder" eingebracht, um die Situation dieser heldenhaften Generation zu verbessern, aber die Fraktion "Einiges Russland" blockiert dessen Verabschiedung."

[37] Juri Afonin zu Swobodnaja Pressa: Wenn der oligarchische Kapitalismus fortbesteht, wird Russland nicht in der Lage sein, die harten Herausforderungen der Zeit zu meistern <https://kprf.ru/party-live/cknews/217992.html>

[38] Andrej Polunin, Gennadi Sjuganow: Putin hat zugegeben, dass an der Idee des Sozialismus nichts falsch ist <https://svpressa.ru/politic/article/339681/>

[39] <https://svpressa.ru/politic/article/339681>

[40] Juri Afonin zu Swobodnaja Pressa: Wenn der oligarchische Kapitalismus fortbesteht, wird Russland nicht in der Lage sein, die harten Herausforderungen der Zeit zu meistern <https://kprf.ru/party-live/cknews/217992.html>

[41] Zur "Russischen Welt": "Die Russische Welt stellt eine »diffuse mentale Landkarte« dar.⁴⁹ Gerade der diffuse Charakter verschafft diesem Konzept Flexibilität, da sein Referenzbereich »je nach Gegebenheiten unterschiedlich eingesetzt und verwendet werden kann«. Das Konzept wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre von einem politikwissenschaftlichen und philosophischen Autorenkreis entwickelt. Er griff dabei auf russische Philosophen aus dem 19. Jahrhundert zurück, die Russland als einzigartige Zivilisation präsentieren. In der Kreml-Führung setzte sich das Konzept zunächst nur zögerlich durch. Präsident Putin erwähnte es erstmals 2001 vor dem ersten Weltkongress der Landsleute im Ausland: »Der Begriff der Russischen Welt erstreckt sich weit über Russlands geographische Grenzen und auch weit über die Grenzen russischer Ethnizität.«⁵¹ Aus Sicht der ROK wurde das Konzept »als Antwort auf die Globalisierungsprozesse, die die kulturell-

nationalen Identitäten bedrohen, und auf die Situation der Identitätssuche nach dem Zerfall der Sowjetunion entwickelt.«52" Uwe Halbach, Kirche und Staat, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019S08>

[42] Das russische Rückgrat der Macht. Artikel von Gennadi Sjuganow, Vorsitzender des Zentralkomitees der KPRF. Teil I <https://www.rline.tv/news/2020-05-14-russkiy-sterzhen-derzhavy-statya-predsedatelya-tsk-kprf-gennadiya-zyuganova-chast-i/>

[43] Jedes dritte KPRF-Mitglied ist heute gläubig, sagte Sjuganow <https://ria.ru/20131101/974176616.html>

[44] G.A. Sjuganow erhält Glückwünsche von Patriarch Kirill. Die Russisch-Orthodoxe Kirche zeichnete den Leiter der KPRF mit dem Orden für Ehre und Ruhm aus <https://kprf.ru/party-live/cknews/132472.html>

[45] Das russische Rückgrat der Macht. Artikel von Gennadi Sjuganow, Vorsitzender des Zentralkomitees der KPRF. Teil I <https://www.rline.tv/news/2020-05-14-russkiy-sterzhen-derzhavy-statya-predsedatelya-tsk-kprf-gennadiya-zyuganova-chast-i/>

[46] W.S. Nikitin: "Bringen wir den russischen Geist, die Völkerfreundschaft und den Sozialismus nach Russland zurück". <https://kprf.ru/rusk/217845.html>. Die Fraktion der KPRF in der Staatsduma und die "Allrussische schöpferische Bewegung Russkij Lad" führten am 05.04.2021 einen Runden Tisch zum Thema "Die Russisch-Eurasische Zivilisationsidee des Fürsten Alexander Newski und ihre Bedeutung für das heutige Russland" durch. Dort wurden die Forderungen entwickelt, deren Erfüllung hier angesprochen wird. <https://kprf.ru/dep/gosduma/activities/201663.html>; Die gesamten Unterlagen dieser Veranstaltung finden sich unter: https://kprf.ru/m/att/2021/05/3cac8d_kruglyistol.pdf

[47] Sergej Udalzew: Patriotische Slogans und eine rechte Diktatur in Russland <https://svpressa.ru/blogs/article/360686/> Zur Linksfront vgl. auch: <https://laenderanalysen.de/russland-analysen/424/die-linke-in-russland-und-der-krieg-in-der-ukraine/>

Zur Geschichte der Sowjetunion

Heinz Ahlreip: Die rechte Gefahr in der Sowjetunion 1928

Nach dem Ersten Weltkrieg erwarteten viele fortschrittliche und revolutionäre Menschen eine Welle von sozialistischen Revolutionen in einigen Ländern, ja

eventuell hoffte man auf dank der durch den Krieg hervorgerufenen Erschütterungen auf eine Weltrevolution. Doch der Sozialismus siegte nur in einem kleinbäuerlich geprägten Land, das mit nationalen und international operierenden imperialistischen Waffen angegriffen und mit Gegenpropaganda der kapitalistischen Staaten und ihrer Medien überzogen wurde.

Selbstverständlich hatte der Kapitalismus nach der Oktoberrevolution in Russland noch eine reelle Chance. Denn wenn man sagt, der Sozialismus habe in Russland gesiegt, so ist diese Darlegung nicht ganz richtig, sie ist oberflächlich. Den Fakten entsprach, dass der Sozialismus in Russland vorläufig gesiegt hatte, aber nicht endgültig. Der Weg zur Großraumproduktion und zentral gelenkter Wirtschaft war in dem kleinbäuerlichen Land unheimlich schwierig, zumal das Fundament des inneren Feindes nicht total untergraben werden konnte.

Es war ein weiter Weg, individuelle Bauernwirtschaften zu großen Kollektivwirtschaften zu vereinigen. Solange das Land kleinbäuerlich blieb, bestand für den Kapitalismus eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Der Kapitalismus fand immer noch intakte Ansätze zu seiner Restauration vor, er blieb im Grunde zunächst stärker als der Sozialismus. Trotzki und seine Anhänger sind darauf hereingefallen, so dass sie bei Überschätzung der Kräfte des Kapitalismus die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in Russland gegen Lenins Direktiven leugneten. Die Linie Lenins wurde in dieser Frage eindeutig von Stalin vertreten.

Lenin und seine Partei waren sich der Gefahr der ökonomisch durchaus möglichen Restauration des Kapitalismus in Russland durchaus bewusst und sahen die große rechte Gefahr für die Partei, die angesichts dieser Schlagseite darin bestand, nach rechts zum Sozialdemokratismus abzuweichen. Es war dies eine Frage der Grundlinie der revolutionären Partei.

1928 hielt Stalin eine Rede auf dem Plenum des Moskauer Komitees und der Moskauer Kontrollkommission mit dem Titel "Die rechte Gefahr in der KPdSU", in der er feststellte, dass man die rechte Gefahr nicht hinreichend dadurch beseitige, dass man die rechtsgerichteten Leute aus der Partei entferne. Die Personalfrage löse die Sache nicht. (Vergleiche Stalin, Die rechte Gefahr in der KPdSU, in: Probleme des Leninismus, Verlag für Literatur und Politik, Wien, Berlin, 1929,288). Man darf neben dem

subjektiven Faktor nicht die objektiv wirkenden Verhältnisse übersehen, die die rechte Abweichung erzeugen.

1928 zum Beispiel geißelte Stalin die deutschen Kommunisten, weil sie die Gefahr missachteten, die gerade von der linken SPD ausging. Immer ging die Sorge vor der Gefahr um, das Erstarken der bürgerlichen Ideologie in Form des Sozialdemokratismus führe zu einer Stärkung und Festigung des Kapitalismus sowohl im Ausland als auch in der Sowjetunion. Die Sozialdemokratie ist die Hauptstütze des Kapitalismus in der Arbeiterbewegung, sie war dies 1914, sie war dies 1928, sie ist das heute 2026, man schaue sich nur eine Kanaille wie Pistorius an, Beschleuniger eines imperialistischen Krieges, dass es den Imperialisten zur Freude gereicht.

Stalin führte aus, dass in der Sowjetunion der Kapitalismus zwar bereits gestürzt sei, aber seine Wurzeln noch im Erdreich fortwucherten. *“Wenn gewisse Kreise unserer Kommunisten die Partei von den Beschlüssen des 15. Parteitages zurückreißen wollen, wenn sie die Notwendigkeit des Angriffes auf die kapitalistischen Elemente des Dorfes leugnen oder eine Einschränkung unserer Industrie fordern, da sie das gegenwärtige Entwicklungstempo für verhängnisvoll halten oder wenn Sie die Zweckmäßigkeit der staatlichen Zuwendungen an die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in Abrede stellen und der Meinung sind, dass auf diese Weise nur das Geld in den Wind gestreut würde, oder wenn Sie die Zweckmäßigkeit des Kampfes gegen den Bürokratismus auf der Grundlage der Selbstkritik in Abrede stellen, indem sie behaupten, dass die Selbstkritik unseren Apparat erschüttere, oder wenn sie die Lockerung des Außenhandelsmonopols verlangen usw. usw. - so bedeutet dies, dass es in den Reihen unserer Partei Leute gibt, die, vielleicht ohne es selbst zu bemerken, bemüht sind, die Sache unseres sozialistischen Aufbaus dem Geschmack und den Bedürfnissen der ‘Sowjet’-Bourgeoisie anzupassen“.* (a.a.O.,230).

Ein Sieg der rechten Abweichung gebe der Restauration des eben nicht wurzellosen Kapitalismus in der UdSSR Auftrieb. Die Gefahr liege in der Warenproduktion, in der Kleinproduktion in der Stadt und insbesondere in der des Dorfes. Die Kleinproduktion bringt beständig Kapitalismus und Bourgeoisie hervor. Der Kleinbetrieb birgt in sich das Unterpfeiler der Restauration, wie Lenin schreibt, unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang. Das war gerade die Schwierigkeit, dass in der

Sowjetunion die Kleinproduktion Massencharakter trug und dieser sogar vorherrschte.

So kam alles darauf an und war die Kunst der Politik, kollektive sozialistische Großproduktion an Stelle der kleinbürgerlichen Kleinproduktion zu setzen. Kurz und grob gesagt: Das Kleine, das Einzelwirtschaftliche durch das Große, das geplante Gesamtwirtschaftliche zu ersetzen Das war der Riegel gegen die Restauration und darin lag die Möglichkeit, die Gefahr der rechten Abweichung zu verringern. Elektrifizierung wurde zum Zauberwort des Fortschritts. Industrie, Landwirtschaft und Transport war auf neuester technischer Basis zu errichten.

Stalin warnte vor der Einseitigkeit, sich nur auf den Hauptfaktor, die urbane Industrialisierung zu verlegen, denn das Dorf folge nicht von selbst, sozusagen automatisch der Stadt. Im Gegensatz zu den Trotzisten hielten Stalin und seine Anhänger gemäß Lenins theoretischen Ausführungen den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion für möglich. Mit dem Leninismus im Rücken setzten sich die Leninisten um Stalin gegen die Kapitulanten um Trotzki trotz objektiv ungünstigen Ausgangsbedingungen durch, ein Weg durch schmerzende Brennesseln und scharfes Brombeergestrüpp, denn das russische Proletariat war von allen Seiten mit den kleinbürgerlichem Elementen durchtränkt, von ihnen demoralisiert, diese “rufen beständig innerhalb des Proletariats Rückfälle in kleinbürgerliche Charakterlosigkeit, Zersplitterung, Individualismus, wechselnde Begeisterung und Mutlosigkeit hervor“. (Lenin).

Wie wir alle wissen, hat die KPdSU den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR gemeistert, obwohl es stets noch Reste kleinbürgerlicher Produktion gab. So war der Sieg im II. Weltkrieg möglich. Es war Chruschtschow und seinen Nachfolgern, allen voran Gorbatschow vorbehalten, den Sozialismus zu Grunde zu richten und der Konterrevolution Tür und Tor zu öffnen.

Mystifizierung und Fetischisierung im Kapitalismus

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert, Tim Schoenmakers, Anna C. Heinrich, Frank Flegel: Das Alltagsbewusstsein, Teil 2

In der September-Oktober-Ausgabe 2025 der offen-siv hatten wir mit dem Titel „Das Alltagsbewusstsein, Teil 1“ bereits die Ware sowie den Waren-, Geld- und Kapitalfetisch als Thema.

Nun die Fortsetzung in die Verästelungen des Überbaus.

Die Ware ist ja bekanntlich ein Produkt privatwirtschaftlich organisierter Arbeit, also einer Arbeit, die nicht innerhalb einer gesellschaftlichen Planung unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist. Die Arbeit der Warenproduktion findet in einem Privatbetrieb als Privatarbeit statt. Um ihren Wert für den Betrieb zu realisieren, müssen diese Waren auf den Markt, sie müssen im Tausch gegen Geld ihre Gesellschaftlichkeit, also eine gesellschaftliche Nützlichkeit zeigen, um ihren Wert zu realisieren. Die Ware als Vehikel der Kapitalverwertung strukturiert den Markt.

So produziert die Ware als untrennbarer Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise die Grundlagen ihre gesellschaftlichen Beziehungen. Die Waren und das sie produzierende Kapital und nicht etwa die Menschen stellen die ökonomischen Beziehungen her. Die Menschen werden dabei zu Objekten der Ökonomie degradiert: Sie verkehren, was die Produktion des materiellen Lebens betrifft, nicht direkt gesellschaftlich miteinander, sondern sie gehen ihre gesellschaftlichen Beziehungen über die Waren und das durch den Verkauf derselben zu erlösende Geld ein. Es sei hier kurz daran erinnert: auch die Arbeitskraft ist im Kapitalismus eine Ware.

Die gesellschaftlichen Beziehungen werden verdinglicht. Dazu sei Karl Marx (Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 87) kurz wiederholt: *„Das Geheimnis der Warenform besteht also einfach darin, dass sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch die gesellschaftlichen Verhältnisse der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein*

außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. (...) Den letzteren (den Produzenten, d.V.) erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.“

Die Ware hat Gebrauchswert und Wert. Um im Tausch ihren Wert zu realisieren, muss die Ware für ihren Gebrauchswert werben. Dabei muss sie ihre Entstehung aus Privatarbeit zum Zwecke der Kapitalverwertung bis zur Unkenntlichkeit vernebeln. Würde jede einzelne Ware vollkommen offensichtlich zeigen, dass sie nichts weiter ist als ein Profitbringer für das Kapital, würden mit großer Wahrscheinlichkeit Zweifel an ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit entstehen. So muss die Ware sich als toller Gebrauchswert mit allen möglichen grandiosen Eigenschaften präsentieren. Ihr Wertsein kann dann als Folge der Nützlichkeit ihres Gebrauchswertes dargestellt werden, als etwas „Natürliches“ erscheinen, das mit ihren stofflichen Eigenschaften begründet wird („Qualität hat ihren Preis“, „Preis-Leistungs-Verhältnis“, ...).

Da im Kapitalismus die gesellschaftlichen Beziehungen nicht über die lebendigen menschlichen Subjekte, sondern über Waren realisiert werden, orientiert sich gesellschaftliche Anerkennung, also die Vorstellungen von Moral, Sittlichkeit, Ethik, Intellekt, guten Charaktereigenschaften usw. an der erfolgreichen Verwertung der Ware. Oder etwas vulgärer ausgedrückt: Wer viel verkauft und viel verdient ist „hip“, egal, zu welchem Zweck die Waren produziert wurden, ob es Brot oder Waffen waren.

Die Ware wird konsumiert, da sie an der Oberfläche als nützlich und möglichst auch als beneidenswert erscheint und somit, da ihr Gebrauchswert Träger des Werts ist, ihren Wert realisiert. Das bedeutet umgekehrt: Die Verwertung erscheint als anerkannt. Wer Kapital verwertet, also Arbeiter ausbeutet, leistet angeblich Nützliches für die Gesellschaft, ist innovativ, tüchtig usw. Reichtum erscheint als moralisch-sittlich gerechtfertigt. Die Arbeiterklasse dagegen hat sich nicht genügend angestrengt und gilt als nicht-selbstständig. Sie ist nur insofern anerkannt, als sie mit dem Verkauf ihrer Arbeitskraft an das Kapital zu dessen Verwertung dient. Die vom Kapital

verwertbare individuelle Leistung, unabhängig ihrer gesellschaftlichen Nützlichkeit, gilt als Gradmesser gesellschaftlicher Anerkennung.

Produktions- und Zirkulationssphäre:

Die Produktionssphäre ist gekennzeichnet von der privatwirtschaftlichen Verausgabung von Arbeit und ist somit der Ort der Ausbeutung der Arbeiterklasse mit allen ihren negativen Folgen.

Die Zirkulationssphäre, in der der Tauschprozess der Ware gegen Geld stattfindet, muss ihre Entstehung aus der Produktionssphäre systematisch verschleiern, denn die Ware verwertet sich nur, wenn sie in der Zirkulationssphäre ihre gesellschaftliche Nützlichkeit glaubhaft machen kann. Die Zirkulationssphäre stellt den schönen Schein der Oberfläche dar, den Schein der "Gleichheit", in dem die Verhältnisse der Produktion völlig verschwinden und Reichtum und Armut sich nur noch quantitativ zeigen, also in der Summe des verfügbaren Geldes, nicht aber so, wie sie qualitativ wirklich sind: durch das Eigentum und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.

Die Zirkulationssphäre wird als Kompensation aufgebaut für die Mühen und erlittenen Schäden, die die Produktionssphäre bei vielen Menschen hervorrufft. Das funktioniert allerdings nur als Scheinbefriedigung, eben als Kompensation. An den Macht- und Herrschaftsstrukturen der Produktionssphäre und an der Ausbeutung der Arbeitskraft ändert sich nichts. Aber es entstehen notwendig falsche Bewusstseinsformen: "Individuelle Leistung", "Konkurrenz belebt das Geschäft!", "Chancengleichheit" und so weiter. Die antagonistischen qualitativen Widersprüche in der Produktionssphäre erscheinen quantifiziert in der Zirkulationssphäre und als Auseinandersetzung um Konsumhöhen und damit verbundene soziale Rangstufen.

Annähernd alle Lebensbereiche werden der Marktlogik unterworfen. Das bleibt nicht ohne Folgen: fast alles Menschliche nimmt Warencharakter an.

Der Gipfel der Entfremdung: die Warenästhetik

So notwendig die Arbeit für die menschliche Gesellschaft ist, so destruktiv wird sie im Kapitalismus für die betroffene Arbeiterklasse, denn ihre Arbeit unterliegt im Arbeitsprozess der Ausbeutung und der mit dieser

einhergehenden Fremdbestimmung, damit der Entfremdung der eigenen Arbeit.

Die wenigsten Lohnarbeiter genießen für die Last dieser entfremdeten Arbeit ein hohes gesellschaftliches Ansehen, für die meisten gilt sehr ausgeprägt das Gegenteil. Dieses fremdbestimmte Arbeiten und die recht geringe gesellschaftliche Anerkennung dafür führt bei den betroffenen Menschen zu psychischen Problemen, zu Minderwertigkeitsgefühlen, zur Sehnsucht nach Größe und Herrschaft über andere und was es noch mehr solcher zwar logisch erklärbaren, aber trotzdem wenig schöner Reaktionen gibt. Und genau diesen Prozess der schleichenden Zerstörung der ausgebeuteten Menschen machen sich gewisse Sparten der Warenproduktion zu Nutze, indem sie das tun, was wir nun beschreiben werden.

Verkaufsfördernd entwickelt die Ware eine besondere Form ihrer Ästhetik, die Warenästhetik. Der Hintergrund ist, dass die Ware den für sie notwendigen Formenwechsel von ihrer Gebrauchswertseite zu ihrer Wertseite nur vollziehen kann, wenn der Besitz der Ware für den möglichen Käufer als erstrebenswert gilt, ihr Äußeres als ansprechend, beneidenswert und deshalb prestigeträchtig erscheint. Eine ganze Heerschaar von Produktdesignern arbeitet daran genauso wie Dekorateure, Lichtdesigner, Werbetexter und die Regisseure von Werbefilmchen und Reklamespots. Das alles kennzeichnet, wie bereits erwähnt, die Warenästhetik.

Und es bildet sich eine besondere Form von Waren heraus, nämlich Waren, die kaum noch einen realen Gebrauchswert besitzen, die objektiv gesehen niemand braucht und die manchmal nach wenigen Tagen im Müll landen. Für diese reicht ein sehr attraktives, glitzerndes Äußeres, ein vages Glücksversprechen, und schon schmückt sich der eine oder die andere damit. Gemeint sind bestimmte Segmente der Spielwarenindustrie, der Körperpflege- und Körperoptimierungsindustrie sowie Deko-Artikel, Tinnef, überflüssige Accessoires, Glitzerstifte, Figürchen, Anhänger und so weiter. Wer nicht weiß, was wir meinen, sollte mal einen Blick in einen solchen Laden wie Tedi, einen Ein-Euro-Shop oder die Make-up-Abteilung in einem Rossmann-Markt werfen.

Mit der Warenästhetik bildet sich also eine spezielle Form der Ästhetik heraus. Die äußere Erscheinung der Ware löst sich vollkommen von ihrem

realen Gebrauchswert, stattdessen werden im Sinne des vermehrten Absatzes alle möglichen psychischen Übertragungen auf der unbewussten, emotionalen Ebene angetrieben wie z.B. großes Genussversprechen, einmaliges Erlebnisvergnügen, attraktive Weiblichkeit, überlegene Männlichkeit, exquisite Besonderheit, beneidenswert großer Luxus und so weiter. Das heißt, dass ein höheres Ansehen als das, was man bisher hatte, versprochen wird, wenn man diese oder jene bestimmte Ware erwerben würde.

Bei all diesen unbewussten, emotionalen Übertragungen laufen beim Käufer Prozesse der Identifikation mit der gekauften Ware und deren Ausstrahlung ab, gegründet in der Hoffnung auf gesellschaftliche Aufwertung, womit das Erregen von Neid bei anderen, das Sich-Erheben über andere und noch einige andere widerliche Effekte mehr gemeint sind, die von den Werbefachleuten und Produktdesignern bewusst eingesetzt werden – alles im Sinne der Kapitalverwertung. Es ist, so normal, wie sie uns vorkommen mag, die Existenz von Werbung ein gesellschaftlicher Skandal ersten Ranges.

Die gebräuchlichsten Inhalte dieser psychischen Verlockungen und Versprechen wollen wir hier kurz ansprechen. Die Aufzählung bleibt notwendig unvollständig, weil sie sonst den Rahmen dieses Artikels sprengen würde. Gemeint sind Dinge wie die Frisur, die Fingernägel, natürlich auch die Kleidung und die Schuhe und die so genannten Accessoires, wozu nicht nur Schmuck, Armbanduhren und so weiter gehören, sondern auch Make-up, Parfüm, Haarimplantate und am Ende auch Schönheitsoperationen. Ebenso ist es mit Autos und Motorrädern, mit dem Maschinenfetischismus, den Freizeitaktivitäten, der Wohnungseinrichtung, dem Geschirr, der vorzeigbaren Küche, nicht zu vergessen Urlaubsreisen, Hobbys, Trendsport usw. Das alles ist verknüpft mit einem irrationalen Glücksversprechen: Die nächsthöhere Autoklasse, vielleicht ein „Face-Lifting“, eine Schönheitsoperation, aber auch Urlaubsbräune, aufgespritzte Lippen, eine neue Frisur usw. werden das Glück vielleicht bringen – jedenfalls werden sie beworben mit diesem Versprechen. Das Vehikel für die Riesenumsätze und die dementsprechenden Profite des Kapitals ist das Versprechen einer sozialen Aufwertung für die Menschen, die zuvor vom kapitalistischen Produktionsprozess verbogen bzw. zerstört wurden. Dass das mit dem großen Glück dann in der Regel doch nicht klappt, ist erstens selbstverständlich und zweitens Teil des Geschäftsmodells, denn vom Kapital erwünscht ist, dass die Menschen auf diesem falschen Weg ein

immer größeres Tempo anschlagen und somit für immer größere Umsätze sorgen.

Warum ist das so?

Kurzwiederholung: Im Kapitalismus gehört die Mehrheit der Menschen der Arbeiterklasse an, besitzt keine Produktionsmittel und muss deshalb ihre Arbeitskraft an das Kapital verkaufen. Das Kommando über die Arbeitsprozesse haben nicht die Arbeiter „nach einem gemeinschaftlichen Plan“ (Karl Marx), sondern das Kommando hat das Kapital. Die Arbeiterklasse verliert für die Zeit ihrer Arbeit die Selbstbestimmung über das, was sie tut. Ihre Arbeit, eine der größten und vornehmsten Fähigkeiten des Menschen, unterliegt der Entfremdung, steht unter kapitalistischer Kontrolle und geschieht zum Nutzen des Kapitals.

Das ist ein für Menschen zerstörerischer Zustand, der viele sehr ungünstige psychische Konstellationen hervorruft. So ist die Arbeiterklasse Opfer der Kapitalverwertung im doppelten Sinne: Sie ist Objekt der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und Objekt der mit dem fremdbestimmten Arbeitsprozess oft einhergehenden Zerstörung eines gesunden Selbstbewusstseins. Das macht die Arbeiterklasse empfänglich für die kapitalistische Konsum-Idiotie mit ihren falschen Glücksversprechen.

Wir wollen kurz drei Bereiche beleuchten: Die soziale Konkurrenz, auf der Grundlage des dort Dargestellten den Schul- und Ausbildungssektor und schließlich die Unterhaltungsindustrie.

Soziale Konkurrenz: Da die Anerkennung, wie wir gesehen haben, von der individuellen Verwertung abhängt, entsteht in den gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen eine strukturelle Konkurrenz. Es gibt Kampf um verwertbarste individuelle Leistungen, um Statussymbole und um Erfolg – und das am Arbeitsplatz, in der Schule, im Verein und in jeder anderen sozialen Gruppe. Psychische Verletzungen, Niederlagen und Rückschläge werden notwendig individualisiert, da sie gesellschaftlich nicht hinterfragbar sind. Es entstehen Gruppenbildungen mit klaren Hierarchien und Mobbing als verdichtetem und zugleich notwendigem Ausdruck sozialer Konkurrenzkämpfe. Zudem: Wer sich die neueste und teuerste Ware auf dem Markt leisten kann, gilt als hoch angesehen. Wer kein Geld hat, ist hingegen eher schlecht angesehen. Folgen: Misstrauen gegenüber dem Kollektiv und

der Gesellschaft überhaupt, Isolation, egozentrische und narzisstische Charakterzüge, Schizophrenien, Depression, Alkoholsucht, Drogenabhängigkeit, Kriminalität, im schlimmsten Falle Mord und/oder Selbstmord.

Ausbildung zu einer für das Kapital produktiven Arbeitskraft (Schule, Lehre, Studium etc.): Da gibt es Noten als Wertausdruck für individuelle Leistung. Die sind bezogen auf den Erwerb von "Fachkompetenzen" statt gesellschaftlich-nützlicher Fähigkeiten. Anerkannt werden ausschließlich für das Kapital produktive Fähigkeiten und Leistungen. Und im so genannten „heimlichen Lehrplan“ werden solche Qualitäten eingepaukt wie Funktionieren für fremde Zwecke, Leistung bringen um der Leistung willen, ohne nach dem Sinn der Leistung zu fragen, außerdem allseitige Konkurrenz und individuelle Belastbarkeit. Dagegen werden Leistungseinbrüche geächtet. Abgehängte Schüler rutschen schnell in gesellschaftliche Isolation. Folgen: Depression, Alkoholsucht, Drogen, Kriminalität, ... (siehe oben).

Unterhaltungs- und Ablenkungssektor der Zirkulationssphäre: Musikindustrie, Mode, Sport und Sportübertragungen in den Medien, Talkshows, hirnlose Filmserien, überhaupt die Mehrzahl der TV-Sendungen, ebenso die so genannten „sozialen“ Medien (Instagram, TikTok, X, YouTube, ...), aber auch der Karneval, die Weihnachtszeit, die Urlaubsfetischisierung und vieles weitere mehr spielen eine Rolle. Auf die Personen, die das alles nicht aushalten, warten im Regelfall Depression, Alkoholsucht, Drogen, Kriminalität, ... (siehe oben).

Fazit:

Wichtig ist es, eine größtmögliche Klarheit über die Funktion dieser Mystifizierungen, Fetischbildungen und Bewusstseinsverkehrungen zu erreichen, denn sie führen, wie oben bereits angesprochen, zur Ablenkung von den grundlegenden Widersprüchen, Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten des Kapitalismus, zum Verkleistern des Klassenwiderspruchs, zum Nachahmen des Lebensstils der Bourgeoisie bei gleichzeitiger allseitiger Konkurrenz der Ausgebeuteten untereinander. Sie sind also ein wesentliches Moment der Zurichtung der Arbeiterklasse für die Zwecke des Kapitals. Nichts anderes als die sozialistische Revolution wird diesen ekelhaften Zustand beenden können.

Aus einer Sitzung des deutschen Bundestages 2019

Angela Merkel: Strategische Rede im Bundestag vom 27.11.2019⁶

Vorbemerkung der Redaktion offen-siv: Bis auf wenige Ausnahmen bringen wir keine Bundestagsreden bürgerlicher Politiker/innen in der offen-siv. Da aber zurzeit eine Neujustierung und teilweise Umstrukturierung der Strategie des deutschen Imperialismus zu beobachten ist, lassen wir hier Frau Merkel in ihrer Funktion als Bundeskanzlerin zu Wort kommen. Damit wollen wir auf die Ausrichtung des deutschen Imperialismus vor etwas mehr als sechs Jahren hinweisen. Die verhandelten Themen sind u.a. die wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der NATO; der Umgang der EU mit China, hierbei die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Strategie, Warnung vor Alleingängen, da sonst ein Zerreiben drohe; Hinweis auf zu verstärkende Bemühungen, die afrikanischen Staaten nicht Russland und China zu überlassen, sondern dort selbst u.a. auch für die militärische Ausbildung zu sorgen; der Transformationsprozess der Automobilproduktion und das Bemühen, diesen voranzutreiben und der Hinweis auf eine stärkere Nutzung der KI.

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die NATO wird in diesem Jahr 70 Jahre alt. Aus diesem Anlass werden sich in der nächsten Woche, am 3. und 4. Dezember, die Staats- und Regierungschefs in London treffen. Ich glaube, das ist ein guter Anlass, einmal Rückblick zu halten.

Ich glaube, wir sind uns fast alle einig, dass in den ersten 40 Jahren ihrer Existenz die NATO im Kalten Krieg ein Bollwerk für Freiheit und Frieden war und dafür gesorgt hat, dass es zu keinem Krieg in Europa kam. In diesem

⁶ Titel von der Redaktion offen-siv

Zusammenhang sind wir ganz besonders unseren amerikanischen Freunden zum Dank verpflichtet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber seit dem Ende des Kalten Krieges sind bereits 30 Jahre vergangen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

Nach 1990 hat die NATO eine interessante Aufgabenteilung bekommen, eine interessante Zeit erlebt. Vielleicht sollte man darauf angesichts dieser 70 Jahre einmal kurz Rückblick halten: Ende der 90er-Jahre kam die Frage der Erweiterung auf die Tagesordnung. Im Zusammenhang mit der ersten Erweiterungsrunde um drei Länder ist damals auch die NATO-Russland-Grundakte abgeschlossen worden. Ich weiß nicht, wer sich noch daran erinnert: Es war eine durchaus kontroverse Diskussion, ob die NATO erweitert werden sollte. Sie ist dann 1999, 2004, 2009 und 2017 noch einmal deutlich erweitert worden. Man hat 1997 im Vorfeld dieser Erweiterung die NATO-Russland-Grundakte abgeschlossen, die in Paris unterzeichnet wurde, die die Truppenaufstockungen in den neuen Mitgliedstaaten, also in den östlichen Staaten, limitiert hat, die verboten hat, dort Atomwaffen zu stationieren, und die die Anerkennung der damaligen Grenzen, die territoriale Souveränität, akzeptiert hat. Im Grunde war damit die Hoffnung verbunden, auch ein gedeihlicheres Miteinander mit Russland zu haben, als es dann tatsächlich der Fall war.

Ende der 90er-Jahre folgte dann das Eingreifen der NATO im Jugoslawien-Konflikt. Dies war aus meiner Sicht ein Beitrag dazu, dass es zu friedlichen Verhandlungen kommen konnte und der Ahtisaari-Plan damals genehmigt wurde. Die NATO hat sich bis heute als Ordnungsmacht auf dem westlichen Balkan etabliert.

Zu Beginn des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, am 11. September 2001, kam es zum ersten großen terroristischen Anschlag, dem Angriff auf das World Trade Center. Der Begriff „asymmetrische Kriegsführung“ war damit in aller Munde. Damals ist zum ersten und einzigen Mal der Artikel 5 von den Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb der NATO erfragt worden, die Beistandsverpflichtung. Der Beistand wurde auch gewährt von den Mitgliedstaaten der NATO. Wir haben das aus Überzeugung getan.

Seit dieser Zeit gibt es den Einsatz in Afghanistan, an dem sich Deutschland bis heute beteiligt. Ich weiß, was für schwierige Auseinandersetzungen das damals waren. Deshalb möchte ich einfach ein großes Dankeschön an unsere Soldatinnen und Soldaten sagen, die seit dieser Zeit dort Dienst tun – Peter Struck hat immer gesagt, unsere Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt – und die das bis heute leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es kam dann zu keiner NATO-Mission beim zweiten Irakkrieg, als Europa gespalten war und wir zu keiner gemeinsamen Haltung kamen.

Das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist im Grunde geprägt durch zwei Entwicklungen: einmal den Arabischen Frühling und die Reaktionen darauf. Wir erinnern uns: 2011 – da waren wir nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat – gab es den NATO-Einsatz zur Flugraumüberwachung in Libyen. Deutschland hat sich damals enthalten. Das Mandat wurde überdehnt. Es war eines der letzten Mandate im Sicherheitsrat, die es gab.

Russland hat sich seitdem selten wieder beteiligt, und der Sicherheitsrat ist seitdem ziemlich handlungsunfähig geworden. Wir haben damals gesehen, dass dieses Mandat überdehnt wurde, dass Gaddafi sozusagen verjagt wurde und dass in Libyen Instabilität ausbrach. Auch heute ist noch keine politische Lösung in Sicht.

Wir haben dann den Bürgerkrieg in Syrien gesehen. Dort hat die NATO nichts unternommen. Dieser Bürgerkrieg ist langsam, aber sicher zu einem Stellvertreterkrieg geworden. Wir müssen heute konstatieren, dass es die grausamste und die schlimmste humanitäre Situation ist, die wir seit dem Völkermord in Ruanda hatten: 500 000 Tote, 12 Millionen Vertriebene, die Hälfte davon Binnenvertriebene, die anderen sind Flüchtlinge außerhalb Syriens. Auch hier wartet eine politische Lösung auf ihre Realisierung.

Gleichzeitig hatten wir 2014 dann die Annexion der Krim durch Russland, den Einmarsch in der Ostukraine.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Das wissen wir doch alles!)

Es ist gut, dass Sie alles wissen. Aber warten Sie es einfach ab.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Sie haben doch keine Lösungen!)

Damals hat sich die NATO dazu verpflichtet, sich als Erstes wieder auf die Bündnisverteidigung zu konzentrieren, weil die Angriffe bis an ihre Grenzen kamen. Die NATO-Versammlung in Wales war ein Wendepunkt in dieser Frage. Damals haben wir uns verpflichtet, unsere Verteidigungsausgaben in Richtung zwei Prozent zu entwickeln, was wir seitdem auch tun. Der Haushalt für das nächste Jahr besagt 1,42 Prozent NATO-Quote. In Wales waren wir bei 1,18 Prozent. Wir werden das schrittweise weitermachen: 1,5 Prozent bis 2024. Die Verteidigungsministerin hat jetzt einen Plan aufgesetzt, wie wir durch Verbesserung unserer Bündnisfähigkeit, durch Aufwuchs unserer Fähigkeiten bis zum Anfang der 30er-Jahre die 2 Prozent erreichen werden. Darauf kann man sich verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn man sich das alles anschaut, dann ist, glaube ich, Zeit für die Analyse: Was ist gelungen, und was ist nicht so gut gelungen? Und was bedeutet das für die NATO und die Zukunft?

Da will ich als Erstes sagen: Gelungen ist die Bündnisverteidigung für die osteuropäischen Länder. Wir sind Führungsnation in Litauen. Wir machen bei der Flugüberwachung mit, wenn ich das für den deutschen Beitrag sagen darf.

(Tino Chrupalla [AfD]: Falsche Rede heute!)

Wir sehen jeden Tag, welche hybride Bedrohung auch von Russland kommt, der die Soldatinnen und Soldaten dort ausgesetzt sind. Meine Damen und Herren, wir haben als Pluspunkt auch das Bündnis, das den Artikel 5 realisiert und den Vereinigten Staaten von Amerika geholfen hat in Afghanistan. Und wir können sagen, dass wir den westlichen Balkan stabilisiert haben, was auch für unsere eigene Sicherheit von allergrößter Bedeutung ist.

Aber wir müssen genauso feststellen: Politische Lösungen in Libyen fehlen, genauso in Syrien. Die Türkei hat sich entfremdet als Mitgliedstaat innerhalb der NATO. Es gibt vor der Haustür Europas eine Vielzahl von terroristischen Bedrohungen. Die Vereinigten Staaten gehen nicht mehr automatisch in die Verantwortung, wenn es in unserer Umgebung brennt. Und es ist eine völlig andere multipolare Ordnung entstanden, bei der China eine herausragende

Rolle einnimmt und auch die Konzentration der Vereinigten Staaten von Amerika viel stärker in Anspruch nimmt.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es wichtig, was das für uns und für unsere Haltung zur NATO bedeutet. Da sage ich als Erstes: Stärker als im Kalten Krieg ist der Erhalt der NATO heute in unserem ureigenen Interesse – mindestens so stark wie im Kalten Krieg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn – das hat gestern auch der Außenminister gesagt – Europa kann sich zurzeit alleine nicht verteidigen. Wir sind auf dieses transatlantische Bündnis angewiesen, und deshalb ist es auch richtig, wenn wir für dieses Bündnis arbeiten und mehr Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Ja, dann mal los!)

Meine Damen und Herren, wir müssen klären, wofür die NATO verantwortlich sein möchte. Ist sie nur für die Bündnisverteidigung verantwortlich, oder ist sie auch für die Sicherheit in unserer Umgebung verantwortlich? Ich glaube, es war richtig, einen europäischen Arm der Verteidigungspolitik, der mit der NATO zusammenarbeitet, zu gründen: die PESCO, die strukturierte Zusammenarbeit innerhalb Europas mit dem Ziel, gemeinsame Einsätze unabhängig von der NATO durchführen zu können, aber niemals, um gegen die NATO oder anstelle der NATO zu arbeiten, sondern um im Zweifelsfall im Bündnis einen weiteren europäischen Pfeiler zu etablieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es geht auch um gemeinsame Rüstungsprojekte. Diese Rüstungsprojekte müssen wir gemeinsam mit Frankreich ganz wesentlich voranbringen. Ich bedanke mich bei der Bundesverteidigungsministerin an dieser Stelle, dass wir hier Tempo vorlegen. Ich bitte den Deutschen Bundestag, hier zu helfen, sowohl bei dem gemeinsamen Flugzeugprojekt als auch bei dem gemeinsamen Panzerprojekt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen uns also in der Zukunft in verschiedenen Formaten engagieren: in der NATO, manchmal auch nur von der europäischen Seite, aber möglichst immer mit UN-Unterstützung. Die Schwierigkeit besteht darin, dass es nicht so einfach ist, UN-Missionen neu zu etablieren; denn die Vereinigten Staaten sind sehr zurückhaltend geworden gerade in einem Bereich, der für uns von großem Interesse ist: der Sahelzone. Hier gelingt es im Augenblick nicht, robuste UN-Mandate für die Einsätze zu bekommen. Daran muss weitergearbeitet werden.

(Beatrix von Storch [AfD]: Es geht um den Kanzleretat!)

Für uns ist wichtig – das ist von ganz besonderer Bedeutung –, dass wir immer einen gemeinsamen Ansatz sehen, der sich nicht aufs Militärische konzentriert, der sagt: Das Militärische ist dabei, aber das Eigentliche sind die politischen Lösungen, das Eigentliche ist die Entwicklungszusammenarbeit, die wirtschaftliche Kraft, die wir Regionen geben. – Deshalb nennen wir das den vernetzten Ansatz, mit dem wir in Afghanistan begonnen haben, zu arbeiten.

Es ist gut, dass Frankreich erstmals seit 2009 wieder komplett in der NATO verankert ist. Das ist unter Präsident Sarkozy passiert. Das ist vorher lange nicht der Fall gewesen. So kann die NATO heute politischer arbeiten. Und politische Lösungen gehören dazu; militärische Lösungen alleine werden nie reichen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es stellt sich natürlich auch die Frage, wie wir mit dem schwierigen Partner Türkei umgehen. Wollen wir ihn in der NATO halten oder nicht? Arbeiten wir darauf hin? Das heißt natürlich nicht, dass man sich nicht gegenseitig die Meinung sagt, dass man Unterschiede nicht anspricht. Aber ich sage: Die Türkei sollte NATO-Mitglied bleiben. Dafür müssen wir uns einsetzen; denn es ist von geostrategischer Bedeutung für das Bündnis, dass die Türkei mit dabei ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nun ist es sehr leicht, gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika kritisch zu sein, die vielleicht an vielen Stellen nicht mehr die Verantwortung übernehmen wollen, die sie früher übernommen haben.

Aber das zeigt zuerst auf uns zurück, auf Europa. Die erste Aufgabe, damit die NATO funktionieren kann, ist, dass die Europäische Union sich einig ist; denn die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind auch NATO-Mitglieder. Für Deutschland und seine Außenpolitik heißt das in ganz besonderer Weise, dass wir uns für diese Einigkeit einsetzen müssen, und zwar zunächst mit Blick auf die Stabilisierung des westlichen Balkans.

Ich bin dafür, dass wir noch einmal darüber nachdenken, ob wir über neue Beitrittsverfahren in der Europäischen Union diskutieren; ich sage ganz ehrlich: Das hätten wir vielleicht auch schon vor einem Jahr machen können. Vor allem bin ich der Meinung, dass wir den Ländern des westlichen Balkans sagen müssen: Ihr habt eine verlässliche europäische Perspektive. – Deshalb sage ich mit Blick auf Nordmazedonien und Albanien, dass wir versprochene Beitrittsverhandlungen anfangen – ich sage nicht: abschließen – müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Sonst verlieren wir diese Länder, und das ist zu unserem Nachteil.

Außerdem ist es richtig, dass Europa – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – eine intensive und aktive Rolle beim Iranabkommen, dem JCPoA, spielt, damit es nicht zu einer nuklearen Bewaffnung des Iran kommt. Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Aktivitäten von Frankreich loben, aber klar ist: Alle drei Staaten ziehen hier an einem Strang und versuchen, dieses Abkommen als einen Hebel zu nehmen, um weitere Eskalationen zu verhindern. Wir appellieren aber auch an den Iran, zu sehen, dass dieses Abkommen auch für den Iran einen Wert an sich hat.

Wir werden in zwei politischen Prozessen eine aktivere Rolle einnehmen und unseren Beitrag leisten. Der Außenminister tut das im Zusammenhang mit Syrien. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, dass bei den Vereinten Nationen jetzt endlich ein Verfassungskonvent gebildet werden konnte. Das geht nicht ohne Gespräche mit Russland, und das geht nicht ohne Gespräche mit der Türkei. Deshalb gab es auch Treffen von Präsident Erdogan, von Präsident Macron und mir und von Putin und Erdogan. Es ist wichtig, dass wir den UN-Gesandten Pedersen an dieser Stelle unterstützen.

Und zweitens führen wir – denn wir haben aufgrund der Tatsache, dass wir uns damals im Sicherheitsrat enthalten haben, eine hohe Reputation bei den

afrikanischen Ländern – jetzt in Berlin Gespräche auf hoher Beamtenebene von Auswärtigem Amt und Bundeskanzleramt mit dem UN-Vermittler Salamé und den wichtigsten Akteuren, um zu verhindern – und das ist schwer genug –, dass in Libyen ein Stellvertreterkrieg geführt wird in der Dimension, wie wir es in Syrien gesehen haben, und um zu verhindern – deshalb ist eine Lösung für Libyen so notwendig –, dass der gesamte südlich von Libyen liegende Sahelbereich in terroristische Instabilität abgleitet. Das ist eines der größten Probleme, denen wir im Augenblick begegnen; und dass das etwas mit unserer Sicherheit zu tun hat, das kann sich jeder leicht vorstellen.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sich Deutschland und Frankreich beim G-7-Treffen in Biarritz entschieden haben, neben der Unterstützung für die G-5-Saheltruppe eine Initiative für die Sicherheit in der Sahelzone zu starten. Wir werden weiter daran arbeiten – das möchte ich jedenfalls –, dass wir ein robustes UN-Mandat bekommen.

Das führt uns zu einem weiteren Punkt. Wir werden in Zukunft nicht alle Einsätze selbst bestreiten können. Mehr tun kann auch heißen, anderen bei der Ausbildung, bei der Befähigung und Ertüchtigung zu helfen. Das machen wir schon in Mali, aber es muss noch breiter geschehen.

Wir müssen uns einem Thema stellen, dem wir auf Dauer nicht werden ausweichen können: Wenn wir in anderen Regionen der Welt ausbilden und ertüchtigen, dann stellt sich auch die Frage, wer die Ausrüstung liefert.

Sie konnten neulich beim Treffen der Afrikanischen Union mit dem russischen Präsidenten in Sotschi sehen, dass das Ganze begleitet war von einer großen Show von militärischen Gegenständen. Die afrikanischen Länder konnten sich aussuchen, was sie brauchen, zum Teil zu verbilligten Preisen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Völlig falsche Rede! Sie sollen zum Haushalt sprechen!)

Ich frage uns: Ist es in unserem Interesse, wenn klar ist, dass Afrika nur von Russland, China und Saudi-Arabien ausgerüstet wird?

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Völlig am Thema vorbei!)

Ich glaube, das kann nicht richtig sein. Wenn wir für die Sicherheit und den Frieden in Afrika andere ertüchtigen, dann können wir uns bei der Ausrüstung nicht völlig verweigern.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist eine Bewerbungsrede für den nächsten Job!)

Das ist jedenfalls meine Überzeugung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb bin ich ein bisschen unruhig, wenn wir unsere Maßnahmen immer weiter einschränken. Wir sind nicht glaubwürdig, wenn wir Menschen, die in terroristische Kämpfe ziehen müssen, ausbilden, um ihnen anschließend zu sagen: Na ja, aber woher ihr eure Ausrüstung herkriegt, das müsst ihr euch überlegen.

Meine Damen und Herren, ja, wir müssen auch unsere europäische Haltung zu China klären. Das ist ein großer Diskussionsgegenstand. Der an Jahren alte, aber im Geist junge Christian Schwarz-Schilling hat auf dem CDU-Parteitag weise Worte gesagt. Er hat gesagt: Wer glaubt, national allein einen Kurs finden zu können im Umgang mit China, und nicht versucht, eine gemeinsame europäische Haltung zu entwickeln, der wird zerrieben werden und der wird scheitern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Norbert Kleinwächter [AfD])

Wenn ich Ihnen das ganz offen sagen darf: Eine der größten Gefahren – ich will es so nennen; zumindest Sorgen –, ist, dass jeder Mitgliedstaat in Europa seine eigene Chinapolitik macht und dass wir zum Schluss ganz unterschiedliche Signale senden. Das wäre nicht für China verheerend, aber es wäre für uns in Europa verheerend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist unbestritten, dass wir hohe Sicherheitsstandards beim Ausbau von 5G brauchen. Aber das müssen wir, nachdem wir sie für uns definieren, dann auch mit den anderen europäischen Partnern besprechen. So, wie wir eine Medikamentenzulassungsagentur in Europa haben, so müssen wir wahrscheinlich auch eine Zulassungsagentur, eine Zertifizierungsagentur haben, die sich mit der Zertifizierung von 5G-Teilen beschäftigt und mit nationalen Institutionen wie dem BSI zusammenarbeitet.

Denn wenn in einem digitalen europäischen Binnenmarkt jeder seines macht und jeder anders handelt, dann werden wir nicht weit kommen. Das heißt: Telekommunikationsgesetz ändern, IT-Sicherheitsgesetz ändern und natürlich im Parlament darüber sprechen, wie wir höchste Sicherheitsstandards anlegen. Wir müssen aber auch nach Europa schauen und möglichst mit Frankreich erst einmal gemeinsame Lösungen finden, aus denen wir dann insgesamt europäische Lösungen entwickeln können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich müssen wir kritisieren, wenn wir jetzt die Berichte von den Uiguren hören. Ich stimme dem Bundesaußenminister vollkommen zu, dass die UN-Menschenrechtsbeauftragte dort Zugang haben muss. Ich glaube, dass die Europäische Union gestern das Richtige dazu gesagt hat.

Ich glaube, dass es ein gutes Zeichen war, dass die Wahlen in Hongkong so friedlich abgelaufen sind und die Menschen trotzdem ihre Meinung gesagt haben. Das ist „ein Land, zwei Systeme“. Und das sind zwei Systeme. Und China ist ein anderes gesellschaftliches System, ein völlig anderes. Es gibt einen Systemwettbewerb. Aber ich weiß nicht, ob die Antwort auf den Systemwettbewerb – so was kennen wir ja auch aus dem Kalten Krieg – Abschottung heißen kann, vielmehr muss die Antwort auf den Systemwettbewerb sein, dass wir selbstbewusst davon ausgehen, dass wir unsere Maßstäbe setzen können, ohne die totale Abschottung zu proklamieren. Das ist jedenfalls mein Ansatz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

All das wird Europa natürlich nur können, wenn es wirtschaftlich stark ist. Die wirtschaftliche Stärke Europas hängt ganz wesentlich mit der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands zusammen.

(Christian Lindner [FDP]: Welche?)

Damit sind wir bei dem, was in dieser Woche hier im Wesentlichen debattiert wird.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten 20 Monaten als Bundesregierung vieles auf den Weg gebracht. Wir haben das in der Halbzeitbilanz niedergelegt.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ah, jetzt fängt die Rede an!)

Ich glaube, wir haben vor allen Dingen wirklich wichtige Dinge getan, um gerade in einer Zeit des konjunkturellen Abschwungs, verursacht durch weltweite Entwicklungen, durch zyklische Entwicklungen, etwas dageganzusetzen, und zwar mit einem robusten Binnenkonsum. Ich will das hier nicht alles wiederholen: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, Abbau des Solis, Verbesserungen in der Krankenversicherung und in der Pflegeversicherung, Mindestloohnerhöhung, Rentenplus, Mütterrente. Wir haben uns jetzt über die Eckpunkte der Grundrente – etwas ganz Wichtiges – geeinigt und werden sie gesetzlich umsetzen. Wir haben eine Mindestausbildungsvergütung beschlossen. Wir haben dafür gesorgt – das ist, finde ich, eine ganz wichtige Sache –, dass für die Ausbildung in Berufen, in denen Menschen, vor allen Dingen Frauen, mit Menschen arbeiten, endlich kein Schulgeld mehr gezahlt werden muss, sondern es eine Ausbildungsvergütung gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das war wichtig!)

Es ist eigentlich ein Anachronismus, dass das in 70 Jahren Bundesrepublik nicht geschafft wurde; das hätte man auch schon vor der deutschen Einheit schaffen können.

Und wir haben auf eine der wesentlichen Fragen der deutschen Wirtschaft eine Antwort gegeben: mit einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Wir werden die Funktionalität dieses Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im Dezember auf einem Gipfel im Kanzleramt diskutieren, damit wir hiermit auf eine der großen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft eine richtige Antwort geben.

Wir haben die innere Sicherheit massiv verbessert. Wir haben die Migration gesteuert und geordnet. Wir haben vieles für die Integration getan. Meine Damen und Herren, wir stehen relativ robust da.

Der Haushalt ist auf Rekordniveau. Wir werden im nächsten Jahr das Maastricht-Kriterium einer Schuldenquote von 60 Prozent unterschreiten. Ich will an dieser Stelle noch mal sagen, dass es mich wundert, dass in diesem

Hause immer so abfällig über einen ausgeglichenen Haushalt gesprochen wird.

(Christian Lindner [FDP]: Wer macht das?)

– Es gibt Menschen, die sprechen in diesem Hause abfällig davon.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Es wäre schön, wenn er wirklich ausgeglichen wäre! Nicht über Rücklagen! – Christian Lindner [FDP]: Das machen nur die Grünen und die Linken!)

Ich muss wirklich sagen: Wenn man in Zeiten so niedriger Zinsen – Olaf Scholz hat das gestern dargestellt – glaubt, man müsste auch noch Schulden machen, was will man dann eigentlich in Zeiten machen, in denen die Zinsen wieder normal sind und steigen?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wie viel Schulden will man dann machen? Das kann ja nun ernsthafterweise nicht sein. Wir haben einen Haushalt mit einem Investitionshoch. Wir hatten noch nie so hohe Investitionen im Haushalt. Wir haben durch das Klimapaket noch mal viele Investitionen draufgelegt. Man kann doch nicht Investitionen erst dann gut finden, wenn sie Schulden verursachen. Ein ordentlicher Haushalt heißt doch: Investitionen in einem ausgeglichenen Haushalt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles andere ist doch absurd.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Deshalb kürzen Sie bei Frau Karliczek! – Dr. Alice Weidel [AfD]: Die niedrigste Investitionsquote im Euro-Raum! Die niedrigste Nettoinvestitionsquote!)

Wir haben allerdings – da sind wir in der Koalition vielleicht ein bisschen unterschiedlicher Meinung – zumindest mittelfristig die Aufgabe, die Bedingungen für die deutsche Wirtschaft an den internationalen Rahmen anzupassen.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Das klingt bedrohlich!)

Das bedeutet zum einen – da kriegen wir ja vielleicht noch was hin –, dass wir für Personengesellschaften und Körperschaften ähnliche steuerliche Verhältnisse haben. Aber wir werden ab dem Jahr 2020 das Land mit den höchsten Unternehmenssteuern in Europa sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Marco Buschmann [FDP]) Frankreich wird seine Unternehmensteuern – die liegen heute im Schnitt noch über unseren – sukzessive auf 25 Prozent senken, die Amerikaner haben an dieser Stelle massiv gesenkt,

(Ulrich Freese [SPD]: Viel wichtiger sind die Energiepreise!)

Portugal liegt diesbezüglich in unserer Nähe, die Niederlande werden auch eine Unternehmensteuerreform machen. Das heißt, mittelfristig müssen wir uns das, glaube ich, anschauen, wenngleich wir auch andere Themen haben, die für die deutsche Wirtschaft mindestens von ebenso großer Wichtigkeit sind.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD und der FDP – Dr. Alice Weidel [AfD]: Das ist unglaublich! – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Widerspruch der SPD-Fraktion!)

Deshalb möchte ich mich heute auf zwei Dinge konzentrieren, von denen ich glaube, dass sie darüber entscheiden, ob die deutsche Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze und der Wohlstand bei uns erhalten bleiben können, also auf zwei Dinge, die von entscheidender Wichtigkeit sind.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie haben doch die letzte Unternehmensteuerreform zu verantworten! Damals waren Sie auch schon Kanzlerin!)

Zum einen geht es um die Frage: Wie begegnen wir dem Klimawandel? Welche Antworten finden wir darauf? Und wie schaffen wir die Transformation unserer Wirtschaft? Hierzu hat die Bundesregierung ein ambitioniertes Paket vorgelegt. Es wird darüber diskutiert, ob die Einstiegspreise zu hoch oder zu niedrig sind, es wird darüber diskutiert, ob die Pendlerpauschale überkompensiert oder nicht, aber im Grunde gibt es in weiten Teilen dieses Hauses keinen Zweifel dran, dass der Maßnahmenrahmen richtig gewählt ist. Darüber werden wir jetzt auch im Bundesrat sprechen. Ich kann uns allen nur raten, dass wir vernünftige Lösungen dafür finden; denn die Zeit drängt.

Wir werden ab Anfang der 20er-Jahre klare Budgets an CO₂-Emissionen haben, die wir einhalten müssen. Wenn wir die überschreiten, müssen wir massive Strafzahlungen leisten oder wir müssen Geld für Zertifikate zahlen. Das heißt, wir sind dazu verpflichtet, Jahr für Jahr und nicht irgendwann

unsere Ziele einzuhalten. Deshalb müssen wir schnell mit der Transformation beginnen. Ich glaube, wir haben richtige Dinge auf den Weg gebracht. Deshalb hoffe ich, dass wir im Bundesrat bis zum Jahresende die entsprechenden Lösungen finden. Wir als Koalition sind jedenfalls dazu bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben einen weiteren massiven Schritt unternommen: Wir haben auf Basis der Ergebnisse einer Kommission beschlossen, wann wir spätestens aus der Kohleverstromung aussteigen, wann wir die Kohle nicht mehr als Energiequelle haben werden. Das schafft Berechenbarkeit.

(Lachen bei der AfD)

Dazu gibt es die entsprechenden Gesetze. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, den meisten in diesem Hause ist, glaube ich, Folgendes klar: Deutschland stellt 1 Prozent der Weltbevölkerung und verursacht 2 Prozent der CO₂-Emissionen, und es verfügt über die besten Technologien. Wer, wenn nicht wir, soll denn zeigen, dass es geht, dass man dem Klimawandel etwas entgegensetzen kann? – Das ist doch die Aufgabe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Alice Weidel [AfD]: Unverantwortlich!)

Natürlich werden uns auf diesem Weg immer wieder Schwierigkeiten begegnen. Wie könnte das anders sein? Wir werden aus der Kernenergie aussteigen, wir steigen aus der Kohleverstromung aus, und wir müssen Gas als Brückentechnologie etablieren.

(Beifall des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU])

Deshalb finde ich es eher schwierig, dass die Europäische Investitionsbank jetzt entschieden hat, Gasttechnologien als Brückentechnologie überhaupt nicht mehr zu finanzieren. Das ist, glaube ich, nicht richtig.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie sprechen! Das merkt man an Ihrer Rede!)

Wir werden aber natürlich auch weiter Schwierigkeiten bei der Gestaltung des Ausbaus des Bereichs der erneuerbaren Energien haben. Da wird es um den Zusammenhalt unseres Landes gehen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Um Grundlastfähigkeit geht es!)

Es wird nicht reichen, wenn die Menschen in der Stadt den Menschen auf dem Land erklären, wie das mit dem Windkraftausbau laufen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sehen ja, dass wir Spaltungen haben. Wir haben es gestern ja auch bei der Demonstration der Landwirte gesehen.

(Jürgen Braun [AfD]: So viel Schwachsinn auf einmal!)

Im Augenblick besteht die Gefahr – diese Gefahr besteht nicht nur in Deutschland; das ist überhaupt kein spezifisch deutsches Problem, sondern überall gibt es die Gefahr –, dass die Lebenswelten von Menschen, die in der Stadt leben, und von Menschen, die auf dem Lande leben, unterschiedlich sind, dass diese Menschen völlig unterschiedliche Probleme haben.

(Sebastian Münzenmaier [AfD]: Da kennen Sie sich aus!)

Wenn wir als Politik nicht denen in der Stadt helfen, die keine bezahlbare Wohnung bekommen, und nicht denen auf dem Lande helfen, die wissen wollen, was sie vom Ausbau der Windenergie haben außer einem 220 Meter großen Windrad neben sich, dann werden wir das nicht schaffen. Aber wir können das schaffen, wenn wir den Zusammenhalt dieses Landes voranbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb werde ich mich nächsten Montag mit Vertretern der Verbände der Bauern treffen. Ich werde ihnen natürlich sagen, dass sie auf die Herausforderungen der neuen Zeit Antworten finden müssen. Wir haben über Jahre die Düngeverordnung nicht eingehalten, da kann ich jetzt nicht sagen: Ach, Leute, es gibt noch drei Jahre dazu. – Das wird nicht klappen. Aber was wir den Menschen, die morgens aufstehen und abends spät ins Bett gehen, die im Sommer dann noch arbeiten, wenn wir alle bei einem kühlen Bier sitzen, sagen können, ist, dass wir ihre Arbeit achten,

(Beatrix von Storch [AfD]: Die wollen kein Blabla!)

dass unsere Aussage: „Wir wollen regionale Produkte essen“, nicht Schall und Rauch ist, sondern ernst gemeint, dass wir heimische Lebensmittel wollen und eine starke Landwirtschaft. Das können und müssen wir unseren Bauern sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Genauso müssen wir über den Ausbau der Windenergie sprechen. Wir haben den Solardeckel jetzt aufgehoben. Wir haben den Ausbau auf See erhöht. Aber wir werden auch Windenergieausbau am Lande brauchen.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Jetzt findet hierzu eine Diskussion statt, als lägen Welten zwischen uns. Sie wissen doch, dass in den allermeisten Bundesländern eine Abstandsregel von 1 000 Metern gilt. Vielleicht bräuchten wir gar keine Bundesregelung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wenn alle Länder, zum Beispiel Brandenburg, schon so schlau gewesen wären, bevor sie eine Koalition mit den Grünen gemacht hätten, und nicht erst nachdem in den Koalitionsverhandlungen auch die 1 000 Meter verhandelt wurden.

(Zuruf von der AfD: Oh, oh!)

Jetzt reden wir nur noch über einen einzigen Bereich, und das sind die Splitterbereiche, bei denen man fragen kann, ob sie bei 7 Häusern oder bei 30 Häusern beginnen. Das ist der Unterschied zwischen der Ansicht der Bundesumweltministerin und des Bundeswirtschaftsministers.

Nachdem wir es geschafft haben, uns bei der Grundrente zu einigen, sage ich Ihnen voraus: Wir werden auch da eine Einigung finden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die 1 000 Meter sind in den allermeisten Bundesländern Deutschlands die Norm.

Wir haben ein weiteres großes Thema. Das ist die Transformation in der Automobilindustrie.

(Beatrix von Storch [AfD]: Abschaffung! Nicht Transformation! – Weiterer Zuruf von der AfD: Die wollen nicht transformiert werden!)

Diese Transformation – wir haben es gestern gehört: Stellenabbau bei Audi – in der Automobilindustrie ist notwendig; denn die Mobilität wird sich wandeln. Schon Kaiser Wilhelm hat gedacht, dass das Pferd wieder zurückkommt, als er das erste Auto gesehen hat. Er hat sich geirrt. Auch Sie werden sich irren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es wird eine völlig neue Mobilität geben mit autonomem Fahren, alternativen Antrieben und anderen Eigentumsverhältnissen, als wir es heute kennen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Andere Eigentumsverhältnisse! Genau!)

Es wird Jahre dauern, aber es wird gut sein, wenn die Politik hilft. Wir als Bundesregierung führen einen strukturierten Dialog mit der Automobilindustrie. Wir werden die Ladeinfrastruktur ausbauen. Wir werden durch Kaufprämien die Einführung der neuen Antriebstechnologien unterstützen. Wir setzen nicht auf nur eine Technologie, aber nehmen es ernst, wenn uns die Automobilindustrie für den Pkw-Bereich – nicht für den Lkw-Bereich, nicht für den Zugbereich – sagt, dass auf absehbare Zeit Elektromobilität jetzt erst einmal die Technologie der Wahl ist.

Wir werden die Menschen dazu bringen, Autos mit alternativen Antrieben zu kaufen, wenn die entsprechende Ladeinfrastruktur vorhanden ist. Deshalb ist es richtig, dass Bund, Länder und Kommunen hier zusammenarbeiten und Vertrauen für die Menschen schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die zweite große Aufgabe ist, wie wir die Transformation im Zuge der Digitalisierung schaffen. Hierzu hatte die Bundesregierung eine Klausurtagung, bei der wir wichtige Entscheidungen getroffen haben.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Oh!)

Einmal geht es natürlich um den Ausbau der Infrastruktur. Wir haben eine Mobilfunkstrategie entwickelt, in der zum Beispiel steht, wie wir den

Mobilfunk ausrollen, und zwar flächendeckend. Denn wir wissen, dass weiße Flecken für die Menschen nicht akzeptabel sind, gerade in den ländlichen Räumen. Wir haben eine klare Strategie für den Ausbau von 5G.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Super Strategie!)

Die Auflagen bei der Versteigerung der Frequenzen sind sehr hart. Ich danke da auch den Kollegen aus dem Bundestag, die uns als Regierung da sehr an die Kandare genommen haben.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Kandare!)

Wir werden natürlich auch den Glasfaserausbau voranbringen.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Ja, ja!)

Aber viel, viel wichtiger ist, dass wir verstehen, dass der neue Rohstoff die Daten sind. Die Bundesregierung hat jetzt auf der Grundlage der Datenethikkommission Eckpunkte für eine Datenstrategie festgelegt, die wir im Frühjahr verabschieden werden. Ich habe den Eindruck, dass uns die Bedeutung schon klar ist, den großen Unternehmen auch,

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Bei uns schon! Bei Ihnen wahrscheinlich nicht!)

dass aber im deutschen Mittelstand die Bedeutung dessen, was durch das Wesen der Daten als neuer Rohstoff entstanden ist, noch nicht ausreichend gesehen wird. Deshalb unterstütze ich das, was Peter Altmaier vorgeschlagen hat, nämlich als Politik – das ist ja schon etwas seltsam – mit daran zu arbeiten, dass wir eine Plattform entwickeln, auf der Daten verarbeitet werden können, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern möglichst zusammen mit Frankreich und europaweit. Es muss verstanden werden, dass es nicht nur darum geht, dass ich meine Daten kenne. Deutschland hat Industrie 4.0 mit als erstes Land nach vorne gebracht. Die Digitalisierung der eigenen Produktion ist der erste Schritt. Der zweite Schritt ist die Vernetzung aller Menschen und vor allen Dingen auch Gegenstände auf der Welt. Dies bietet völlig neue Möglichkeiten, Erkenntnisse zu gewinnen. Das muss im Gesundheitsbereich passieren. Das muss beim Umweltschutz passieren. Das muss aber auch für neue Wirtschaftsmodelle passieren. Je schneller wir das akzeptieren, umso besser ist es. Das bedeutet aber als Erstes einmal, dass ich alles digitalisiert vorhanden habe und dass ich weiß, was ich habe. Wir sind dafür – ich schaue

gerade Nadine Schön an –, dass wir das möglichst im Open-Data-Bereich als Open Source machen, damit es durchschaubar ist. Aber damit man daraus neue Produkte machen kann, brauchen wir noch einen Kulturwandel in Deutschland. Man muss verstehen, dass das dringlich ist. Ich habe den Eindruck, dass wir da viel, viel zu langsam sind. Wir als Abgeordnete sollten sozusagen die Botschafter sein, die sagen: Verschlaft diese Zeit nicht, sonst werden Wertschöpfungsmodelle an uns vorbeigehen und wir werden zur verlängerten Werkbank. – Das ist meine ganz große Sorge. Aber, ich glaube, als Bundesregierung sind wir jetzt auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen führend in KI sein, in der künstlichen Intelligenz, in den Algorithmen, die mit diesen Daten arbeiten. Wir haben glücklicherweise sechs entsprechende Forschungszentren. Sie werden unterstützt. Da müssen Bund und Länder gut zusammenarbeiten. Ich unterstütze sehr die zusätzliche Strategie von Bayern, die mit der Bundesstrategie bestens zusammenpasst. Ich weiß, dass auch in anderen Bundesländern viel passiert. Das ist gut.

Hiervon und vom Klimawandel wird weit mehr als von anderen Dingen abhängen, ob wir in 10 oder 20 Jahren noch ein führender Industriestandort sind oder nicht. Die Weichen dafür werden heute gestellt.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Heute?)

Wirtschaft, soziale Marktwirtschaft, unser Gesellschaftsmodell – das in die neue Zeit zu tragen, verstehen wir als Aufgabe der Bundesregierung. Aber wir sehen, dass die vielen Veränderungen, die dramatischen Veränderungen auf der Welt auch zu großen Friktionen in unserer Gesellschaft führen. So gut wie das Internet ist und so gut wie die digitalen Möglichkeiten sind, so viele Gefahren bergen sie natürlich auch; das war bei jeder neuen Technologie so. Deshalb ist es gut, dass im Augenblick in Berlin das große internationale Internet Governance Forum der UN tagt, das sich mit solchen Fragen beschäftigt.

Wir müssen konstatieren: Obwohl es uns wirtschaftlich sehr gut geht,

(Zuruf von der AfD: Nein!)

obwohl es Lohnsteigerungen für viele Menschen gibt, obwohl wir mehr Beschäftigte haben, sozialversicherungspflichtig und Erwerbstätige

insgesamt, als wir jemals hatten, gibt es in unserer Gesellschaft Friktionen, die uns unruhig stimmen müssen. Der Mord an Walter Lübcke, die Vorgänge in Halle, sie alle rütteln uns auf. Man fragt sich: Was ist in unserer Gesellschaft los? Und das nach 70 Jahren Grundgesetz. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das bedeutet Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit in unserem Land ist gegeben. All denjenigen, die dauernd behaupten, sie dürften nicht mehr ihre Meinung sagen, muss ich sagen: Wer seine Meinung sagt, auch prononciert, der muss damit leben, dass es Widerspruch gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt keine Meinungsfreiheit zum Nulltarif. Es stimmen nicht immer alle zu. Aber die Meinungsfreiheit kennt Grenzen. Sie beginnen da, wo gehetzt wird, wo Hass verbreitet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie beginnen da, wo die Würde anderer Menschen verletzt wird. Dagegen werden und müssen wir uns in diesem Hause stellen. Das werden wir auch hinbekommen. Denn sonst ist diese Gesellschaft nicht mehr das, was sie einmal war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie haben hoffentlich gemerkt, wir haben viel zu tun. Wir haben sehr viel angefangen,

(Zuruf von der AfD: Und versaut!)

aber vieles muss noch weitergemacht werden. Deshalb finde ich, wir sollten die Legislaturperiode lang weiterarbeiten. Das ist meine persönliche Meinung.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin dabei. Schön, wenn Sie es auch sind. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

W.I.Lenin und Clara Zetkin: Die Befreiung der Frau

***W.I. Lenin und Clara Zetkin: Gesprächsnotizen zur Frage der Befreiung der Frau*⁷ (Auszüge aus: „Clara Zetkin: Erinnerungen an Lenin“)**

„Wir müssen unbedingt eine kräftige internationale Frauenbewegung schaffen, auf klarer theoretischer Grundlage“, so leitete Lenin das Gespräch nach der Begrüßung ein. „Ohne marxistische Theorie keine gute Praxis, das ist klar. Uns Kommunisten ist auch in dieser Frage größte grundsätzliche Reinheit nötig. Wir müssen uns von allen anderen Parteien scharf abgrenzen. Leider hat unser II. Internationaler Kongress bei der Behandlung der Frauenfrage versagt. Er hat die Frage aufgerollt, ist aber nicht zu einer Stellungnahme gekommen. Die Sache steckt noch in einer Kommission. Sie soll eine Resolution ausarbeiten, Thesen, Richtlinien. Bis jetzt ist sie jedoch nicht weit gekommen. Sie müssen dabei helfen.“

Was Lenin sagte, hatte ich bereits von anderer Seite gehört und äußerte mein Erstaunen darüber. Ich war voller Enthusiasmus für das, was die russischen Frauen in der Revolution geleistet hatten und noch jetzt zu ihrer Verteidigung und Weiterentwicklung leisteten. Auch was die Stellung und Betätigung der Genossinnen in der bolschewistischen Partei anbelangte, erschien diese mir als eine Musterpartei schlechthin. Sie allein schon brachte einer

⁷ Entnommen der Broschüre „Clara Zetkin: Erinnerungen an Lenin“, die erstmals 1929 erschienen ist. Eine aktuelle Auflage bekommt man beim Verlag „Das historische Buch“ oder beim Wiljo Heinen-Verlag (d. Red.) Die wiedergegebenen Passagen sind das Gedankenprotokoll eines Gespräches zwischen Clara Zetkin und Lenin.

internationalen kommunistischen Frauenbewegung wertvolle, geschulte und erfahrene Kräfte und ein großes geschichtliches Beispiel dazu.

„Das ist richtig, das ist ganz gut und schön«, meinte Lenin mit einem stillen, feinen Lächeln. »In Petrograd, hier in Moskau, in Städten und Industriezentren draußen im Lande haben sich die Proletarierinnen in der Revolution prächtig gehalten. Ohne sie hätten wir nicht gesiegt, oder auch kaum gesiegt. Das ist meine Meinung. Wie tapfer waren sie, wie tapfer sind sie noch jetzt! Stellen Sie sich all die Leiden und Entbehrungen vor, die sie tragen. Und sie halten aus, weil sie die Sowjets behaupten wollen, weil sie die Freiheit, den Kommunismus wollen. Jawohl, unsere Proletarierinnen sind prächtige Klassenkämpferinnen. Sie verdienen, dass man sie bewundert und liebt. (...) Die erste Diktatur des Proletariats ist wahre Bahnbrecherin für die volle soziale Gleichberechtigung der Frau. Sie rottet mehr Vorurteile aus als Bände frauenrechtlicher Literatur. Aber mit all dem haben wir noch keine internationale kommunistische Frauenbewegung, und die müssen wir unbedingt haben. (...) Wir und die Werktätigen der ganzen Welt haben wirklich noch große Dinge zu vollbringen. Also wofür begeistern sich Eure Genossinnen die proletarischen Frauen Deutschlands? Wie steht es mit ihrem proletarischen Klassenbewusstsein, konzentrieren sie ihre Interessen, ihre Betätigung auf die politischen Forderungen der Stunde was ist der Mittelpunkt ihrer Gedanken?

Drüber habe ich von russischen und deutschen Genossen Sonderbares gehört. Das muss ich sagen. Mir wurde erzählt, dass eine begabte Kommunistin in Hamburg eine Zeitung für die Prostituierten herausgibt und diese für den revolutionären Kampf organisieren will. Rosa hat als Kommunistin menschlich gefühlt und gehandelt, als sie sich in einem Artikel der Prostituierten annahm, die irgendein Vergehen gegen die Polizeivorschriften über die Ausübung ihres traurigen Gewerbes ins Gefängnis gebracht hat. Sie sind bedauernswerte Opfer der bürgerlichen Gesellschaft: erst ihrer verfluchten Eigentumsordnung und dann noch ihrer verfluchten moralischen Heuchelei. Das ist klar. Nur ein roher und kurzsichtiger Mensch kann das vergessen.

Aber es ist doch etwas ganz anderes, das zu begreifen, als die Prostituierten - wie soll ich gleich sagen - als eine besonders zünftige revolutionäre Kampftruppe zu organisieren und eine Gewerbezeitung für sie herauszugeben.

Gibt es in Deutschland wirklich keine Industriearbeiterinnen mehr, die zu organisieren sind, für die es ein Blatt geben sollte, die zu Euren Kämpfen herangezogen werden müssten? Hier handelt es sich um einen krankhaften Auswuchs. Er erinnert mich stark an die literarische Mode, jede Prostituierte in eine süßliche Madonna umzudichten. Auch da war der Ursprung gesund: das soziale Mitgefühl, Auflehnung wider die Tugendheuchelei der ehrenwerten Bourgeois. Aber das Gesunde wurde bürgerlich angefressen und entartet.

Übrigens: Die Frage der Prostitution wird uns auch hier noch manches schwierige Problem aufwerfen. Zurückführung der Prostituierten zur Produktiven Arbeit, Eingliederung in die soziale Wirtschaft - darauf kommt es an. Aber bei dem jetzigen Stand unserer Wirtschaft und unter den gegebenen gesamten Umständen das durchzuführen, das ist schwer und kompliziert. Da haben sie ein Stück Frauenfrage, das sich nach der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat breit vor uns hinstellt und praktische Lösungen fordert. Das wird uns hier in Sowjetrußland noch viel zu schaffen machen.

Doch zurück zu Eurem besonderen Fall in Deutschland. Die Partei darf keinesfalls solchem Unfug ihrer Mitglieder ruhig zusehen. Das stiftet Verwirrung und zersplittert Kräfte. - Und Sie selbst, was haben Sie dagegen getan?“

Noch ehe ich antworten konnte, fuhr Lenin fort: „Ihr Sündenregister, Clara, ist noch größer. Es wurde mir erzählt, dass in den Lese- und Diskussionsabenden der Genossinnen besonders die sexuelle Frage, die Ehefrage behandelt werde. Sie sei Hauptgegenstand des Interesses, politischer Unterichts- und Bildungsgegenstand. Ich glaubte, meinen Ohren nicht trauen zu dürfen, als ich das hörte. Der erste Staat der proletarischen Diktatur ringt mit den gegenrevolutionären der ganzen Welt. Die Lage in Deutschland selbst fordert die größte Konzentration aller proletarischen, revolutionären Kräfte zur Zurückwerfung der immer mehr vorwärts dringenden Gegenrevolution. Die tätigen Genossinnen aber erörtern die sexuelle Frage und die Frage der Eheformen 'in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft'. (...) Ich bin misstrauisch gegen jene, die stets nur auf die sexuelle Frage starren wie der indische Heilige auf seinen Nabel. Mir scheint, dass dieses Überwuchern sexueller Theorien, die zum größten Teil Hypothesen sind, aus einem persönlichen Bedürfnis hervorgeht, nämlich das eigene anormale oder

hypertrophische Sexualleben vor der bürgerlichen Moral zu rechtfertigen und von ihr Duldsamkeit zu erbitten. Dieser verummte Respekt vor der bürgerlichen Moral ist mir ebenso zuwider wie das Herumwühlen im Sexuellen. Es mag sich noch so wild und revolutionär gebärden, es ist doch zuletzt ganz bürgerlich. Es ist im Besonderen eine Liebhaberei der Intellektuellen und der ihnen nahestehenden Schichten. In der Partei, beim klassenbewussten, kämpferischen Proletariat ist kein Platz dafür.“

Ich warf hier ein, dass die sexuelle Frage und die Ehefrage unter der Herrschaft des Eigentums und der bürgerlichen Ordnung vielgestaltige Probleme, Konflikte, Leiden für die Frauen aller sozialen Klassen und Schichten zeitige. Der Krieg und seine Folgen hätten gerade in den sexuellen Verhältnissen die vorliegenden Konflikte und Leiden für die Frauen außerordentlich verschärft hätten Probleme sichtbar gemacht, die früher für sie verschleiert waren. Dazu füge sich die Atmosphäre der in Fluss gekommenen Revolution. Die alte Gefühls- und Gedankenwelt habe zu wanken begonnen. Die bisherigen sozialen Bindungen lockern sich und zerreißen, es zeigen sich Ansätze zu neuen Beziehungen und Einstellungen von Mensch zu Mensch. Das Interesse für die einschlägigen Fragen sei ein Ausdruck des Bedürfnisses nach Aufhellung und Neuorientierung. Es offenbare sich darin auch eine Reaktion gegen die Unnatur und Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft. Die Ehe- und Familienformen im Wandel der Geschichte, in ihrer Abhängigkeit von der Wirtschaft seien geeignet, im Denken der Proletarierinnen den Aberglauben von der Ewigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu zerstören. Eine kritisch-historische Stellung dazu müsse zur rücksichtslosen Zergliederung der bürgerlichen Ordnung, zur Enthüllung ihres Wesens und seiner Auswirkungen werden, die Brandmauer der sexuellen Sittlichkeitsverlogenheit inbegriffen. Alle Wege führen nach Rom. Jede wirklich marxistische Analyse eines wichtigen Teils vom Ideologischen Überbau der Gesellschaft, einer hervortretenden sozialen Erscheinung müsse zur Analyse der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Eigentumsgrundlage führen, müsse ausklingen in dem „Cartaginem esse delendam“.

Lenin nickte lächelnd. „Da haben wir’s. Sie sind eine advokatorische Verteidigerin ihrer Genossinnen und Ihrer Partei! Natürlich stimmt das, was Sie sagen. Aber damit wird der in Deutschland begangene Fehler im

günstigen Falle entschuldigt, gerechtfertigt wird er nicht. Er ist und bleibt ein Fehler. Können Sie mir ernsthaft versichern, dass in den Lese- und Diskussionsabenden die Sexual- und Ehefrage vom Standpunkt des reifen, lebendigen historischen Materialismus aus behandelt wird? Das hat ein vielseitiges, tiefes Wissen zur Voraussetzung, klarste marxistische Bewältigung eines ungeheuren Materials. Wo habt Ihr jetzt die Kräfte dafür? Wären sie vorhanden, so würde es nicht vorkommen, dass eine Broschüre wie die erwähnte bei den Lese- und Diskussionsabenden als Unterrichtsmaterial benutzt wird. Man empfiehlt und verbreitet sie, statt dass man sie kritisiert. Worauf läuft denn die unzulängliche, unmarxistische Behandlung der Frage hinaus? Dass die Sexual- und Ehefrage nicht als Teil der großen sozialen Frage erfasst wird. Umgekehrt, dass die große soziale Frage als ein Teil, ein Anhängsel der Sexualprobleme erscheint. Die Hauptsache tritt als Nebensache zurück. Das schadet nicht bloß der Klarheit in dieser einen Frage, das trübt das Denken, das Klassenbewusstsein der Proletarierinnen überhaupt. Außerdem und nicht zuletzt! Schon der weise Salomo sagte, dass alles seine Zeit hat. Ich bitte Sie, ist jetzt die Zeit, monatelang Proletarierinnen damit zu unterhalten, wie man liebt und sich lieben lässt, wie man freit und sich freien lässt? Natürlich in „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, bei verschiedenen Völkern, was man dann stolz historischen Materialismus nennt! Jetzt müssen alle Gedanken der Genossinnen, der Frauen des arbeitenden Volkes auf die proletarische Revolution gerichtet sein. Sie schafft auch für die notwendige Erneuerung der Ehe- und Sexualverhältnisse die Grundlage. Jetzt treten doch wahrhaftig andere Probleme in den Vordergrund als die Eheformen der Australneger und die Geschwisterehe in der alten Zeit. Die Rätefrage steht für die deutschen Proletarier noch immer auf der Tagesordnung; der Versailler Vertrag und seine Auswirkungen im Leben der Frauenmassen, Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, Steuern und vieles andere. Kurz, ich bleibe dabei, dass diese Art politischer, sozialer Bildung der Proletarierinnen falsch ist, ganz und gar falsch. Wir konnten Sie zu ihr schweigen? Sie mussten Ihre Autorität dagegen einsetzen.“ (...)

Die Frauen- und die Jugendbewegung haben doch nicht wenige Berührungspunkte. Überall sollen unsere Genossinnen planmäßig mit der Jugend zusammenarbeiten. Das ist eine Fortsetzung, eine Ausweitung und Erhöhung der Mütterlichkeit aus dem Individuellen in das Soziale. Und alles erwachende soziale Leben und Wirken der Frauen muss gefördert werden,

damit sie die Enge ihrer spießbürgerlichen individuellen Heim- und Familienpsychologie abstreifen. Doch das nebenher.

Auch bei uns ist ein großer Teil der Jugend heftig dabei, die `bürgerliche Auffassung und Moral' in der Sexualfrage zu `revidieren'. Und ich muss hinzusetzen, ein großer Teil unserer besten, unserer wirklich vielversprechenden Jugend. Es ist so, wie sie vorhin meinten. In der Atmosphäre der Kriegsauswirkungen und der begonnenen Revolution lösen sich auf der sich umwälzenden wirtschaftlichen Grundlage der Gesellschaft die alten ideologischen Werte auf und verlieren ihre bindende Kraft. Die neuen Werte kristallisieren sich langsam, unter Kämpfen heraus. Auch in den Beziehungen von Mensch zu Mensch, zwischen Mann und Frau, revolutionieren sich die Gefühle und Gedanken. Neue Abgrenzungen werden gemacht zwischen dem Recht des einzelnen und dem Recht der Gesamtheit, also der Pflicht des einzelnen. Die Dinge sind noch in vollster chaotischer Gärung. Die Richtung, die Entwicklungskraft der verschiedenen einander widersprechenden Tendenzen treten noch nicht in voller Klarheit hervor. Es ist ein langsamer und oft sehr schmerzhafter Prozess des Vergehens und des Werdens. Gerade auch auf dem Gebiet der sexuellen Beziehungen, der Ehe, der Familie. Der Verfall, die Fäulnis, der Schmutz der bürgerlichen Ehe mit ihrer schweren Lösbarkeit, ihrer Freiheit für den Mann, ihrer Versklavung für die Frau, die ekelhafte Verlogenheit der sexuellen Moral und Verhältnisse erfüllen die geistig Regsamsten und Besten mit tiefem Abscheu.

Der Zwang der bürgerlichen Ehe und der Familiengesetze der Bourgeoisstaaten verschärft Übel und Konflikte. Es ist der Zwang des „heiligen“ Eigentums. Er heiligt Käuflichkeit, Niedrigkeit, Schmutz. Die konventionelle Heuchelei der honetten bürgerlichen Gesellschaft tut das übrige. Die Menschen suchen ihr Recht gegen die herrschende Widerlichkeit und Unnatur. Und die Gefühle des einzelnen wandeln sich rasch, das Begehren und das Drängen nach Wechsel im Genuss gewinnen leicht ungezügelte Gewalt in einer Zeit, wo mächtige Reiche zertrümmert, alte Herrschaftsverhältnisse gesprengt, wo eine ganze gesellschaftliche Welt zu versinken beginnt. Sexual- und Ehereform im bürgerlichen Sinne genügt nicht. Eine Sexual- und Eherevolution ist im Anzuge, entsprechend der proletarischen Revolution. Es ist naheliegend, dass der dadurch aufgerollte Fragenkomplex wie die Frauen, so auch die Jugend besonders beschäftigt. Sie

leidet wie jene ganz besonders schwer unter den heutigen sexuellen Missständen. Sie rebellierte mit dem vollen Ungestüm ihrer Jahre dagegen. Das begreift sich. Nichts wäre falscher, als der Jugend mönchische Askese zu predigen und die Heiligkeit der schmutzigen bürgerlichen Moral. Allein, es ist bedenklich, wenn in jenen Jahren psychisch das Sexuelle zum Mittelpunkt wird, das schon physisch stark hervortritt. Wie verhängnisvoll wirkt sich das aus.

Die veränderte Einstellung der Jugend zu den Fragen des sexuellen Lebens ist natürlich „grundsätzlich“ und beruft sich auf eine Theorie. Manche nennen ihre Einstellung „revolutionär“ und „kommunistisch“. Sie glauben ehrlich, dass dem so sei. Mir Altem imponiert das nicht. Obgleich ich nichts weniger als finsterner Asket bin, erscheint mir das sogenannte „neue sexuelle Leben“ der Jugend -manchmal auch des Alters - oft genug als rein bürgerlich, als eine Erweiterung des gutbürgerlichen Bordells. Das alles hat mit der Freiheit der Liebe gar nichts gemein, wie wir Kommunisten sie verstehen. (...)

Nicht etwa, als ob ich mit meiner Kritik die Askese predigen möchte. Fällt mir nicht ein! Der Kommunismus soll nicht Askese bringen, sondern Lebensfreude, Lebenskraft auch durch erfülltes Liebesleben. Jedoch meiner Ansicht nach gibt die jetzt häufig beobachtete Hypertrophie des Sexuellen nicht Lebensfreude und Lebenskraft, sie nimmt nur davon. In dem Zeitalter der Revolution ist das schlimm, ganz schlimm. (...)

„Wie bedaure ich, dass nicht Hunderte, nicht Tausende Ihre Worte gehört haben, Genosse Lenin!“ rief ich aus. „Sie wissen ja, mich brauchen Sie nicht zu bekehren. Aber wie wichtig wäre es, dass Freund und Feind Ihre Meinung hörten.“ Lenin lächelt gutmütig. „Vielleicht spreche oder schreibe ich einmal über die angeschnittenen Fragen. Später – jetzt nicht! Jetzt muss alle Kraft und Zeit auf andere Dinge konzentriert werden. Es gibt größere, schwerere Sorgen. Der Kampf um die Behauptung und die Befestigung des Sowjetstaates ist noch lange nicht zu Ende. Wir müssen den Ausgang des Krieges mit Polen verdauen und das Beste daraus zu machen suchen. Im Süden steht noch Wrangel⁸. Nun, ich habe die feste Zuversicht, dass wir damit

⁸ Am 4. April 1920 wurde Wrangel folgend auf andere konterrevolutionäre Funktionen zum [Oberbefehlshaber](#) der Einheiten der „Weißen Armee“, also der Konterrevolutionären Truppen, auf der Krim gewählt. Nachdem er die Hälfte seiner

fertig werden. Das wird auch den englischen und französischen Imperialisten und ihren kleinen Vasallen zu denken geben. Wir haben aber noch den schwierigsten Teil unserer Aufgabe vor uns: den Aufbau. Damit werden sich auch die Fragen der sexuellen Beziehungen, der Ehe und Familie als aktuell hervordrängen. Inzwischen müsst ihr euch damit herumschlagen, wann und wo es Not tut. Ihr müsst verhindern, dass diese Fragen unmarxistisch behandelt werden und den Nährboden abgeben für zerrüttende Abweichungen und Quertreibereien. Und damit komme ich endlich auf Ihre Arbeit.“

Lenin blickt auf die Uhr. „Die mir für Sie zur Verfügung stehende Zeit ist schon zur Hälfte abgelaufen“, sagte er. „Ich habe mich verplaudert. Sie sollen Richtlinien für die kommunistische Arbeit unter den Frauenmassen ausarbeiten. Ich kenne Ihre prinzipielle Einstellung und praktische Erfahrung. Unsere Aussprache über die Arbeit kann daher kurz sein. Also schießen Sie los. Wie denken Sie sich die Richtlinien?“ Ich gab einen gedrängten Überblick darüber. Lenin nickte wiederholt zustimmend, ohne mich zu unterbrechen. Als ich geendet hatte, schaute ich fragend zu ihm hin. „Einverstanden!“ meinte er. (...)

Die Richtlinien müssen scharf zum Ausdruck bringen, dass wahre Frauenbefreiung nur möglich ist durch den Kommunismus. Der unlösbare Zusammenhang zwischen der sozialen und menschlichen Stellung der Frau und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ist stark herauszuarbeiten. Damit wird die feste, unverwischbare Trennungslinie gegen die Frauenrechtelei gezogen. Damit ist aber auch die Grundlage gegeben, die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage, der Arbeiterfrage aufzufassen und als solche fest mit dem proletarischen Klassenkampf und der Revolution zu verbinden. Die kommunistische Frauenbewegung selbst muss Massenbewegung sein, ein Teil der allgemeinen Massenbewegung, nicht nur der Proletarier, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten jeder Art, aller Opfer des Kapitalismus oder eines Herrschaftsverhältnisses. Darin liegt auch die Bedeutung für die Klassenkämpfe des Proletariats und für seine geschichtliche Schöpfung: die kommunistische Gesellschaft. Wir können mit Recht stolz darauf sein, dass wir eine Elite revolutionärer Frauen in der Partei,

Armee in Kämpfen mit den Bolschewiki verloren hatte, verließen die letzten Einheiten seiner Armee die Krim am 16. November 1920.

in der Kommunistischen Internationale haben. Aber das ist nicht entscheidend. Wir müssen die Millionen werktätiger Frauen in der Stadt und im Dorfe für uns gewinnen. Für unsere Kämpfe und ganz besonders für die kommunistische Umwälzung der Gesellschaft. Ohne die Frauen gibt es keine wirkliche Massenbewegung. (...)

Die Partei muss Organe haben, Arbeitsgruppen, Kommissionen, Ausschüsse, Abteilungen oder wie sonst man sagen mag, deren besondere Aufgabe es ist, die breitesten Frauenmassen zu wecken, mit der Partei zu verbinden und dauernd unter ihrem Einfluss zu halten. Dazu gehört natürlich, dass wir ganz systematisch unter diesen Frauenmassen tätig sind. Wir müssen die Erweckten schulen und für die proletarischen Klassenkämpfe unter Führung der Kommunistischen Partei gewinnen und ausrüsten. Ich denke dabei nicht allein an die Proletarierinnen, ob sie nun in der Fabrik oder am häuslichen Herd stehen. Mir sind dabei auch die Kleinbäuerinnen gegenwärtig, die Kleinbürgerinnen der verschiedenen Schichten. Auch sie alle sind Beute des Kapitalismus, und seit dem Krieg mehr als je. Die unpolitische, unsoziale, rückständige Psyche dieser Frauenmassen, ihr isolierender Betätigungskreis, der gesamte Zuschnitt ihres Lebens sind Tatsachen. Es wäre töricht, sie nicht zu beachten, absolut töricht. Wir brauchen eigene Organe zur Arbeit unter ihnen, besondere Agitationsmethoden und Organisationsformen. Das ist nicht Feminismus, das ist praktische, revolutionäre Zweckmäßigkeit. (...)

Ohne Millionen Frauen mit uns können wir nicht die proletarische Diktatur ausüben, können wir nicht kommunistisch aufbauen. Wir müssen den Weg zu ihnen suchen, müssen probieren, studieren, um ihn zu finden.

Es ist daher auch richtig, dass wir Forderungen zugunsten der Frauen erheben. Das ist kein Mindest- oder Reformprogramm im Sinne der Sozialdemokratie, der II. Internationale. Kein Bekenntnis, das wir an die Ewigkeit oder auch nur an eine lange Dauer der Bourgeois Herrlichkeit und ihres Staates glauben. Kein Versuch, die Frauenmassen durch Reformen zu besänftigen und vom Wege des revolutionären Kampfes zu locken. Das alles und anderer reformistischer Schwindel mehr ist es durchaus nicht! Unsere Forderungen sind nur praktische Schlussfolgerungen, die wir aus den brennenden Nöten, den schändlichen Demütigungen der Frauen als Schwache und Rechtlose in der bürgerlichen Ordnung ziehen. Wir beweisen dadurch, dass wir diese Nöte kennen und die Demütigungen der Frau, das Vorrecht des Mannes fühlen.

Dass wir alles hassen, jawohl hassen und beseitigen wollen, was die Arbeiterin, die Arbeiterfrau, die Bäuerin, die Frau des kleinen Mannes, ja in manchen Beziehungen sogar auch die Frau der besitzenden Klassen drückt und quält. Die Rechte und sozialen Maßnahmen, die wir von der bürgerlichen Gesellschaft verlangen, sind Beweis dafür, dass wir die Lage und Interessen der Frauen verstehen und unter der proletarischen Diktatur berücksichtigen werden. Natürlich nicht als einschläfernde und bevormundende Reformisten - nein, gewiss nicht – als Revolutionäre, die die Frauen aufrufen, als Gleichberechtigte selbst mit an der Umwälzung der Wirtschaft und des ideologischen Überbaus zu arbeiten.“

Ich versicherte Lenin, dass ich seine Auffassung teile, doch werde sie gewiss auf Widerstand stoßen. Unsichere und ängstliche Gemüter würden sie als bedenklichen Opportunismus zurückweisen. Auch sei nicht zu leugnen, dass unsere Gegenwartsforderungen für die Frauen falsch aufgefasst und ausgelegt werden könnten.

„Ach was!“, rief Lenin etwas unwirsch aus. „Dies Gefahr besteht für alles und jedes, was wir sagen und tun. Wenn wir uns aus Furch vor ihr abhalten lassen, das Zweckmäßige und Nötige zu tun, so können wir uns gleich zu indischen Säulenheiligen machen. (...) In unserem Falle kommt es doch nicht allein auf das Was unserer Forderungen an, sondern auch auf das Wie. Es versteht sich, dass wir unsere Forderungen für die Frauen nicht wie die Perlen eines Rosenkranzes propagandistisch abbeten. Nein, je nach den vorliegenden Umständen müssen wir bald für diese, bald für jene kämpfen. Natürlich stets im Zusammenhang mit den allgemeinen proletarischen Interessen. (...)

Unseren nationalen Sektionen fehlt noch immer das richtige Verständnis dafür. Sie sind abwartend, lässig angesichts der Aufgabe, eine Massenbewegung der werktätigen Frauen unter kommunistischer Führung zu schaffen. Sie begreifen nicht, dass die Entfaltung und Leitung einer solchen Massenbewegung ein wichtiger Teil der gesamten Parteitätigkeit ist, ja die Hälfte der allgemeinen Parteiarbeit. Ihre gelegentliche Anerkennung der Notwendigkeit und des Wertes einer kräftigen, zielklaren kommunistischen Frauenbewegung ist ein platonisches Lippenbekenntnis, nicht stete Sorge und Arbeitspflicht der Partei. (...) Leider heißt es auch bei vielen unserer Genossen: `Kratzt den Kommunisten, und der Philister erscheint.` Natürlich muss man an der empfindlichen Stelle kratzen, an seiner Mentalität in punkto

Frau. Gibt es einen dramatischeren Beweis dafür, als dass die Männer ruhig zusehen, wie die Frauen bei der kleinlichen, eintönigen, kraft- und zeitersplitternden und verzehrenden Arbeit im Einzelhaushalt verkümmern, dass ihr Geist dabei eng und matt, ihr Herzschlag träge, ihr Wille schwach wird? Ich spreche natürlich nicht von den Damen der Bourgeoisie, die alle häuslichen Arbeiten, die Kinderpflege inbegriffen, auf Mietlinge abwälzen. Was ich sage, gilt für die ungeheure Mehrzahl der Frauen, auch der Arbeiterfrauen und sogar dann, wenn sie tagsüber in der Fabrik stehen und verdienen.

Die wenigsten Männer - auch die Proletarier nicht - denken daran, wie manche Mühe und Plage sie der Frau erleichtern, ja ganz abnehmen könnten, wenn sie bei 'Weiberarbeit' zugreifen wollten. Aber nein, das ist gegen 'das Recht und die Würde des Mannes', die verlangen, dass er seine Ruhe und Bequemlichkeit hat. Das häusliche Leben der Frau ist ein tägliches Geopfertwerden bei tausend nichtigen Kleinigkeiten. Das alte Herrenrecht des Mannes lebt versteckt weiter. Objektiv nimmt seine Sklavin ihre Rache dafür - ebenfalls versteckt.

Die Rückständigkeit der Frau, ihre Verständnislosigkeit für die revolutionären Ideale des Mannes vermindert dessen Kampffreudigkeit und Kampfentschlossenheit. (...) Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel ausrotten - in der Partei und bei den Massen.“

Auf meine Frage nach den einschlägigen Verhältnissen in Sowjetrußland antwortete Lenin: „Die Regierung der proletarischen Diktatur bietet natürlich im Bunde mit der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften alles auf, um die rückständigen Auffassungen der Männer und Frauen zu überwinden, um der alten, unkommunistischen Psychologie den Boden zu entziehen.

Eine Selbstverständlichkeit ist die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesetzgebung. Auf allen Gebieten zeigt sich das aufrichtige Bestreben, die Gleichberechtigung durchzuführen. Wir gliedern die Frauen in die soziale Wirtschaft, Verwaltung, Gesetzgebung und Regierung ein. Wir öffnen ihnen alle Kurse und Bildungsanstalten, um ihre berufliche und soziale Leistungsfähigkeit zu heben. Wir gründen Gemeinschaftsküchen und öffentliche Speisehäuser, Wasch- und Reparaturanstalten, Krippen, Kindergärten, Kinderheime, Erziehungsinstitute verschiedener Art. Kurz, wir

machen ernst mit unserer programmatischen Forderung, die wirtschaftlichen und erzieherischen Funktionen des Einzelhaushaltes der Gesellschaft zu übertragen. Dadurch wird die Frau von der alten Haussklaverei und jeder Abhängigkeit vom Manne erlöst. Es wird ihr je nach Begabung und Neigung volles Wirken in der Gesellschaft ermöglicht. Die Kinder erhalten günstigere Entwicklungsbedingungen als daheim. Wir haben die fortschrittlichsten Arbeiterinnenschutzgesetze der Welt, und die Beauftragten der organisierten Arbeiter führen sie durch. Wir errichten Entbindungsanstalten, Mütter- und Säuglingsheime. Organisieren Mütterberatungsstellen, Kurse für Säuglings- und Kleinkindpflege, Ausstellungen für Mutter- und Säuglingsschutz und ähnliches.

Wir wissen sehr gut, dass das noch nicht viel ist, gemessen an den Bedürfnissen der arbeitenden Frauenmassen, dass es bei weitem noch nicht alles zu ihrer tatsächlichen Befreiung ist. Dennoch ist es ein ungeheurer Fortschritt, verglichen mit dem, was im zaristisch-kapitalistischen Russland war. Es ist sogar viel, verglichen mit dem, was dort ist, wo der Kapitalismus noch unumschränkt herrscht. (...)

Stellen sie sich vor, was das in einem Lande bedeutet, wo 80 Prozent der Bevölkerung Bauern sind. Kleinbauernwirtschaft besagt Einzelhaushalt, Fesselung der Frau an ihn. Ihr werdet es in dieser Hinsicht so viel besser und leichter haben als wir, vorausgesetzt, dass auch Eure Proletarier endlich einmal die geschichtliche Reife der Dinge für die Machteroberung, die Revolution begreifen. Indessen, wir verzweifeln trotz großer Schwierigkeiten nicht. Mit ihnen wachsen unsere Kräfte. Die Notwendigkeit der Praxis wird uns auch für die Entsklavung der Frauenmassen auf neue Wege stoßen. (...)

Ich hoffe dafür das Beste von der Elektrifizierung unserer Industrie und Landwirtschaft.⁹ Ein grandioses Werk, das! Groß, ungeheuer groß sind die Schwierigkeiten seiner Durchführung. Die gewaltigsten Massenkräfte müssen zu ihrer Meisterung gelöst, erzogen werden. Millionen Frauenkräfte müssen dabei sein.“

Während der letzten zehn Minuten hatte es zweimal geklopft. Lenin hatte weitergesprochen. Jetzt öffnete er die Tür und rief hinaus: „Ich komme

⁹ Die Durchführung dieses Plans begann 1921. (D. Red.)

sofort!“ Zu mir gewandt setzte er lachend hinzu: „Wissen Sie, Clara, ich nutze es aus, dass ich mit einer Frau zusammen war. Ich erkläre natürlich meine Verspätung mit der bekannten weiblichen Beredsamkeit. Obgleich diesmal das Vielreden nicht auf der Seite der Frau, sondern des Mannes war. Übrigens stelle ich Ihnen das Zeugnis aus, dass Sie wirklich ernsthaft zuhören können. Vielleicht hat gerade das mich zum Vielreden gereizt.“ Lenin half mir während dieser scherzenden Worte in den Mantel. „Sie müssen sich wärmer anziehen“, meinte er fürsorglich. „Moskau ist nicht Stuttgart. Man muss nach Ihnen sehen. Erkälten Sie sich nicht. Auf Wiedersehen!“ Er schüttelte mir kräftig die Hand.

